

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kampfpose

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wenn die gewerkschaftlich organisierten Metaller zur Urabstimmung gehen, werden sie nur gefragt, ob sie bereit sind, für die Ausgangsforderung der IG Metall – also für die Maximalforderung – notfalls zu streiken. So war es im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden, so ist es jetzt in Hessen. Die Maximalforderung heißt: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Viel interessanter wäre es, wenn die Gewerkschaftsmitglieder darüber abstimmen könnten, was sie lieber hätten, den Streik für die Kampfparole ihrer Gewerkschaft oder die Annahme des auf dem Tisch liegenden Angebots der Arbeitgeber.

Folgt man einer Infratest-Umfrage, so steht die Antwort der Metall-Arbeitnehmer insgesamt, aber auch der Gewerkschafter unter ihnen fest: große Mehrheit für Annahme des in der Tat lukrativen Angebots der Arbeitgeber. Also stellt sich die Frage, ob es zu einem Streik kommt, der zwar durch ordnungsgemäße Urabstimmungen legitimiert ist, den aber die betroffenen Arbeitnehmer, ja, sogar die Mitglieder der IG Metall eigentlich nicht wollen. Anders gefragt: Verkehren die Urabstimmungen die wirkliche Meinung der Arbeitnehmer in ihr Gegenteil?

Aus der Sicht der Gewerkschaft hat es durchaus Sinn, bei der Urabstimmung zur Maximalforderung zurückzukehren; denn es gilt, aus der günstigsten Ausgangsposition heraus den Erzwirkungsstreik anzusetzen, mit dem Ziel, den Arbeitgebern den im Innern der IG Metall bestmöglichen Tarifvertrag abzutrotzen. Auch die abstimmenden Metaller wissen, daß am Ende eines Streiks nicht die komplette 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt sein wird, sondern ein Kompromiß. Demnach richtet sich die Urabstimmung gar nicht auf ein konkret fixiertes Tarifergebnis, sondern allein darauf, die Verhandlungsposition der Gewerkschaft zu stärken, und sei es mit einem Streik.

Daraus ist zu folgern, daß Urabstimmungen eine Kampfpose darstellen, die keine Auskunft über die präzisen Sachvorstellungen der Abstimmenden gibt. Im Extremfall kann es sein, daß die betroffenen Arbeitnehmer das Angebot der Arbeitgeber akzeptiert finden, aber dennoch aus Solidarität mit ihrer Gewerkschaft die Kampfpose einnehmen. Das ist wohl die aktuelle Situation. Die Gewerkschaft gerät in eine schizophrene Lage: Sie mobilisiert eine Minderheit, um sich von ihr zu Kampfmaßnahmen legitimieren zu lassen, welche die große Mehrheit nicht will. Welche Gewerkschaft wäre stark genug, die bessere Einsicht zu bestreiten? Das könnte nicht lange gutgehen.

Mitgefangen, mitgegangen

Von August Graf Kageneck

Immer wilder schlingt das französische Regierungsschiff unter den Brechern politischer und wirtschaftlicher Niederlagen. Immer lauter grollt die Meuterei an Bord. Die Krise im lothringischen Stahlrevier, im Schiffbau und in den Kohlenbecken entzieht der Linkskoalition den letzten Boden an Vertrauen. Man braucht für diesen Tatbestand keine Meinungsumfragen heranzuziehen. Die Ergebnisse der Nachwahlen seit 1983 liefern schlüssigere Beweise. Eine Wählerkonsultation nach der anderen – zuletzt am Sonntag im Raum Paris – geht für die Linke verloren, bringt einen Triumph für die bürgerliche Seite.

Hauptleidtragende des Fiaskos ist, zur grimmigen Freude der Sozialisten, die Kommunistische Partei. Ihre Kritik an der Wirtschaftspolitik des Sozialisten Delors, die in Wahrheit auf den Staatschef Mitterrand zielt, schlägt hier nicht zu Buche. Sie verhindert nicht, daß seit zwölf Monaten in der roten Bannmeile von Paris die Hälfte der kommunistischen Bastionen gefallen sind. Die Wähler glauben offenbar nicht, daß es die „Partei der Arbeiter“ besser machen könnte. Sie machen keinen Unterschied mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten, zumal da die Kommunisten ja die Entscheidungen der Sozialisten mittragen. Es ist die gesamte Linke, der die Wähler ihre Enttäuschung heimzahlen. In Raten zunächst – vor der großen Abrechnung von 1986.

Für KPF-Chef Georges Marchais ist dies eine bittere Erkenntnis. War die Taktik falsch, auf dem sozialistischen Dampfer mitzufahren und gleichzeitig gegen den Kapitän zu meutern, so bleibt nur der Abgang von Bord. Was aber, wenn die KP-Wähler den „Verrat“ noch ärger bestrafen? Laokoon-Marchais wird sich noch eine Zeitlang winden müssen.

Schwier läßt lernen

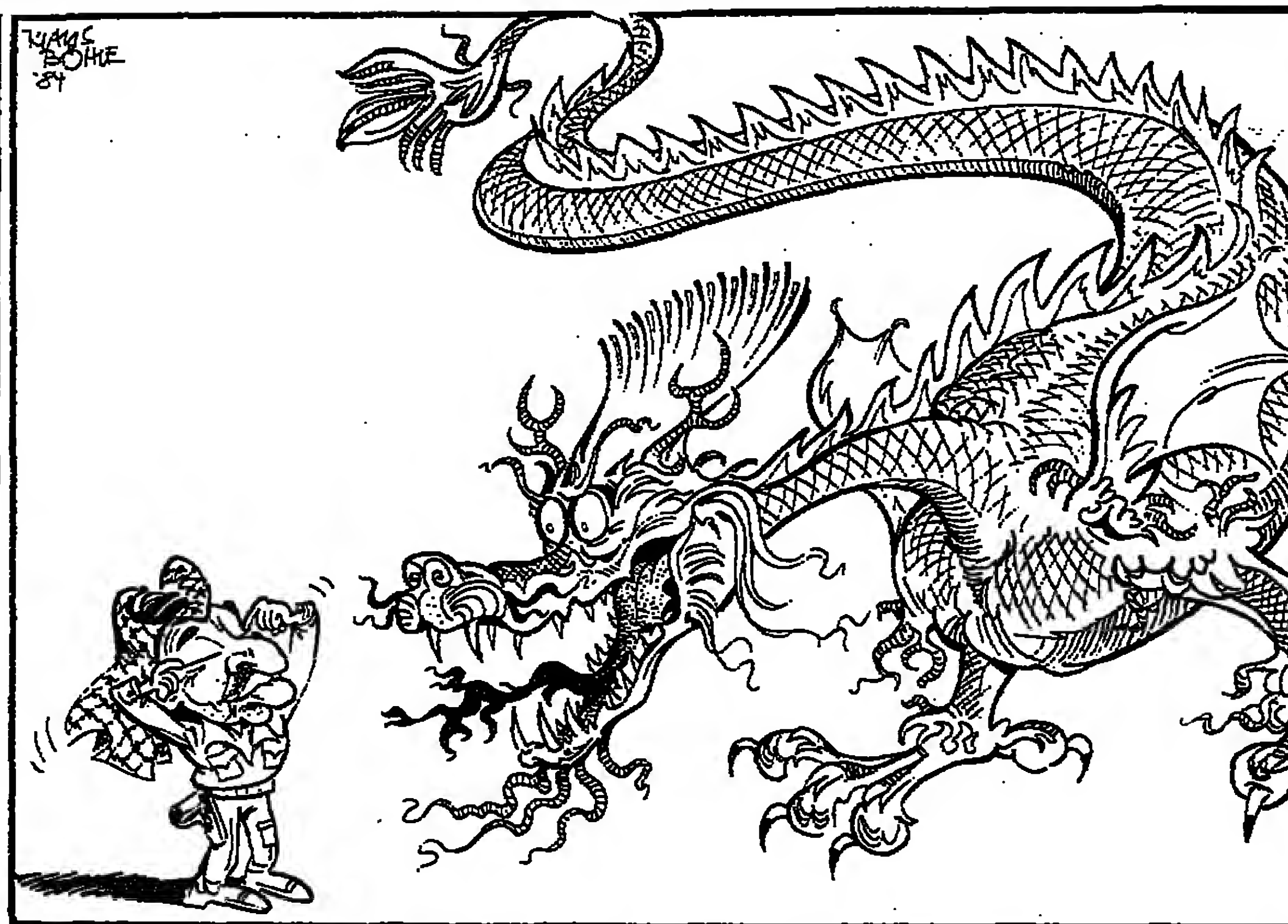
Von Wilm Herlyn

Der ehemalige Schulrat und jetzige Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Hans Schwier, zeigt entweder bemerkenswerten Mut zur Rechtfertigung oder bemerkenswerten Instinkt für das, was sich im Volk zusammenbraut. Kaum im Amt, stoppte Schwier abrupt die Vorbereitungen für eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sekundarstufe I, die sein Vorgänger noch in Gang gesetzt hatte. Sie hätte das Leistungsniveau noch tiefer gesenkt und zielt mit ihren gleichmacherischen Tendenzen auf eine Aushöhung des Gymnasiums.

Es blieb nicht Schwier's einzige Tat wider die jahrelange Nivellierungs- und Politisierungstendenz in den Schulen. Er hat entgegen wütenden Protesten aus den Reihen der Lehrergewerkschaft GEW öffentlich gegen eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für Lehrer Stellung genommen. Er hat die einseitig auf Parteipropaganda zugunsten der SPD ausgerichtete Schulpostille „S wie Schule“ eingestellt. Er hat eine Rechtsverordnung erlassen, nach der Kernfächer bis zur Reifeprüfung Pflicht bleiben und ein Ausweichen auf leichtere Fächerkombinationen unmöglich gemacht wird.

Und nun hat er gestern die Versetzungsordnung verschärft. Ein Schüler kann nicht mehr in die gymnasiale Oberstufe aufsteigen, wenn er eine Fünf in einem der Hauptfächer nicht durch ein Befriedigend in einem anderen Hauptfach ausgleicht.

Abitur, so scheint es, soll also wieder ein Ausweis von Leistung und Leistungsbereitschaft sein. Lange genug haben Wirtschafts- und Universitätskreise über die unzulängliche Ausbildung der angehenden Mitarbeiter bzw. Studenten geklagt. Es mag Stimmen geben, die Schwier's Vorgehen mit den Kommunalwahlen am 30. September und den Landtagswahlen des 11. Mai 1985 in Verbindung bringen. Und wenn schon – Hauptsache, die Schule wird tatsächlich wieder zur Schule der Nation, um Brandts durchaus frivole Sentenz von 1969 einmal ernsthaft zu zitieren. Lange genug war Schule etwas, was Wirtschaft wie auch Universitäten vielfach durch Extrakurse auszugleichen hatten.



Einem Drachen schöne Augen machend

ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

Mord und Sensibilität

Von Enno v. Loewenstern

Für den sensiblen jungen Mann müsse das Urteil deprimierend sein, befand eine Zeitung. Eine andere vermutete gar das Schlimmste: es habe wohl, der Gedanke der staatlichen Vergeltung im Vordergrund gestanden. Und der Sekretär eines Komitees für Grundrechte und Demokratie sprach von einem „terroristischen Urteil“, das einen „das Gruseln“ lehre. Wer ist das sensible Vergeltungsoffer – ein sonst unbescholtener Bürger wie der Bonner Oberbürgermeister Daniels, der soeben 8000 DM Strafe für die Akquisition von Parteispenden bezahlt hat? Keineswegs. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat einen Terroristen namens Peter Jürgen Boock zu dreimal lebenslänglich verurteilt.

Die Erregung wird auch nicht damit begründet, daß seine Schuld nicht erwiesen sei. Das Blatt, das die Sensibilität des Jünglings rühmte, stand nicht an, zu bestätigen: „Alles in allem überzeugend waren die Gründe, die das Gericht für seine Ansicht vortrug. Boock sei an führender Stelle an schlimmen Verbrechen beteiligt gewesen und versuche nun, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.“ Boock hat an der Ermordung Jürgen Pontos und Hanns Martin Schleyers sowie von dessen Begleitern mitgewirkt. Daß er zuletzt einige Einsicht gezeigt hat, ändert nichts an der Rechtslage. Das müßte bekannt sein in einem Land, wo an jeder Straßenecke Demonstranten daran erinnern, daß das Leben Vorrang habe, vor der Rüstung, vor dem Profit, vor was immer.

Für manche sensiblen Kritiker freilich hatte das Leben dort keinen Vorrang, wo es um ein besseres Leben ging. Die erstaunliche Variante war die sogar von Leuten mit Professorentitel vorgetragene Lehre, die Terroristen seien Feinde des Staates, also habe man sie als Kriegsgefangene zu behandeln und gegebenenfalls auf Regierungsebene mit ihren Anführern zu verhandeln; das schloß natürlich eine „Bestrafung wie gewöhnliche Verbrecher“ aus. Ansonsten pflegte man sie als Verzweifelte darzustellen, deren Kampf gegen unser unmenschliches System zumindest verständlich, wenn nicht sogar gerechtfertigt sei.



Aus Mord-Schuld einfach aussteigen? – Szene des Schleyer-Überfalls

Die hohe Zeit der Terror-Verbrechen ist gottlob hinter uns, aber das Wohlwollen lebt fort und äußert sich jetzt mehr utilitaristisch: Man solle doch die anderen Täter zum „Aussteigen“ ermutigen, indem man die schon ergriffenen Aussteiger milde behandelt; überdies könnte Milde auch die „autonomen Gruppen“ von heute ansprechen, die sich dem Kampf gegen das Nullbock-System verschrieben haben und Anschläge planen.

Nun war Boock in der Tat allenfalls ein „Aussteiger“, also eben nicht ein reiner Täter, der alles getan hätte, was – wenn schon nichts mehr zur Wiedergutmachung seiner Verbrechen getan werden konnte – wenigstens zur Verhinderung weiterer Straftaten hätte beitragen können. Aus sechs Morden aber kann man nicht aussteigen wie aus einer Straßengasse, wie der Vorsitzende Richter treffend sagte. Überdies gibt es, von der Rechtslage einmal abgesehen, ohnehin keinen Hinweis dafür, daß die Terroristen nun darauf warten, alle Mord- und sonstigen Verbrechen abzubauen wie eine steuerliche Abschreibung und in das böse System zurückzukehren, wenn die Justiz verspricht, aus ihrer Pflicht auszusteigen. Schlechthin kurios aber ist die Spekulation, daß die heute sich bildenden „revolutionären Zellen“ oder ähnlichen Gruppen ihre geplanten Anschläge gerade deshalb aufgeben könnten, weil man sie wissen läßt: Ihr könnt

nach Belieben Verbrechen begehen, denn sobald ihr es euch anders überlegt, dürft ihr mit Milde rechnen. Auch daß die Verbrechen einige Jahre zurückliegen, ist so wenig ein Grund, sie ungestraft zu lassen, wie bei den noch weiter zurückliegenden Morden jener Leute, die auch einmal gegen „das System“ antraten und immerhin eine Republik zu zerstören vermochten. Es ist auch kein Grund, sie zu vergessen, weil sie scheiterten. Wenn Terrorbanden in der dritten Welt kritisiert werden, hört man den Einwand, daß ihre bloße Existenz sie rechtfertige. Denn wenn die Zustände nicht undemokratisch und böse wären, so gäbe es diese „Volksbewegungen“ nicht. Wo aber sind die Zustände nach dieser Lehre so demokratisch und gut, daß es dergleichen nicht gibt? In der Bundesrepublik gab es die Mordbanden mit denselben Zielen (und demselben sozialen Querschnitt der Täter aus der Soziologenkategorie) wie etwa in Kolumbien, und es gibt es sie noch. Wenn sie scheitern, liegt das nicht am sozialen Netz, nicht an milditären Gerichtsurteilen für Aussteiger und schon gar nicht an etwaigen tapferen Bekenntnissen unserer selbsternannten Liberalen zum demokratischen Rechtsstaat, sondern daran, daß es diesen letzteren nicht gelungen ist, die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats außer Funktion zu setzen.

Schließlich aber läßt dies nur noch kompliziertere Bohren, ob es nicht doch etwas milder geht, gerade die Frage nach der Sensibilität der Täter außer acht, nämlich eben da, wo es um Einsicht und Reue und die Bereitschaft wenigstens zur Sühne geht. Wer nach exemplarischen Strafen nur je nach Mode zu rufen pflegt, bei Säureverklappung oder Parteispenden oder bei Vergewaltigung oder was gerade Straßensituationen bewegen mag, sollte nicht das Ethik der Liberalität oder Humanität beanspruchen. Des Menschen Schuld-Bewußtsein kann man ihm nicht nehmen, ohne ihm ein Stück seines Mensch-Seins zu nehmen.

Vom öffentlichen Korridor, der zum Ballsaal wurde

Ist die Aufblähung des öffentlichen Dienstes wirklich unaufhaltsam? / Von Peter Gillies

Lieb und teuer ist er uns, der Staatsdienst. Unter seinem Dach arbeiten mehr als 4,5 Millionen Menschen. Allein die Kernmannschaft der öffentlichen Verwaltung – Bahn, Post und andere ausgenommen – wuchs in zwei Jahrzehnten um gut achtzig Prozent. Jeder fünfte Arbeitnehmer steht heute in öffentlichem Sold, die Personalausgaben haben sich von 1961 bis 1982 verdreifacht. Die Beamtentende in der Bundesrepublik hat Weltniveau. Über die Effizienz des Staatsapparates gibt es viele Untersuchungen und noch mehr Mutmaßungen, wenige davon schmeichelhaft.

Seit dem Aufblühen der Tempelverwaltungen Sumeriens – lange ehe sich Parkinson Gedanken darüber machte, daß die Zahl der britischen Admirale umso stärker stieg, je mehr Schiffe die Flotte hatte – bemühen sich alle Staaten, das Gesetz der stetigen Aufblähung der Staatsfähigkeit zu bestätigen. Gelungen ist es ihnen, wenn auch die Bundesrepublik vom Zustand beispielsweise Dänemarks, wo es be-

nicht rentabel nutzen. Darauf freilich wird erwidert, daß Rentabilität ein ungeeigneter Maßstab zur Beurteilung staatlicher Dienstleistungen sei. In der Tat wurde die Frage nach dem Verhältnis von Kosten zu Leistungen politisch nie gestellt. Unwiderrsporen zog der Staat Aufgaben an sich, die unter dem Druck von Wettbewerb weit kostengünstiger erbracht werden könnten. Theater, deren Subventionen umso kräftiger stiegen, je mehr Zuschauer ausblieben, staatliche Müllabfuhr oder Fließbaggelei, Regulierung des Wohnungsmarktes, Agrarmarktes, Berater und Kommissionen – alles von der Illusion geschaffen, das Kollektiv könne erzeugen, was seine Mitglieder zu erzeugen unfähig sind.

Aber auch die klassischen Bereiche wie Justiz, Polizei oder Bundeswehr, Bildungs- oder Gesundheitswesen bergen riesige Rationalisierungspotential. Doch das Fehlen des Leistungsprinzips und von Wettbewerb und Kostenrechnung lassen sie weiter schlummern. Das Wachstum von Bürokratie und Pa-

IM GESPRÄCH Febres Cordero

Reagan als Vorbild

Von Günter Friedländer

Von dem robusten Mann mit der weißen Mähne und dem dunklen Schnurrbart sagen die Bewunderer, daß er mit seinen 57 Jahren erfahren genug ist, um das Vertrauen der Sicherheit suchenden Ecuadorianer zu gewinnen, dennoch aber noch die Herzen der jungen Mädchen höher schlagen lassen könne. In der Tat genießt der erfolgreiche Ingenieur und Unternehmer Leon Febres Cordero, der als Kandidat einer konservativen Koalition in einer Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Borja Ekuadors Präsidentschaft gewann, die Bewunderung all derer, die einen richtigen „Macho“ schätzen. Im Mittelpunkt seines eleganten Hauses in Guayaquil ist seine große Waffensammlung untergebracht. Hier gleißt er auch die Kugeln für seine Pistolen. Er trägt stets eine im Gürtel, wenn er sein Haus verläßt. Gern läßt er sich auf seinem Pferd fotografieren, wie Ronald Reagan, der eines seiner Vorbilder ist.

„In aller Bescheidenheit“, meint er, „ich bin eher ein Reagan als ein Mitterrand.“ Sein Programm ist: „Eine starke Regierung, freie Wirtschaft ohne staatliche Einmischung, Rettung der Landwirtschaft, Respekt vor dem Gesetz, mehr Arbeitsplätze – für jeden etwas.“ Er glaubt an das Programm des Nobelpreisträgers Milton Friedman, verachtet aber die Chicago Boys, die es in Südamerika nicht anzuwenden wußten. Ein Grundfehler sei das Manipulieren der Währung, das auch Ecuador plagt. Ein Dollar ist offiziell 60,40 Sucres, auf dem freien Markt aber 88,55 Sucres wert. Er will den Sucres auf seinen wirklichen Wert fallen lassen, was dem Export der Bananen und der Krabben helfen würde.

Das südamerikanische Schicksal des Exils trug er in Kolumbien, dessen Betancur sein wahrer Held ist.



Arbeitet hart, wollte gewinnen, hat gewonnen: Febres Cordero. FOTO: AP

Ohne Scham hat er Betancurs erfolgreiche Wahlparole „Si se puede“ (etwa: aber natürlich geht's) übernommen. Wie Betancur ist er kein klassischer Konservativer, aber die Konservativen benutzen sein Talent als Volkstribun, um an die Macht zu kommen. Er spricht die Sprache des Volkes, wenn er etwa sagt: „Unser Land ist vollkommen ruiniert. Außer unseren Fingernägeln blieb uns nichts mehr zu Krabben.“ Und er wirft seine Reden mit einer ganz kleinen Dosis Antiamerikanismus, denn das gehört heute zum politischen guten Ton; er will aber Ekuador aus der Gruppe der blockfreien Länder herausführen.

Febres sagte während des Wahlkampfes: „Ich arbeite hart, bin ehrlich und fähiger (als mein Gegner), und ich will gewinnen.“ Nun steht er vor einer neuen Aufgabe: die siegreiche Koalition im Parlament zusammenzuführen, in dem seine eigene Partei nur 16 der 71 Sitze einnimmt. Das wird nicht immer einfach sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zu den Wahlen in El Salvador.

Es gibt zwei Gewinner in diesen Wahlen, die anders sind als die anderen. Das ist weder Duarte noch ist es d'Aubuisson. Der erste umstrittene Sieger ist das salvadorianische Volk. Es hat trotz Drucks, Drohungen und Gefahren durch die castro-marxistischen Guerilla, trotz des Durcheinanders eines Wahlsystems, das für ein Land zu unständig ist, das nicht an freie Wahlen gewöhnt ist, mutig und massiv und mit einem Glauben an die Demokratie gewählt. Der zweite Gewinner ist Ronald Reagan. Er hat versprochen, daß es nicht unmöglich sei, in einem verbotenen Land, das unter dem Schutz Amerikas steht, dieses Namens würdige Wahlen zu organisieren.

Bevölkerung fähig sind und wieweit die Bürgerinnen und Bürger diesen Bemühungen Folge leisten.

Salvador Zeitung

Hier heißt es zur Blockade El Salvador 1984:

In dieser Woche sind es 35 Jahre her, daß die Blockade West-Berlins beendet wurde – eigentlich keine richtige Jubiläumsszahl, dennoch handelt es sich um ein Datum, das das Erinnern wert ist... Die Berliner werden den Dank für die „Rosinenbomber“ nicht vergessen. Jeder, der die Zeit miterlebt oder nur davon gehört hat, sollte emotionalen nachdenken über eine derart historische Geste der Nächstenliebe. Es wäre ungerecht, was leider oft versucht wird, solche Gefühle mit lautem Geschrei der Straße zu überfordern. Denn auch heute noch garantieren die Vereinigten Staaten wie in jenen 322 Tagen unsere Sicherheit.

Weltweite Nachrichten

Zur Frage der Sozialstationen schreibt die Schweizer Zeitung:

Die Kosten für Pflege in Heimen reißt Löcher in das soziale Netz, da sie für den einzelnen unbezahlbar werden. Die Klagen der Kommunen und der Landschaftsverbände über die überdurchschnittlich steigenden Sozialhilfekosten haben ihren guten Grund. Wer die Arbeit der Sozialstationen ausweiten will, muß den Trägern, meist den freien Wohlfahrtsverbänden, die Mittel dafür zur Verfügung stellen. Sonst droht der offenklassige Eigenanteil der Träger in den finanziellen Ruin zu treiben. Das alte Spiel um die Verlagerung der Kosten auf den, der sich am wenigsten wehren kann, ist einfach unehrlich.

TAGESANZEIGER

Über die „DDR“-Wahlen heißt es in dem Zürcher Blatt:

Viele westliche Beobachter fragen sich jeweils, warum die Staats- und Parteiführung überhaupt „wählen läßt“, wenn doch das Ergebnis ohnedies feststeht. Diese Frage zeigt jedoch von einem falschen Verständnis von der Funktion des Umwagenses. In der DDR geht es nicht darum, an der Urne für oder gegen bestimmte Programme, Personen und Politiken zu entscheiden. Die Wahl hat eine ganz andere Bedeutung, nämlich jene einer „gesellschaftlichen Aktion“, wie der offizielle Ausdruck lautet. Übersetzt und interpretiert bedeutet dies, daß der Umwag nicht anders soll als Auskunft geben, wieweit die Parteikader zur Mobilisierung der

„Wie wir leben? Wir leben nicht, wir gehen zugrunde“

Die Lage des Ehepaars Sacharow scheint sich in diesen Tagen zugespitzt zu haben. Seit Professor Sacharows Deportation nach Gorki im Januar 1980 ist jetzt offenbar die kritischste Phase erreicht. Sie betrifft in erster Linie Jelena Bonner, die Frau Andrej Sacharows. Sie war am 15. April telegraphisch nach Gorki gerufen worden, wo sich ihr Mann, Berichten zufolge, einer dringend notwendigen Operation unterziehen mußte. Frau Sacharows Rückkehr nach Moskau war für den 2. Mai vorgesehen, sie traf dort aber nicht ein. Vielmehr soll ihre Moskauer Wohnung vom KGB versiegelt worden sein. Freunde der Sacharows in der UdSSR sind telefonisch nicht zu erreichen. Die Nachrichtenagentur Tass veröffentlichte eine obskure Meldung, derzufolge Frau Bonner mit Hilfe amerikanischer Diplomaten geplant habe, in die US-Botschaft zu gelangen. Dieses „Komplotz“ sei vereitelt worden. Über den Verbleib Jelena Bonner ist nichts bekannt. Es wird befürchtet, daß sie entweder verhaftet wurde oder an der Rückreise aus Gorki gehindert wird, so daß sie dort die Verbannung ihres Mannes teilen muß. Nachstehender Bericht ist die letzte Verlautbarung Jelena Bonners, die Ende März den Westen erreichte.

Von JELENA BONNER

Besonders schwer, einfach katastrophal, war für uns das letzte Jahr. In dem Jahr hat man uns fast umgebracht. Am 25. April hatte ich einen Herzinfarkt, wahrscheinlich schon den zweiten. Der erste schwere Herzinfarkt war im November 1982, und nach der Durchscheidung vom November im Zug hat sich der Anfall wiederholt. Im April hatte ich einen ausgeprägten Vorderwandinfarkt mit Beteiligung des basalen Abschnittes. Ich brauchte und brauche eine stationäre Krankenhausbehandlung und einen Sanatoriumsaufenthalt. Ich bestand darauf, zusammen mit Andrej Dmitriewitsch in das Krankenhaus der Akademie der Wissenschaften eingewiesen zu werden. Ich setzte es durch, daß die Akademie ihm ein Ärztesolium schickte, das zu dem Ergebnis kam, daß er ärztlich behandelt und in ein Krankenhaus eingewiesen werden müsse.

Das Untersuchungsergebnis, daß wir krank sind, vergrößerte jedoch nur den Zorn der nicht-medizinischen Organe. Der Präsident der Akademie sagte in einem Interview mit „Newsweek“ nicht, daß es sich bei Sacharow um eine Erkrankung des Herzens und der Gefäße und anderer Krankheiten handle, sondern er sagte, daß Sacharow ein seelisch kranker Mann sei. Dies wiederholte das Staatsberichterstattungsmagazin mit amerikanischen Senatoren.

Vier Mitglieder der Akademie beschuldigten Sacharow in ihrem Artikel, daß er den Westen zu einem Krieg gegen die UdSSR aufrufe. Sie verschwiegen aber, daß der Aufsatz Sacharows „Die Gefahr eines Nuklearkrieges“ heißt und daß darin erörtert wird, wie nach seiner Meinung der Frieden zu erhalten sei. Es ergoß sich eine Flut beschimpfender, abscheulicher und schrecklicher Briefe über Sacharow. Auf der Straße kam es zu Tumulten; es hätte nicht viel gefehlt und man hätte Sacharow geschlagen. Man drohte ihn umzubringen. Gleichzeitig erschienen schmutzige antisemitische Veröffentlichungen über mich. Auch mich übte man im Zug und auf dem Bahnhof an. Das alles war schrecklich, und ich bedauerte die Menschen, die so vertrauensvoll waren. Darum wandte ich mich an das Gericht. Eine Antwort erhielt ich nicht, doch ist es möglich, daß als Antwort eine Veröffentlichung in der Nummer zehn der Zeitschrift „Der Mensch und das Gesetz“ gemeint ist, in der man mich direkt beschuldigt, daß ich eine Provokateurin sei und mich in den Diensten der CIA und der zionistischen und freimaurerischen Spionage befände und die ganze Verantwortung für die

Tätigkeit Sacharows für den Frieden und die Menschenrechte trage.

Wie wir unter diesen Umständen leben! Schlecht. Entsetzlich. Wir leben nicht, wir gehen zugrunde. Am 16. Oktober hatte ich eine erneute Herzattacke; das EKG vom 14. November zeigte eine Verschlechterung. Unsere Isolation ist fast perfekt, meine in Moskau und Sacharows in Gorki. Seit Mai haben wir einen Milizposten vor der Tür. Alle Besucher werden kontrolliert und notiert, Ausländer abgewiesen. Wir befinden uns in einem seltsamen Arrest und sind überzeugt, daß man uns umbringen wird. Im Augenblick tut man das mehr mit mir als mit Sacharow, denn hat man sich erst meiner entledigt, dann wird die Staatsmacht versuchen, der Welt Sacharow als reumütigen Sünder darzustellen. Oder man wird so tun, als habe es einen Sacharow niemals gegeben. Sacharow wird in dem Sammelband nicht mehr erwähnt, in dem sowjetische Wissenschaftler vorgestellt werden, die in internationale wissenschaftliche Gesellschaften aufgenommen wurden. Sein Name fehlt auch in dem soeben erschienenen Buch „Physik“. Unser Land hat beträchtliche Erfahrungen darin, Geschichte so darzustellen, wie sie im Augenblick benötigt wird, und nicht so, wie sie wirklich war.

Andrej Dmitriewitsch hat im Laufe der letzten zehn Jahre viele Einladungen ins Ausland bekommen. In jüngster Zeit erhielt er Einladungen zur ärztlichen Behandlung aus der Schweiz und von Kollegen aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, den USA und anderen Ländern. 1982 kam eine Einladung des norwe-

gischen Storting im Namen des norwegischen Volkes. Sacharow hat diese Einladung angenommen. Es war für ihn ein schwerer und ernster Entschluß. Ich hoffe, daß diejenigen, die Sacharow einladen, die Einladungen ebenso ernst nehmen und das ganze Ausmaß der Verantwortung erkennen, die sie damit für Sacharows Schicksal auf sich nehmen. Deshalb möchte ich an das Gute glauben. Ich weiß, daß das Erreichen dieses Zieles großer und langer Anstrengungen bedarf.

Vor einem Jahre reichte ich ein Gesuch für eine Ausreise nach Italien ein, da für mich eine weitere Augenoperation notwendig geworden ist. Ich habe keine Antwort bekommen, doch geht es jetzt nicht so sehr um die Behandlung der Augen, als um die sehr viel dringendere und lebensnotwendigere Operation des Herzens. Am 10. November hat sich Sacharow an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet Ansgarow mit der Bitte um eine Ausreisegenehmigung für mich gewandt. Bisher sind wir ohne Antwort, aber ich meine, daß es zur Genehmigung der Ausreise nicht nur unserer Standhaftigkeit und Entschlossenheit, sondern der Unterstützung unserer Freunde in der ganzen Welt bedarf.

Man könnte mich fragen, ob ich nicht fürchte, Sacharow für einige Monate allein zu lassen? Natürlich fürchte ich dieses. Doch in der jetzt entstandenen Situation, in der wir die Hoffnung auf ärztliche Hilfe aufgeben haben, bleibt uns kein anderer Ausweg.



Das Ehepaar Sacharow im Februar 1980 in Gorki

FOTO: DPA



Das „Pick up“ darf den Stern nicht tragen, der den gestunkenen Daimler aus der eigenen Scheide in Untertürkheim zieht

FOTOS: LEHMANN / KOLLMANN

Autokosmetik zum Grenzlos-Tarif

Das Geschäft blüht, Geld spielt keine Rolle. Immer mehr „getunte“ Autos rollen auf deutschen Straßen. Nicht nur zur Freude der Autofirmen, die ihre Fahrzeuge oft nicht wiedererkennen. Daimler-Benz produziert deswegen ein eigenes Kraftpaket.

Von HEINZ HORMANN

Technische Detailpräzision fehlt völlig bei der Auftragserteilung. „Mein Daimler soll“, so brachte der Landwirt Kurt Baumüller aus dem Erbkreis seine Wünsche auf einen Nenner, „der schnellste 190er werden, der je zugelassen wurde und die Karosserieform muß einmalig sein.“ Für den Preis von 74 000 Mark bekam er von der Veredelungs-Firma seinen blütenweißen Autotraum.

In der Bannmeile des Bonner Parlaments drängt sich ein Pulk älterer Herren im Beamtengrau um ein männliches Lustobjekt, einen von der Firma Lorinser verkleideten Mercedes 300 SEL, der durch breitere Kotflügel, „Wespentaille“, raffinierte Spoiler und breite Rennteilen optisch verformt wurde. Nur das dezente Anstrich des 150 000 Mark-Modells paßt noch in die biedere Politikerlandschaft.

Zwei Beispiele für die ständig wachsende Lust der deutschen Autofahrer, ihre Autos zu veredeln und damit noch teurer zu machen. Unter dem Begriff Tuning wird in der Fachsprache sowohl die kosmetische Karosserie-Operation, als auch die Kraftkur für den Motor und die für den Betrachter unsichtbare Verbesserung am Fahrwerk bezeichnet.

Das Geschäft ist fast so alt wie das Auto selbst. Schon für Fords T-Modell gab es Bausätze, mit denen die Motorleistung gesteigert werden konnte. Die Branche freilich hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Ganz ohne Zweifel waren die Fahrzeuge der 50er und 60er Jahre, was ihre Fahrqualität angeht, himmelweit vom heutigen Standard entfernt. Nachträgliche Präparationen konnten damals eine sinnvolle Sache sein. Mehrheitlich verzieren aber vor allem jugendliche Fahrer kleine Modelle mit allerlei Zusatzausrüstung und die Serienautos, die eine technische hochwertige Bearbeitung erfahren, brachten für den Alltagsbetrieb bereits genügend technische Qualität von Haus aus mit: die kleinen BMW, Alfa Romeo, und die ersten Golf-

Modelle. Völlig ausgespart wurden lange Zeit die Autos, weil sie zu bürgerlich bieder waren und die noblen Daimler-Benz-Fahrzeuge, an die sich keiner so recht herantraute.

In den letzten Jahren, vor allem nach der Präsentation des 190-Kompakts, sind Mercedes-Fahrzeuge zu den meist veredelten deutschen Autos geworden. Damit wurde die Tuning-Wandlung von den Bastelstuben zu finanzkräftigen Unternehmen mit Filialbetrieben endgültig vollzogen. Fast ein Dutzend „Veredler“ bearbeiten nach eigenen Vorstellungen die noblen Karossen aus Untertürkheim.

In der Stuttgarter Firmenleitung beobachtete man die Entwicklung mit gemischten Gefühlen. „Wir haben unseren Segen gegeben, wenn am Ende ein Mercedes nach unseren Qualitätsnormen auf den Rädern stand“, befanden die Herren aus der Firmenzentrale.

Wer aber die Produkte der schwäbischen Edelschmiede zu sehr veredelte, durfte den Kunden den Wagen nicht mehr mit dem weltberühmten Stern ausliefern. Ein Hamburger Betrieb befestigte daraufhin ein Phantasiezeichen von gleicher Größe am Kühler. Den plastisch verpackten Stern legte man dem Kunden ins Handschuhfach. Er brauchte dann nur mit einem Handgriff zu wechseln.

Da wurde beispielsweise ein sogenanntes Pick-up-Fahrzeug auf der Basis des 50er Coupés entworfen. Allein die Umbaukosten betragen 70 000 Mark. Das Endprodukt sieht ausgefallen und nicht einmal schlecht aus: es fehlt halt nur die typische Mercedes-Linie. Darum rollt dieses Mobil ohne Stern vom Werkstoft.

Preise wie auf dem Immobilienmarkt

Für ganz schnelle Kombi-Freunde hat der Autoveredler Zender das gleiche Basismodell umgebaut. Einschließlich einer geteilten Sitzbank im Fond und einem komplett ausgeglichenen Heckteil beläuft sich die Rechnung zusätzlich zum nicht geringen Kaufpreis auf noch einmal rund 50 000 Mark. Das Fahrzeug mit zusätzlicher Lederinneneinrichtung und vielen Extras war mit einer Summe, wie dem Immobilienmarkt entliehen, ausgezeichnet: 178 000 Mark.

Rund 50 Unternehmen in der Bundesrepublik beschäftigen sich mit den verschiedensten Marken, ma-

chen sie „schöner und windschnittiger“, wie es in Werbetexten heißt, objektiv aber auch oft aerodynamisch schlechter oder schlichtweg protzig.

Wie das manchmal aussieht, läßt sich am Beispiel der Felgen aufzeigen (drei von vier BMW- oder Mercedes-Fahrer wählen sportliche Leichtmetallfelgen, Dienstfahrzeuge einmal ausgenommen). Auf der letzten IAA wurde ein Satz dieser Räder, 24 Karat verguldet angeboten, für 8000 Mark plus Mehrwertsteuer. Ein Dutzend Autofahrer bestellten gleich an Ort und Stelle.

Für Sozialpsychologen sind diese Kunden vom gleichen Motiv beseelt wie die Auftraggeber, die ihre Biedermann-Autos in Perlmuttlackieren lassen. Sie wollen um jeden Preis einen Hauch von Exklusivität ergattern.

Eine zweite Kundengruppe läßt sich von der Tuning-Branche den Wunsch nach einem „Wolf im maßgeschneiderten Schafspelz“ verwirklichen. Porsche-Technik beispielsweise und die ungezügelte Kraft dieser kernigen Sportwagen werden in die kleinen Karosserien des Golf transplantiert. Zwölfmal hat allein der Turner Artz diese Kombination verkauft, nicht für die Rennstrecke, sondern für den Alltagsbetrieb.

Der Psychologe Professor Scheuch aus Köln glaubt hier eine Art „Supermann-Syndrom“ zu erkennen. Verwandlungsmöglichkeit auf der Autobahn. Wenn er will, zeigt er allen das Heck und weidet sich beim Vorbeifahren an den ungläubigen Blicken in den Luxuslimousinen.

Viel Geld verdienen Kfz-Spezialisten auch mit der dritten Gruppe. Die Individualisten, die nicht soviel Wert auf Fahrleistungen legen, sondern sich optisch aus der breiten Masse abheben wollen, investieren zigtausend Mark, um den Wagen Glanz und Glamour zu verleihen. Ob sich freilich das ganze Heer der Auftraggeber in dieses Psychologenschema einpassen läßt, bleibt dahingestellt.

Wie auch immer das Geschäft wurde zur Goldgrube. Und weil es so gut läuft, auf der anderen Seite die Produkte für Experten mit hohen Ansprüchen aber oft nicht befriedigend sind, entwickelte Daimler-Benz eine eigene „getunte Werksversion“ des 190 E Kompaktsmodells. Auch hier wurden die Kotflügel und die untere Abschlussspur verbreitert, sportliche Reifen aufgezogen und Front- und Heckspoiler angebracht. Das

aber sind nur äußerliche Zier, die diesen Mercedes Kraftstrotz und extrem sportlich wirken lassen.

Daimler-Benz Dipl.-Ing. Frank Knothe von der Daimler-Benz-Entwicklung erläutert: „Unter dem Blech wurde bis ins kleinste Detail hochkarätige Technik installiert, zwar sportlich orientiert, aber seriös und ausschließlich funktional.“

Spitze im Sprint und im Preis

Vor allem die Sicherheitselemente Bremsen, Fahrwerk, Lenkung paßt man der gewaltigen Leistung des Viertur-Einspritz-Triebwerks (2,3 Liter Hubraum) mit 185 PS an 7,5 Sekunden benötigt die Sportvariante aus Untertürkheim für den Sprint von 0 auf 100 Kilometer. Fast 240 km/h ist die Endgeschwindigkeit der viertürigen Limousine. Das sportlich dynamische Produkt, das unter der hauchdünnen Karosserie Zahlenkombination 190 E 2.3-16 vorstellt, wurde, katastrophiert sich zwangsläufig auch dynamisch in der Preislage nach oben. Nur ein paar verschämte Mark blieb man in der Grundeausführung unter der 50 000 Mark-Grenze. Mit ABS-System, Airbag, Schiebedach und einigen anderen Kleinigkeiten kostet der Sport-Mercedes gleich 60 000 Mark.

Unumstritten war die Entwicklung dieses Typs im Management des Stuttgarter Unternehmens nicht. Die Diskussion machte zwei Meinungen deutlich. Die Konservativen glaubten, daß dieses Modell nicht so recht in die Firmen-Philosophie passe. Mehrheitlich aber folgte man der Überlegung, daß der Solidität der Produktpalette ein Schuß sportlicher Dynamik guttue. In beiden Lagern erkannte man aber vor allem die Marktlücke. So gab der Gesamtverband seinen Segen zur weltweit besten Serienlimousine, die je produziert wurde.

Damit genügend Aufmerksamkeit erzeugt wird, und man die angestrebte jährliche Stückzahl von 8000 Einheiten auch über einen längeren Zeitraum an den Kunden bringt, setzte man das Auto mit großen Aktionen in Szene. Nach 50 000 Kilometer langer Weltrekordfahrt in Italien (Durchschnittstempo von 247 km/h) pilotierten Formel-1-Piloten bei einem Show-Rennen zur Nürnberg-Premiere die ersten 20 Edelrenner mit dem Stern.

Architekt Schubert will auch in seiner Freizeit hoch hinaus. Ob er das auch noch im Ruhestand kann?



Wenn Gottfried Schubert in einigen Jahren in Pension geht, braucht er an seinem Lebensstandard keine Abstriche zu machen. Denn er hat vorgesorgt. Da ist zunächst einmal seine vor langem bei uns abgeschlossene Lebensversicherung, die ihm zum 63. Geburtstag samt stattlicher Überschußbeteiligung ausgezahlt wird.

Und außerdem hat Herr Schubert noch ein Investment-Anlagekonto. Was er da im Laufe der Zeit anspart, erhält er als Wertpapier-Rente mit Gewinn zurück – nach einem festen Auszahlungsplan. So gesehen, wird es für den Architekten a.D. keinen finanziellen Grund geben, seinem schönen Hobby ade zu sagen. Mit diesen interessanten Vorschlägen konnten wir Herrn Schubert bei der Absicherung seiner Altersversorgung weiterhelfen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

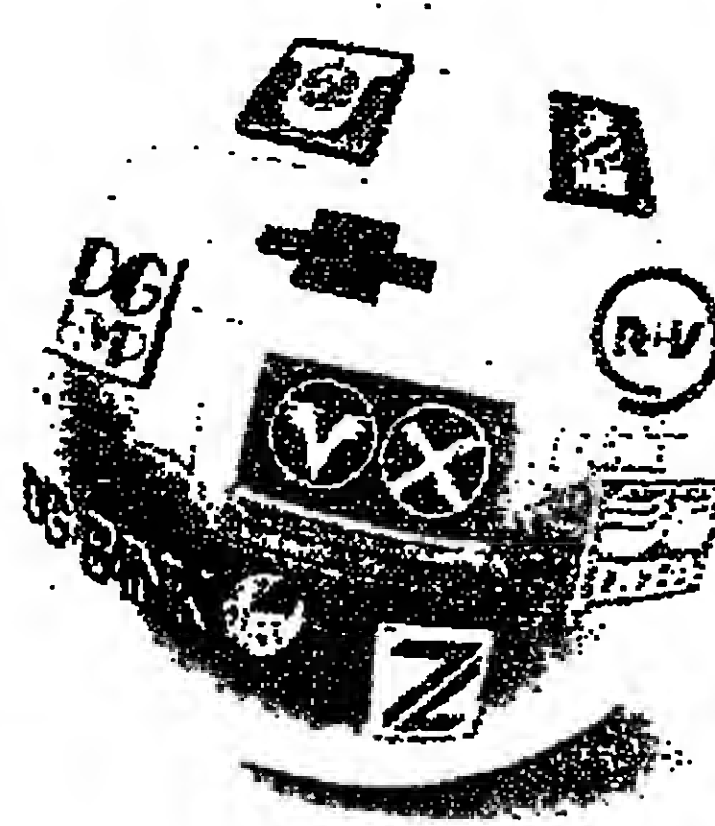
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Geldangelegenheiten bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn die

Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekendarlehen
- DIFA Deutsche Immobilienfonds AG
- Münchener Hypothekendarlehen eG
- R-V Versicherung Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

In der Schulpolitik von NRW weht ein neuer, frischer Wind

Kultusminister Hans Schwier (SPD) erschwert den Zugang zur Oberstufe

WILMHERLYN, Düsseldorf. Volksweisheit ist, daß neue Besen gut kehren. Sprich in diesem Fall: Neue Minister räumen auf – wie der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier, der sein schweres Amt im vergangenen Herbst von Jürgen Girsengohn übernommen hat. Fortan weht in der Schulpolitik des bevölkerungsreichsten Bundeslandes ein anderer, ein frischer Wind. Wollte Girsengohn noch das Niveau in allen Stufen absenken, um so auf die Bildungsebene der Gesamtschule zu kommen und damit den Übergang vom herkömmlichen System zu erleichtern, so läßt Schwier keine Chance ungenutzt, die Anforderungen an die Schüler wieder zu erhöhen.

„Ganz normale Sache“

Gestern ließ er lapidar mitteilen: „Als Folge der im März erlassenen neuen Rechtsverordnung für die gymnasiale Oberstufe werden die Leistungsanforderungen beim Übergang in die Sekundarstufe II in allen Schulformen erhöht.“ Auf eine solche schnelle Reaktion der Ministerialbürokratie war kaum jemand vorbereitet – am allerwenigsten die Funktionäre der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie schimpfen lauthals, Schwier habe „in aller Heimlichkeit“ eine Verordnung ausgearbeitet, die die Übergänge zum Gymnasium noch schwerer mache. Dies dient nicht der angestrebten „notwendigen Integration“ der verschiedenen Schulformen. Im Ministerium selbst schüttelt man darüber nur den Kopf. Dort heißt es jetzt: „Diese Versetzungsordnung ist eine ganz normale Sache“ und „natürlich

müssen wir die Zügel anziehen, denn in Baden-Württemberg, dem Konkurrenz-Bundesland für NRW, ist das alles schon lange Teil der Versetzungsordnung.“

Schwier erklärte nun in Düsseldorf, in Zukunft – und zwar vom 1. August an – sollen nur Schüler in die gymnasiale Oberstufe aufgenommen werden, die die Leistungsanforderungen des Abiturs voraussichtlich auch erfüllen werden. Der Minister sagte: „Es kann doch nicht angehen, bis zum Abschluß der Klasse 10, im Gymnasium beispielsweise, weiter so zu tun, als habe sich nichts verändert, um dann die Schüler in der Jahrgangsstufe 11 mit erhöhten Anforderungen zu konfrontieren.“

Im Gymnasium kann nun der Schüler dann in die jeweils höhere Klasse versetzt werden, wenn er in einem der Fächer Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache und zweite Fremdsprache mangelhafte Leistungen aufweist und in den übrigen genannten Fächern nur ein Ausreichend erhalten hat. Bei diesen Leistungen erhält er aber nach der Klasse 10 nur noch die Fachoberschulreife. In die gymnasiale Oberstufe kommt der Schüler nur noch, wenn er mangelhafte Leistungen in einem der Hauptfächer durch mindestens befriedigende Leistungen in einem anderen dieser Fächer ausgleichen kann. In der Folge dieser Leistungsanforderung werden auch die Anforderungen an die Gesamtschüler erhöht. Die neue Rechtsverordnung sieht vor, Gesamtschüler nur dann in die 11. Jahrgangsstufe zu versetzen, wenn sie mindestens drei Erweiterungskurse – davon zwei in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch –

bestanden haben. Entsprechende Regelungen gelten auch für Haupt- und Realschüler, die in die gymnasiale Oberstufe überwechseln wollen.

Sicher gestellt wird mit der neuen, stärker leistungsorientierten Verordnung auch, daß die Abschlüsse an den bislang 55 NRW-Gesamtschulen bundesweit anerkannt werden können. Zum ersten Mal bekannte ein sozialdemokratischer Bildungspolitiker in diesem Zusammenhang, es habe in den Gesamtschulen Fehlentwicklungen gegeben.

Zurück zu den Noten

Schwier nämlich erklärte: „Zweifelslos vorhandene Fehlentwicklungen in den einzelnen Gesamtschulen konnten nicht mit der notwendigen Härte kritisiert werden, weil jede Kritik an einer Gesamtschule von den politischen Gegnern sofort auf übertriebene Weise aufgebauscht worden wäre. Vor diesem Hintergrund wurde es immer schwieriger, Fehlentwicklungen zu korrigieren.“

Bekannt wurde gestern in Düsseldorf zudem, daß Schwier auch die umstrittene achtstufige Bewertungsskala an den Gesamtschulen abschaffen will. Sie soll durch das traditionelle Notensystem von Eins bis Sechs ersetzt werden. Diese Regelung wird in der SPD-Regierungsfaktion noch umstritten und soll morgen in dem zuständigen Arbeitskreis noch einmal erörtert werden. Mit der gestern veröffentlichten Verordnung hat Schwier die Auflage des Parlaments vollzogen, das im vergangenen September einstimmig eine „beutelsame Weiterentwicklung der Sekundarstufe II“ gefordert hatte. Seite 2: Schwier läßt lernen

Erziehungszeit anrechnen: Diskussion auf CDU-Parteitag

GISELA REINERS, Bonn

In der Union verstärkt sich der Ruf nach Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht. Zusammen mit einem Erziehungsgeld soll dies im Rahmen der Steuerreform den Familienlastenausgleich verbessern. Auf Empfehlung der Antragskommission wird sich der CDU-Parteitag in diesen Tagen in Stuttgart damit befassen. Auf Antrag der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) wurde die Forderung aufgenommen, daß vor allem die bereits mehrfach beschlossene Einführung eines Erziehungsgeldes sowie die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht verwirklicht werden müßten.

Zeiten der Kindererziehung, im Gespräch ist ein Jahr pro Kind, werden als fiktive Beitragszeiten angerechnet und damit ebenso behandelt, als wäre die Mutter in dem Jahr erwerbstätig gewesen. Als Bewertung stehen zwei Möglichkeiten zur Diskussion: entweder mit 75 oder mit 100 Prozent des Durchschnittsnettoeinkalts aller Versicherten. Das würde die monatliche Rente um 24 bzw. 31,50 Mark verbessern. Die Anrechnung soll für Frauen oder Männer gelten, deren Kinder nach Inkrafttreten des Gesetzes geboren werden, und für Frauen, die nach der Neuregelung rentenberechtigt werden. Sie wird also – falls sie Gesetz wird – nicht für Frauen gelten, die schon schon Rente beziehen. Das würde zu teuer.

Die Anrechnung würde den Bund jährlich 3,4 bzw. 4,5 Milliarden Mark kosten, je nachdem, ob mit 75 oder 100 Prozent bewertet wird. Die Einbeziehung schon laufender Frauenrenten würde zusätzlich 4,5 bis 5, bzw. 6 bis 6,7 Milliarden Mark erfordern.

Interesse Chinas an Ausrüstung

ms.Bonn

Die chinesische Regierung ist daran interessiert, Fahrzeuge und Funkgeräte für ihre Polizei aus der Bundesrepublik Deutschland zu beziehen. Insgesamt werden der chinesischen Polizei rund 1,2 Millionen Mann zugerechnet. Der Wunsch der Chinesen, der nach Bonn übermittelt worden ist, wird ein Hauptgesprächsthema beim bevorstehenden Besuch von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) in Peking sein. Zimmermann beginnt die Reise am Sonntag und wird nach fünftägigem Aufenthalt in der Volksrepublik noch eine Zwischenstation in Singapur einlegen. Die Reise des Bundesinnenministers ist mit Bundeskanzler Helmut Kohl, der in diesem Herbst nach Peking fahren wird, abgestimmt. Ob auch Interesse am Kauf deutscher Waffen, beispielsweise Maschinenpistolen, besteht, ist bislang nicht abzusehen.

Noch wenige Wochen vor Beginn der neuerlichen sowjetischen Luft-Eskapaden demonstrierten die Sieger von 1945 durchaus Eintracht. Anfang März dieses Jahres besuchte eine Abordnung hochrangiger sowjetischer Luftwaffen-Offiziere aus dem Hauptquartier der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ in Wunsdorf („DDR“) südlich von Ost-Berlin das der Luftsicherheitszentrale unterstellte Fluglotsenzentrum im Militärflughafen Tempelhof.

Dieses „Berlin Air Route Traffic Control Center“ war kürzlich mit einer der modernsten Radaranlagen der Welt ausgerüstet worden, mit der sämtliche Flugbewegungen in den drei Luftkorridoren und in der Luftkontrollzone Berlin registriert werden. Diese Radaranlage hat in den vergangenen Wochen jede Annäherung sowjetischer Militärfahrzeuge an alliierte Zivilflugzeuge dokumentiert – eine Kontrollmöglichkeit, die auch den Sowjets ständig zur Verfügung steht und deshalb als unwiderlegbarer Zeuge den Protesten der Alliierten dient.

DIE WELT (wups 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Professoren plädieren für mehr Wettbewerb an Hochschulen

WRK-Konferenz in Hannover: Leistungen müssen transparenter gemacht werden

PETER PHILIPPS, Hannover

Von der Einführung privater Hochschulen erwarten die Präsidenten und Rektoren der Universität in der Bundesrepublik Deutschland keine Verbesserung der auch von ihnen anerkannten, angesichts der reichhaltigen finanziellen und personellen Ausstattung unbefriedigenden Qualität von Forschung und Lehre. In der Diskussion auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Hannover bekamen deshalb drei Aspekte immer mehr Gewicht, unter denen ein ersehnter, die Qualität fördernder Wettbewerb im deutschen Universitätsbereich erörtert wird.

Die Hochschulen sollten mehr Autonomie in der Verwaltung und Verteilung ihrer vom Staat und von Drittmitteln zugewiesenen Mittel erhalten; sie brauchen die Möglichkeit, sich stärker ihre Studenten selbst auszuwählen zu können; und die unterschiedliche fachliche Reputation von Universitäten müsse als stimulierendes Wettbewerbsinstrument zum Tragen kommen.

Beispiel Amerika

Gerade diese Frage hatte der Kölner Professor Peter Graf Kielmannsegg bereits am ersten Tag der WRK-Tagung vehement in die Debatte eingeführt: Die „Bequemlichkeitskonvention“, daß man die Leistungsprofile von Fakultäten in Fachbereiche nicht vergleiche oder gar noch öffentlich bekanntmache, müsse „außer Kraft gesetzt werden“. Leistungs-transparenz werde nämlich zweierlei Wirkung entfalten: Sobald es durch veröffentlichte Reputation eine Rangordnung gebe, werde automatisch ein

Leistungswettbewerb eintreten. Zugleich entstünden die Voraussetzungen dafür, daß die Nachfrage nach Studienplätzen und nach Hochschulabsolventen „sich am Rang der Ausbildungssituation orientieren“. Er verwies auf das amerikanische Beispiel, das zum Leistungswettbewerb offenbar auch noch eine andere als die derzeitige Motivation der Lehrenden und Forschenden an den deutschen Universitäten hinzukommen müsse. Der Göttinger Philologe Günther Patzig griff dies auf mit der Bemerkung, daß es bei dem „Problem, warum trotz noch immer eindrucksvoller Begabungen unter den Studenten bei uns etwas mit der Forschung nicht ganz in Ordnung zu sein scheint, auch um Fragen der inneren Einstellung oder der Mentalität zu gehen“ scheine.

Er berichtete von einer Ferienakademie der Studienstiftung, bei dem alle Dozenten den Eindruck hatten, man habe arbeiten können „wie in guten alten Zeiten“. Es war, als ob man sonst an der Universität sozusagen mit angezogener Handbremse fahren muß. „Denn unter Studienstillern fürchte keiner, die übrigen Teilnehmer eines Seminars durch überlegene Kompetenz zu beeindrucken“. An der Universität hingegen habe sich teilweise eine Mentalität entwickelt, die „nach utilitaristischen Prinzipien“ die Anerkennung des Überdurchschnittlichen als „moralisch bedenklich“ verurteile.

Die Zulassung von Studenten unter eigener Verantwortlichkeit durch die Universitäten und eine Bildung von Forschungsschwerpunkten höherer Qualität innerhalb der einzelnen Fachbereiche ließen sich als Qua-

litätsstimulus nach Patzigs Ansicht „fast kostenneutral“ verwirklichen. Zusätzliche Mittel seien allerdings erforderlich, wenn man – orientiert am amerikanischen Beispiel – auch die Dozenten-Studenten-Relation verbessern wolle. Aber ein gangbarer Weg sei hier beispielsweise, Professoren für die Dauer ihrer Förderung durch das Heisenberg-Programm in solchen Forschungsschwerpunkten anzusiedeln.

Beispiel Japan

Um die eigene Situation noch besser reflektieren zu können, hatten sich die deutschen Hochschulleiter Gäste eingeladen, die über die Situation im Ausland berichteten. Besonders interessiert wartete man naturgemäß auf eine Beschreibung aus dem Land der aufgehenden Sonne und Erfolge, aus Japan. Professor Ryuchi Hiramoto, Präsident der Universität Tokio, zeigte, daß in seiner Heimat die Diskussion – zumindest partiell – der Deutschen gegenüber sich zu entwickeln scheint: Die Forderung nach Auflösung der Differenzierung von Hochschulen, nach „Demokratisierung“ spiele eine erhebliche Rolle.

Zwar absolvierten mehr als 80 Prozent eines Jahrgangs in Japan die Obergymnasien und mehr als 25 Prozent immatrikulierten sich an den Hochschulen. Doch durch die dem Studienbeginn vorgeschalteten zwei zentralisierten Aufnahmeprüfungen ergaben sich starke Rangunterschiede innerhalb des Hochschulsystems. Es habe sich eine richtige „Prüfungsindustrie“ entwickelt, die die Schüler über Vorbereitungsschulen nach dem Abschluß des Obergymnasiums auf die Aufnahmeprüfungen vorbereite.

SPD bastelt an weiteren Angeboten

Hessische Grüne wollen am 19./20. Mai über die „Zugeständnisse“ abstimmen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Landesvorstand und Fraktion der hessischen SPD sind erneut zu Beratungen hinter verschlossenen Türen zusammengekommen, um über weitere Zugeständnisse an die hessischen Grünen zu entscheiden. Alle Voraussicht nach kommt den Beschlüssen entscheidende Bedeutung für das endgültige Zustandekommen des rot-grünen Bündnisses in Hessen zu. Die Grünen wollen bereits auf einer Landesmitgliederversammlung am 19./20. Mai in Lollar bei Gießen darüber abstimmen, ob die Zugeständnisse der SPD als Grundlage für eine „kontinuierliche Zusammenarbeit“ ausreichen.

Die SPD, die für die Wiederwahl ihres Landesvorsitzenden Holger Börner als Ministerpräsident mindestens 56 Stimmen braucht, ist auf diese Zusammenarbeit angewiesen; sie stellt im Landtag nur 51 Abgeordnete. Börner hat Koalitionen mit anderen Parteien ausgeschlossen, will aber mit einem von den Grünen tolerierten Minderheitskabinett ein „Gegengewicht“ gegen die „Wende-Regierung“ in Bonn bilden.

Die Grünen, die im Hessischen Landtag sieben Mandate halten, haben ihre Bereitschaft zur Tolerierung Börners von einer „Neuorientierung“

der gesamten Landespolitik abhängig gemacht. Dafür sind in monatelangen Verhandlungen zwischen SPD und Grünen Rahmenbedingungen ausgehandelt worden, die von einer grünen Landesmitgliederversammlung im Januar grundsätzlich abgesegnet wurden. Seitdem geht es um die konkreten Weichenstellungen der Politik im Haushaltsplan für 1984.

Die Grünen wollen dem Etatentwurf Börners nur bei Berücksichtigung konkreter Forderungen im Bereich der Müllentsorgung, des Straßenbaus, der Stützung mittel- und kleinbäuerlicher Betriebe, der Ausländerpolitik, des Lärmschutzes am Frankfurter Flughafen und des Gefängnisbaus zustimmen. Nach ersten, zum Teil graduellen Zugeständnissen der SPD in einer Vorstands- und Fraktionsklausur Anfang April geht es jetzt um die noch strittigen Bereiche Müllentsorgung sowie Straßen- und Gefängnisbau.

Bei der Müllentsorgung konzentriert sich der Streit auf die Grube Messel bei Darmstadt und die bereits im Bau befindliche Sondermülldeponie in Mainhausen. Nach den Vorstellungen der Grünen soll die Fossilienfundstätte Messel vor der auch nur teilweisen Verfüllung mit Hausmüll bewahrt werden. In Mainhausen ver-

langen sie den Verzicht auf die Lagerung von Gift- und Sondermüll im Grundwasserbereich und schlagen als Alternative die Errichtung einer Hochdeponie nach amerikanischem Vorbild vor.

Beim Straßenbau bestehen die Grünen auf dem vom Ministerpräsidenten schriftlich zugesagten Verzicht auf das Mittel des Sofortvollzugs. Über strittige Projekte müsse jeweils in Einzelverhandlungen Einvernehmen erzielt werden.

Diese Forderung hat in den vergangenen Tagen deshalb an Brisanz gewonnen, weil der geschäftsführende Wirtschafts- und Finanzminister Herbert Reitz angekündigt hat, beim Bau der Umgehungsstraße von Eltville trotz Börners Zusage vom Sofortvollzug Gebrauch machen zu wollen. Begründung: Der soeben vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof bestätigte Sofortvollzug sei schon vor Börners Zusage verfügt und lediglich durch Anfechtung verzögert worden.

Die Grünen haben inzwischen erklärt, mit einem solchen Minister könnten sie nicht zusammenarbeiten. Schützenhilfe kam von den Jusos, die Reitz vorwarfen, die Zusammenarbeit beider Parteien mit Sofortvollzug und „administrativen Nadelstichen“ zu „torpedieren“.

Volle Kraft voraus. Neu: PEUGEOT 505 TURBO INJECTION.



Rassig, spritzig, temperamentvoll – Start frei für den neuen PEUGEOT 505 TURBO INJECTION.

Die neue Kraft

2155 cm³, 114 kW (155 PS), von 0 auf 100 in 8,6 Sekunden, 205 km/h Spitze!

Die aktuelle Technik

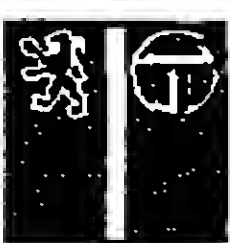
Turbolader mit Ladeluftkühler; L-Jetronic-Einspritzung mit Schubabschaltung, Fünf-Gang-Getriebe, teilsperrendes Differential, Einzelradaufhängung, Servolenkung, 4 servounterstützte Scheibenbremsen – vorne innenbelüftet, „sprechender“ Bordcomputer.

Die „ohne-Aufpreis“-Ausstattung

z.B. 4 Leichtmetallfelgen mit Bereifung 195/60 HR 15, Colorverglasung, von innen verstellbare Außenspiegel, elektrische Scheibenheber, elektrisches Stahlschiebedach, Tür-Zentralverriegelung, Veloursitze, Kopfstützen vorne und hinten, Drehzahlmesser!

6 Jahre Garantie gegen Durchrostung. Finanzierung und Leasing über P.A. Creditbank. Beratung und Information bei rund 1300 PEUGEOT TALBOT-Vertragspartnern.

PEUGEOT 505



PEUGEOT TALBOT
DEUTSCHLAND GMBH

SPD legte Konzept für Abrüstung vor

AP, Bonn

Die SPD hat gestern ein neues umfassendes Abrüstungspolitisches Angebot des Westens bei den Stockholmer Verhandlungen gefordert und dazu neue Akzente und Schwerpunkte vorgeschlagen. Die NATO-Staaten wurden ersucht, sich zusätzlich zu den Vorschlägen von Genf und Wien zu einem Gewaltverzichtabkommen mit den Staaten des Warschauer Paktes bereit zu erklären und die neuesten Vorschläge Moskaus positiv zu beantworten. Ferner sollen die neue Verhandlungen für ein Verbot von Anti-Satelliten-Waffen anlaufen.

Nach Ansicht der SPD sollte der Westen auch auf die Initiative des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi eingehen und zu einem Stationierungsstopp für Atomraketen bereit sein, falls die Raketenverhandlungen wieder aufgenommen würden. Realistisch wäre dabei die Zusammenlegung der Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und Interkontinentalraketen. Auch Verhandlungen über eine von atomaren Gefechtsfeldwaffen freie Zone von je 150 km beiderseits der Grenze in Deutschland und über panzerfreie Zonen sollte der Westen zustimmen, hieß es in dem SPD-Konzept, das vom außenpolitischen Sprecher Karsten Voigt und vom Abrüstungsexperten Hermann Scherer in Bonn vorgelegt wurde.

Für Frauen in der Bundeswehr

dpa, Bonn

Der Deutsche Bundeswehrverband hat sich für die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr ausgesprochen. Sein Vorsitzender Heinz Volland stellte auf einer Pressekonferenz gestern in Bonn jedoch klar, daß seine Organisation keine Wehrpflicht für Frauen fordere. Es käme aber einem Berufsverbot gleich, wenn man Frauen, die freiwillig Soldat sein wollten, diesen Berufsverbot weiterhin versperren würde. Die Öffnung der Streitkräfte für freiwillig dienende Frauen bedeute vielmehr auch einen weiteren Schritt zur Gleichberechtigung. Volland wies darauf hin, daß in den meisten Armeen der Welt Frauen dienten. In der Bundeswehr könnten sie etwa im Fernmeldedienst, als Kraftfahrer, in Logistik und Versorgung oder als Lehrpersonal tätig sein.

Unesco durch Wechsel an der Spitze noch zu retten

Ändert sich nichts, treten Washington und London aus

MANFRED NEUBER, Bonn Der Streit um die Unesco spitzt sich auf die Person ihres Generaldirektors zu. Wenn die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur überleben will, muß sie sich von dem selbstherrlichen Amador Mahtar M'Bow trennen. Mit dieser Einschätzung wird der Exekutivschuß der Unesco bei seiner Beratung heute in der Pariser Zentrale konfrontiert.

M'Bow steht im Kreuzfeuer westlicher Kritik an der Unesco. Ihm werden die politische Einseitigkeit dieser Unterorganisation der Vereinten Nationen, eine maßlose Ausgabenpolitik und Vernetzung vorgeworfen. Der Senegalese weist die Vorwürfe mit dem Hinweis zurück, alle Entscheidungen bei der Unesco würden im Konsens getroffen.

Erstmal im Jahre 1974 auf den Posten des Generaldirektors berufen, wurde M'Bow 1980 für eine zweite Amtszeit von sechs Jahren wiedergewählt. Er kann sich auf die Mehrheit der Mitgliedstaaten aus der Dritten Welt stützen. Seit kurzem läßt er keine Gelegenheit aus, seine Entschlossenheit zu bekunden, allen Forderungen nach seinem Rücktritt zu widerstreben.

Nachdem die Vereinigten Staaten ihren Austritt aus der Unesco zum 31. Dezember angekündigt haben, bestehen Berater Präsident Reagans darauf, diesen Entschluß nur dann zu überprüfen, wenn M'Bow in der Zwischenzeit an der Spitze dieses UN-Organs abgelöst wird. Großbritannien macht seinen Verbleib in der Unesco ebenso wie die USA von durchgreifenden Änderungen in der Arbeitsweise abhängig.

Finanzielle Folgen

Ein Austritt beider Länder würde die Unesco finanziell hart treffen. Washington bestrahlt rund 25 Prozent des Budgets (774,4 Millionen Dollar im Haushaltszeitraum von 24 Monaten), London steuert 4,6 Prozent bei. Andere westliche Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland (8,4 Prozent Beitrag) könnten sich dem angelsächsischen Vorgehen anschließen, falls es nicht zu einer gütlichen Regelung kommt.

In der Unesco-Zentrale gibt man sich keinen Illusionen darüber hin, daß arabische Erdölstaaten oder der Ostblock mit höheren Zahlungen einspringen würden. Auch ließe sich der Ausfall des US-Anteils nicht durch

höhere Umlagen bei den überwiegend finanzschwachen Mitgliedern eintreiben. Ebenso wenig könnte die Unesco das Loch in ihrem Etat durch kommerzielle Anleihen stopfen.

Die Unesco gibt mehr als die Hälfte ihrer Mittel für Verwaltungskosten aus. Kein Wunder: 2 428 ihrer 3 380 festangestellten Mitarbeiter sitzen in Paris, während nur 952 draußen in der Welt tätig sind. Beim UNO-Entwicklungsprogramm ist die Relation umgekehrt, auf je vier Helfer draußen kommt nur ein Bürokrat in der New Yorker Zentrale.

Keine Überschneidungen

Mit der Rückendeckung der 101 Staaten der Blockfreien-Bewegung, die M'Bow in zwei verschiedenen Gremien unlängst ihr Vertrauen aussprachen, konnte der Generaldirektor zur Gegenoffensive übergehen. Die Unesco ist kein Schlachtfeld, hielt er den USA vor; die Kritiker sollten nicht mit der Faust auf den Tisch hauen, sondern über Verbesserungen der Unesco-Arbeit reden.

Die britischen Vorschläge, die im vorigen Monat mit der verlausulierten Austrittsandrohung in Paris eingingen, liegen dem Exekutivschuß in der nächsten Woche zur Erörterung vor. London will eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Ziele der Unesco in der Erziehung, der Wissenschaft und Kultur und eine Abkehr von den ideologisch orientierten Programmen für die Palästinenser und gegen die Apartheid.

Großbritannien möchte künftig auch sicherstellen, daß sich die Arbeit der Unesco nicht mit den Vorhaben anderer Organisationen der Vereinten Nationen überschneidet. In der britischen Interpellation heißt es klipp und klar: „Vor allem fragen wir uns, ob alle Unesco-Vorhaben ihr Geld wert sind.“ Damit wird offenbar auf die von der Unesco betriebene „Weltinformationsordnung“ angespielt, die im Westen als Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit erachtet wird.

Das Vorhaben, die Haushaltsführung der Unesco durch Rechnungsprüfer des amerikanischen Kongresses untersuchen zu lassen, erfuhr im vorigen Monat durch einen mysteriösen Brand in der Pariser Unesco-Zentrale eine erhebliche Beeinträchtigung. Dieser Vorfall bestärkte in den USA die Anhänger der Kampagne „UNO raus aus den USA, und USA raus aus der UNO“.

Mit der Umbildung des Senats fackelte Dohnanyi nicht lange

Alfons Pawelczyk wird Zweiter Bürgermeister / Rolf Lange neuer Innensenator

UWE BAHNSEN, Hamburg Mit einer Eile, die schließlich zur Hektik wurde, hat Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi rund einhalb Jahre nach der letzten Bürgerschaftswahl seine sozialdemokratische Landesregierung innerhalb von drei mehr oder weniger turbulenten Tagen innerparteilicher Verhandlungen umgebildet. Mit der neuen, von ihm selbst als schlagkräftiger beurteilten Mannschaft (Ich habe mir das Beste gesucht, was ich finden konnte) will der Regierungschef in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode die Voraussetzungen für jenes große Ziel schaffen, das er gemeinsam mit den Spitzengonossen in der SPD-Führung der Hansestadt unter allen Umständen erreichen will: die Verteidigung der absoluten Mehrheit „mit Zähnen und Klauen, um nicht wieder wie im Herbst 1983 diese zermürbenden Tolerierungsgespräche mit der GAL führen zu müssen“ – so ein Landesvorsitzungsmitglied über den Hintergrund der Senatsumbildung, bei der Fraktionschef Henning Voscherau und der Landesvorsitzende Ortwin Runde dem Bürgermeister assistierten.

Diese drei Politiker, die das traditionelle „eiserner Dreieck“ sozialdemokratischer Staatsmacht in Hamburg bilden, entschieden sich für die folgenden Veränderungen im Senat: Neuer Stellvertreter Dohnanyis als Zweiter Bürgermeister wird der bisherige Innensenator Alfons Pawelczyk, der zugleich die Vertretung Hamburgs beim Bund übernimmt. Die bisherige Bürgermeisterin und Gesundheitsministerin Helga Eistner, bislang das dienstälteste Senatsmitglied, scheidet auf eigenen Wunsch aus. Nachfolger Pawelczyks als Innensenator wird der bisherige Leiter des Bezirksamtes Wandsbek, der 42-jährige Diplompölitologe Rolf Lange. Die Gesundheitsbehörde übernimmt die bisherige Bundesministerin Christine Maring. Neuer Finanzsenator wird der Altonaer SPD-Bundestagsabgeordnete und Steuerexperte Horst Gebrecht (47). Für den im Sommer ausscheidenden parteilosen Wissenschaftssenator Professor Hansjörg Sinn tritt der ebenfalls parteilose Professor Klaus Michael Meyer-Abich (48) in den Senat ein. Sinn hatte ihn als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Meyer-Abich, Diplomphysiker und früherer Mitarbeiter des Philosophen und Atomphysikers Carl Friedrich von Weizsäcker, ist seit 1974 Leiter

der interdisziplinären „Arbeitsgruppe Umwelt, Gesellschaft, Energie“ der Universität Essen und gilt als Kritiker der Kernenergie.

Den Entschluß, seine Senatsriege im Sommer umzubilden, hatte



Alfons Pawelczyk FOTO: WERK

Dohnanyi schon vor Monaten gefaßt und damals unter dem Gesichtspunkt vorbereitet, der politische „Aufhänger“ dafür werde das Ausscheiden Sinns sein. Der Rücktritt des Finanzsenators Jörg König, der nach einem Schützenfest unter Alkoholeinwirkung seinen Dienstwagen an einer Autobahn-Leitplanke ramponierte und anschließend die Polizei und die Öffentlichkeit zunächst anfunkerte, brachte Dohnanyi unter Handlungsdruck. Angesichts dieser Umstände entschloß sich der Regierungschef zur Eile, um Führungsfähigkeit zu demonstrieren und zugleich zu verhindern, daß noch wochenlang in der Regierungspartei Positionen aufgebaut würden, die dem Bürgermeister die Hände gebunden hätten.

Mit Abstand wichtigste der jetzt getroffenen Personalentscheidungen betrifft Alfons Pawelczyk. Dohnanyi war seit geraumer Zeit entschlossen, seine Arbeitsüberlastung als Regierungschef eines Bundeslandes und Oberbürgermeister einer

Großkommune zu reduzieren und einen Teil dem Zweiten Bürgermeister zu übertragen, der bislang eher eine politisch-protokollarische Funktion hat. Nachdem Helga Eistner diese zusätzlichen Aufgaben nicht übernehmen mochte, war Dohnanyi über eine entsprechende Zusage Pawelczyks hocherfreut. Der 51-jährige Innensenator (seit 1980), vorher SPD-Bundestagsabgeordneter und Abrüstungsexperte, glaubt die wesentlichen Struktur- und Reformentscheidungen im Sicherheitsapparat der Hansestadt auf den Weg gebracht zu haben, und zeigte wenig Lust, noch länger „oberster Polizist und Feuerwehrmann“ des Stadtstaates zu sein. Ihn zog es seit geraumer Zeit zurück auf das Bonner Parkett mit der Möglichkeit, in der Außen- und Sicherheitspolitik wieder sozialdemokratische Flagge zu zeigen. Was die Opposition bislang auf diesem Gebiet vorzuweisen hatte, vermochte bei ihm statt Begeisterung nur wehmütige Betrachtungen auszulösen.

Dohnanyi wiederum paßte Pawelczyks Drang nach Bonn vorzüglich ins Konzept, weil er mit Sorge beobachtete, wie das ohnehin lädierte „Image“ Hamburgs nun auch in der Bundeshauptstadt mit einer eher lethargischen Vertretung hanseatischer Interessen einherging. Pawelczyk, ein energischer und ökonomischer Arbeiter, soll das ändern. Um ihn jedoch zugleich in die Lage zu versetzen, Dohnanyi zu entlasten und auch die eigene Machtbasis in Hamburg zu behalten, wurde ihm außer der Funktion des Zweiten Bürgermeisters auch das Senatsamt für den Verwaltungsdienst zugesprochen – die wichtigste Querschnittsbehörde der Hansestadt. Damit ist Pawelczyk nicht nur der oberste Personalchef für die rund 114 000 Staatsdiener der Hansestadt, sondern zugleich auch der für die gesamte Behördenorganisation zuständige Senator. Wer auf diesem Klavier zu spielen versteht, ist mehr noch als der Finanzsenator, der politisch und nervlich zerrieben werden kann, der „starke Mann“ im Senat. Das war Pawelczyk schon als Innensenator. Er wird es auch in seinem neuen Amt bleiben. Die Innenbehörde übergibt er mit Rolf Lange einem seiner engsten Vertrauten aus der Wandsbeker SPD, seiner Bastion in der Partei. Dort schlägt das Herz stramm Mitte-rechts.

Papua-Neuguinea: Papst-Messe im Dschungel

dpa - UPI / DW, Mount Hagen

Papst Johannes Paul II. hat gestern im entlegenen Hochland von Papua-Neuguinea eine Messe für annähernd 200 000 Gläubige zelebriert. Der Gottesdienst auf dem Golfplatz in Mount Hagen hatte zahlreiche Einheimische mit bemalten Gesichtern und Zehntausende von Zuschauern angezogen, von denen einige mehrtägige Fußmärsche hinter sich hatten.

Nur zwölf Prozent der mehr als 500 katholischen Priester Papua-Neuguineas sind Einheimische. Der zuständige Erzbischof George Bernardini ist der aus Schlesien stammende Wilhelm Wörz. Papst Johannes Paul II. hat sich zum katholischen Glauben. Am gleichen Tag wollte Johannes Paul auch für die Kranken beten und eine an die Bischofskonferenz von Papua-Neuguinea und die Salomonen-Inseln gerichtete Ansprache halten.

Unteressen werden in Thailand unter Leitung des Oberbefehlshabers der Armee strengste Sicherheitsvorkehrungen für den bevorstehenden Papst-Besuch getroffen. Johannes Paul II. wird morgen zu einem zweitägigen Besuch in das buddhistische Königreich eintreffen.

Luftangriff gegen Busher?

DW, Beirut

Irakische Jagdbomber haben, wie aus zuverlässiger Quelle in der iranischen Hauptstadt Teheran bekannt wurde, am 24. März ein irakisches Kernkraftwerk südöstlich von Busher mit „Exocet“-Raketen beschossen. Der irakische Angriff, der am 24. März stattfand, wurde von Super-Entland-Maschinen ausgeführt, die Paris erst unlängst an Bagdad geliefert hatte. Welcher Schaden bei dem irakischen Luftangriff entstand, wird von persischen Stellen geheimgehalten.

Busher war in den vergangenen Wochen in die Schlagzeilen geraten, nachdem deutsche Techniker die Möglichkeit einer Vervollständigung des Kernkraftwerks vor Ort untersucht hatten. Daraufhin war in amerikanischen Presseberichten die Möglichkeit angedeutet worden, Iran versuche sich auf diesem Wege spaltbares Material für Kernwaffen zu beschaffen (WELT v. 2. Mai).

In 16 Stunden verdienen unsere Sparer

so viel, wie die großen Münchner Biergärten im Sommer '83 an Bier umgesetzt haben.

Wieviele Biergärten es in München tatsächlich gibt, weiß niemand genau zu sagen. Denn sobald die ersten Sonnenstrahlen genug Wärme spenden, verwandelt fast jede Wirtschaft ihren Vorplatz in einen Biergarten. Daß Einheimische wie Zugereiste diese „Institution“ gleichermaßen schätzen, beweist der Bierauschank der zehn größten Biergärten, die mit 80 000 Hektolitern pro Sommer rund 48 Mio. DM umsetzen.

So viel verdienen unsere Kunden in 16 Stunden. Denn die erfolgreichsten Wertpapiere Deutschlands bringen Tag für Tag 75 Millionen Mark Zinserträge.

Geld sollte Geld verdienen, und zwar so viel wie möglich. Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind dazu ideal.

Denn: Sie bieten Ihnen hohe, in der Regel die jeweils höchsten Zinsen.

Sie können die für Sie passende Laufzeit aussuchen. Und Ihre Papiere von heute auf morgen zum Tageskurs verkaufen oder beliehen lassen. Ihre Bank oder Sparkasse übernimmt das für Sie.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen werden von Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben. Sie sind nach den speziellen Vorschriften des Hypothekendarstellungsgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes durch Hypotheken und Darlehen an die öffentliche Hand gedeckt. Es gibt sie übrigens bereits seit 1769. Wir verdanken sie dem Alten Fritz.

Banken, Versicherungen und Industriefirmen wissen das natürlich. Sie kaufen im letzten Jahr für mehr als 90 Milliarden Mark. Und was für die Profis richtig ist, ist auch gut für den Privatanleger.

Und noch eins: Legen Sie Ihre Pfandbriefzinsen wieder in Pfandbriefen an, damit Ihr Geld noch mehr Geld verdient.

Bei allen Banken und Sparkassen.



Verbriefte Sicherheit. Pfandbriefe und Kommunalobligationen



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Häftling aus Spandau

In der WELT vom 28. April 1984 wird berichtet, daß Wolf Rüdiger Heß erklärt hat, das Friedensangebot seines Vaters an die Engländer sei kein Scheinangebot gewesen. Merkwürdigerweise wird aber sein Inhalt seit Jahrzehnten verschwiegen.

Der Inhalt ergibt sich jedoch aus den eigenen Worten von Rudolf Heß in seiner Vernehmung vom 9. Juni 1941 durch Lord Simon. Die Richtigkeit der Aussage ist niemals bestritten worden. Der Text ist mir seit dem Nürnberger IMT-Prozess bekannt. Die amtliche deutsche Übersetzung lautet unter anderem:

F.: Können Sie mir sagen oder wollen Sie mir sagen, ob Sie mit oder ohne Kenntnis des Führers hierhergekommen sind?

A.: Ohne seine Kenntnis. Absolut. (Der Protokollführer vermerkt hinter dieser Antwort ein „Lachen“ von Rudolf Heß.)

F.: ... Wenn Sie, Herr Heß, wie Sie gesagt haben, ohne Autorisation, Zustimmung oder Kenntnis des Führers gekommen sind, dann erzählen Sie mir doch einmal zunächst etwas über die Friedensbedingungen. Wird denn der Standpunkt, den Sie mir vorgetragen wollen, auch von anderen Leuten eingenommen? Gibt es in Deutschland wichtige Personen, die den Standpunkt vertreten, den ich anhöre?

A.: Die Ideen sind Ideen des Führers. Und die sind ausschlaggebend – einzig und allein. ... Ich habe nur ganz selten in meinem Leben ein Ehrenwort gegeben, weil ich es für eine zu heilige Sache halte. In diesem Falle gebe ich mein Ehrenwort, daß dieses, was ich hier niedergeschrieben habe, das ist, was mir der Führer in mehreren Gesprächen gesagt hat. (Heß las sodann aus einem vorbereiteten Memorandum vor. Als Grundlage für eine Verständigung zwischen England und Deutschland sollte eine Teilung der Interessensphären dienen. Deutschlands Interessensphäre sollte Kontinentaleuropa sein; Englands Interessensphäre sollte das englische Weltreich sein.) Das gesamte Vernehmungsprotokoll ist noch umfangreicher. Hier sind die wesentlichen Fragen und Antworten wiedergegeben.

Über die Frage, ob Hitler von dem Englandflug von Rudolf Heß gewußt hat, äußerte sich der Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Ernst Wilhelm Bohle, in Nürnberg in einer eidlichen Erklärung: Sämtliche Indizien sprechen für die Kenntnis Hitlers von dem bevorstehenden Flug nach England. Heß, der Bohle nahestand, hatte bei diesem vor dem Flug mehrfach englischen Unterricht genommen.

Dr. Robert M. W. Kempner,
fr. Stellv. US-Hauptankläger
in Nürnberg

*

Sehr geehrter Herr Dr. Kempner,
in dem in der Ausgabe der WELT vom 25. April über Rudolf Heß erschienenen Artikel wird von Herrn Bernd Conrad die Auffassung vertreten, daß die drei westlichen Gewahrsamsmächte „lieber heute als morgen“ Rudolf Heß freilassen würden, aber stets aufs neue auf das unnachgiebige Nein der vierten Gewahrsamsmacht, der Sowjetunion, stoßen würden.

Dieser Ansicht kann ich nicht beipflichten. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß auch die drei westlichen Gewahrsamsmächte im Grunde kein Interesse an der Freilassung von Rudolf Heß haben und sich nur zu bereitwillig hinter der intransigenten Haltung der Sowjetunion verschanzten.

Nach zuverlässigen Informationen ist in den vertraulichen Abmachungen, die die Gewahrsamsmächte im Jahre 1948 oder 1947 über die Verwaltung des Gefängnisses in Berlin-Spandau geschlossen haben, ein Passus enthalten, nach dem das Gefängnis aufzulösen ist, wenn sich auch nur eine der Gewahrsamsmächte – aus welchen Gründen auch immer – von der Verwaltung des Gefängnisses zurückzieht. In diesem Fall ist das Gefängnis aufzulösen und der noch im Gefängnis befindliche Häftling der Gewahrsamsmacht auszuliefern, die ihn im Jahre 1945 nach Nürnberg gebracht hat.

Selbst wenn aber eine solche Vereinbarung nicht getroffen worden wäre, könnte sich jede der vier Gewahrsamsmächte unter den heutigen politischen und völkerrechtlichen Bedingungen jederzeit von der gemeinsamen Verwaltung des Gefängnisses zurückziehen. Rudolf Heß wurde in Nürnberg von der Anklage freigesprochen, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Er wurde, wie in dem erwähnten Artikel von Bernd Conrad zutreffend ausgeführt wird, wegen der Beteiligung an der Planung, Vorbereitung und Führung eines Angriffskriegs verurteilt.

Tatsächlich hat es aber bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 keinen Satz des Völkerrechts gegeben, nach dem ein Staatsoberhaupt, Minister, General oder anderer staatlicher Organträger wegen einer solchen Handlung persönlich und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnte. Einen solchen Rechts-

satz gibt es auch heute noch nicht. Auch die Praxis der Staaten ist in dieser Frage völlig eindeutig. Bei keinem der zahlreichen seit 1949 geführten Kriege wurde auch nur erwogen, die für diese Kriege verantwortlichen Staatsmänner vor ein internationales Strafgericht zu stellen.

Rudolf Heß wird seit nunmehr 43 Jahren ohne Rechtsgrund gefangen gehalten. Dies erfüllt nach dem Recht aller zivilisierten Nationen den Tatbestand eines Verbrechens. Kein Staat ist aber an Verträge oder Abkommen gebunden, deren Zweck und Ziel die Begehung eines Verbrechens ist.

Ich kann auch nicht der Baronin Young, Staatsministerin im britischen Außenministerium, beipflichten, die vor einigen Tagen meinte, daß die Freilassung von Rudolf Heß durch die Westmächte „äußerst schwerwiegende Folgen für Berlin als Ganzes haben könnte“. Wenn die Sowjetunion etwas gegen Berlin unternehmen will, dann wird sie immer irgendeinen Vorwand finden, wie sie auch im Jahre 1948 für die Blockade Berlins völlig fadenscheinige Gründe ins Feld geführt hat.

Ganz sicher aber wird sie nicht die Freilassung von Rudolf Heß, eines 90 Jahre alten Greises nach einer Haft von 43 Jahren zum Anlaß nehmen. Maßnahmen gegen Berlin zu ergreifen, das wäre äußerst unklug und sie würde sich damit der Verachtung der ganzen freien westlichen Welt aussetzen. Außerdem müßte sie damit rechnen, daß dann eine weltweite Auseinandersetzung über die Beteiligung der Sowjetunion an der Planung, Vorbereitung und Führung des Krieges gegen Polen im Jahre 1939 und um das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. 8. 1939 in Gang käme.

Die Sowjetunion bestreitet auch heute noch die Existenz dieses Geheimvertrages und sie hat sicher kein Interesse daran, daß um diesen Vertrag eine weltweite Auseinandersetzung beginnt. Dieser Geheimvertrag sah bekanntlich die Aufteilung von sechs zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegenen Ländern vor, darunter auch die Polens. Hinsichtlich Polens wurde entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San eine Demarkationslinie vereinbart und außerdem bestimmt: „Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.“

In Vollzug dieses „gemeinsamen Plans“ – um in der Sprache des IMT zu reden – hat dann bekanntlich die Rote Armee nach zeitlicher Abstimmung mit dem OKW am 17. September 1939 die polnische Ostgrenze überschritten und den östlich der vereinbarten Demarkationslinie gelegenen Teil Polens besetzt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Alfred Seidl, MdL, München

Ungleiches Maß

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Wirtschaftsglosse „Bonner Hilfe für Korf“ (25. April 84) verdient den Beifall aller, die den Abbau sinnloser Subventionen wünschen. Es ist tatsächlich nicht einzusehen, daß an Arbeitslosigkeit an die Milliarde grenzende Subventionen gezahlt werden, während auch Luxemburg für diese Aktiengesellschaft mitverantwortlich ist, und man zur gleichen Zeit einen ursprünglich gut fundierten, beinahe mittelständischen Betrieb einfach verkommen läßt.

Schade, daß Sie in WELT der WIRTSCHAFT keinen Platz für reportageartige Berichte haben. Es wäre sicher lohnend, einmal etwas ausführlich nicht nur über die jetzigen Badischen Stahlwerke AG zu berichten, sondern auch über die Entstehung dieses kleinen, leistungsfähigen Unternehmens und seines klugen Gründers Korf zu berichten, der die Überlegenheit der großen Stahlwerke an Ruhr und Saar nicht fürchtete, solange auf dem Stahlmarkt die freie Marktwirtschaft funktionierte. Die Subventionen an die Anderen haben ihn zugrunde gerichtet. Aber glücklicherweise noch nicht ganz.

Mit hoffnungsvollen Grüßen!
R. Schmidt,
Berlin 33

Wort des Tages

„Die Zeit geht immer vorwärts. Tu einen Schritt zurück, das kann im Raum gelingen und in allem, was ihm ähnlich ist: in der Zeit niemals. Im großen und kleinen betrügt man sich leicht über diese merkwürdige Tatsache.“

Theodor Haacker, dt. Kulturphilosoph (1878 – 1945)

AUSZEICHNUNGEN

Eine ungewöhnliche Auszeichnung wurde dem Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid, Dieter Koniecki, zuteil. König Juan Carlos verlieh ihm die Offiziersklasse des Zivilen Verdienstordens für seine „Verdienste um Spanien“. Die Auszeichnung überreicht heute Spaniens Botschafter Eduardo Foncillas in Bonn Koniecki. Mit dieser Ehrung wird seine Mitarbeit beim Aufbau der spanischen Gewerkschaften gewürdigt. Zu einer Zeit, als nach dem Zusammenbruch der Franco-Ära die kommunistischen Comisiones Obreras drauf und dran waren, den staatlichen Gewerkschaftsapparat zu übernehmen. 1931 in Bunzlau in Schlesien geboren, gehörte Dieter Koniecki zu den Gründern des Liberalen Studentenbundes der Freien Universität Berlin. Nach Ost-Berlin gelockt und von dort gefesselt nach Prag geschleppt, wurde er sechs Jahre eingesperrt, bis 1966 durch diplomatische Demarchen seine Freilassung nach Bonn erreicht werden konnte.

Für ihre Verdienste im Natur- und Artenschutz sind ein Wissenschaftler, zwei engagierte Laien und drei Jugendgruppen mit dem Bruno-A.-Schubert-Preis ausgezeichnet worden. Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann überreichte den mit insgesamt 100 000 Mark dotierten Preis in der ersten Kategorie an Professor Bernd Heydemann, Ökologe an der Universität Kiel, für seine

Bemühungen um die Erhaltung des Wattenmeeres. Der Preis in der zweiten Kategorie ging an die Laien Günther Peter, für seine Berichte über das illegale und grausame Abschichten von Meeresschildkröten in Ostasien und Josef Koller für seine Arbeit über das Dachauer Moos nördlich von München. Der Preis in der dritten Kategorie ging an die Jugendgruppe des Vereins „Jordsand“, an die Jugendlichen im Deutschen Unterwasserklub Hamburg und die Jugendlichen einer Frankfurter Waldjugendgruppe.

GEBURTSTAG

„Musik eines echten Ergriffenen, Barock in der Form, hochkontrapunktisch im Gewebe, uneingeschränkt tonal“ stellte eine Kritik über eine Aufführung von Reinhard Schwarz-Schilling „Partita für Orchester“ fest. Der in Berlin lebende Komponist feiert heute seinen 80. Geburtstag. Das vielfältige Schaffen Schwarz-Schillings, der sich mit der abendländischen Musiktradition in einer musikalischen Sprache der Gegenwart auseinandergesetzt und dabei die Tonalität mit ihrem Grundgesetz von Spannung und Lösung nicht verlassen hat, umfaßt Orchester- und Orgelstücke, Vokalkompositionen und Kammermusik. Geboren in Hannover studierte er Komposition bei Walter Braunfels in München, war dann Schüler von Heinrich Kammer-

Personalien

ski und erhielt 1938 eine Berufung als Kompositionslehrer an die Berliner Hochschule für Musik. Der Musiker war dort seit 1955 als Professor und von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1971 als Abteilungsleiter für Komposition tätig.

MILITÄR

Der Kommandeur der Pionierschule/Fachschule des Heeres für Bautechnik, Brigadegeneral Hartmut Dybblass, München, tritt Ende September in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Dipl.-Ing. Roland Zedler, zur Zeit stellvertretender Kommandeur 8. Panzergrenadierdivision in Neumünster. Für ihn kommt dann Brigadegeneral Otto Bismann, Kommandeur Luftlandebrigade 25, Calw. Dessen Nachfolger wird Oberst i. G. Godehard Schell, Referatsleiter im Verteidigungsministerium.

Der jetzige Amtschef des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr in Bergisch Gladbach, Brigadegeneral Adrian Freiherr von Oer, geht im Herbst dieses Jahres ebenfalls in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Flottillenadmiral Elmar Schmalhag, der zur Zeit in der Stütze Wissenschaft und Politik in Ebenhausen tätig ist und vorher Amtschef des Amtes für die Sicherheit der Bundeswehr (MAD) war.

Auch Brigadegeneral Johann

Gärtner, Unterabteilungsleiter im Verteidigungsministerium, tritt in den Ruhestand. Ihm folgt Oberst i. G. Bruno Mielke, der auf der Hardthöhe ein Referat leitet. In Pension geht Flottillenadmiral Gustav Barthelomäus, Amtschef des Personalstammamtes der Bundeswehr in Köln. Sein Nachfolger wird Oberst Hans-Joachim Müller, Kommandeur Panzergrenadierbrigade 10, Weiden. Ihm folgt Oberst i. G. Jürgen Reichardt, Leiter Informations- und Pressestab im Bundesverteidigungsministerium.

Brigadegeneral Wolfgang Beilicke, Abteilungsleiter im Heeresamt in Köln, geht ebenfalls in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Oberst Wolfgang Esterl, Kommandeur Panzergrenadierbrigade 7, Hamburg-Fischbek. Für ihn kommt Oberst i. G. Hartmut Bagger, Fachgruppenleiter an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankensee.

ERNENNUNG

Mabolia Inengo Tra Bwato, der Botschafter von Zaire, übergab Bundespräsident Karl Carstens sein Beglaubigungsschreiben. Der Diplomat aus Kinshasa, Jahrgang 1932, studierte in Belgien Geschichte und Rundfunkwesen. Zunächst war er als Lehrer tätig, wurde Schuldirektor und Schulleiter und schließlich Programmleiter des Senders „Tele-

Star“. Er übernahm den Vorsitz der Lehrgewerkschaft Kongos, wurde Mitglied der Reform-Kommission für Unterrichtspläne in Zaire und übernahm schließlich in der Regierung das Amt des Generalsekretärs in der Planungskommission für Erziehungswesen. Von 1969 bis 1976 war er stellvertretender Minister, dann Minister für Erziehung. 1976 ging er als Botschafter nach Kanada. 1978 war er für zwei Jahre Gouverneur von Ober-Zaire. 1980 wurde er Gouverneur der Stadt Kinshasa. Im gleichen Jahr ging er als Botschafter nach Lissabon, 1983 als Botschafter nach Marokko.

THEATER

Ein kompetenter Gast bescheinigte dem Altonaer Theater für Kinder in Hamburg eine gelungene Inszenierung. Wolfgang Wagner, der Leiter der Bayreuther Festspiele und Enkel des Komponisten Richard Wagner, besuchte eine Aufführung „Wagner für Anfänger“. Der 1. Teil des „Ring der Nibelungen“ ist dabei in einer einundhalbstündigen Vorstellung in Szene gesetzt worden mit der Absicht, auch Kinder (aber nicht nur Kinder) an das Werk Richard Wagners auf einfache Weise heranzuführen. Für Uwe Deeken, den Leiter des Theaters für Kinder, ist dieses aber nicht der erste Versuch, Werke großer Meister für das jüngere Publikum darzustellen. Mit großem Erfolg liefen schon „Die Zauberröhre“, „Der Freischütz“ und „Zar und Zimmermann“.



Mit uns kann man glänzen – Bayer-Silicone

Ein Beispiel von vielen:

Bayer-Silicone und die Idee der verbesserten Poliermittel:

Für mehr Polierglanz, weniger Polierarbeit, für wasserabweisende und detergentenbeständige Oberflächen.

Panamas Wahlen brachten bisher vor allem viel Verwirrung und Schüsse

Wachsende Furcht vor einer Intervention der Militärs / Washington wartet ab

WERNER THOMAS, Panama City

Arnulfo Arias erklärte sich zum Sieger und befürchtete Straßenkämpfe, wenn die Wahlkommission zu einem anderen Ergebnis kommen sollte. Wenige Stunden später fielen die ersten Schüsse, es gab Schlägereien, Steine flogen durch die Luft und Autos gingen in Flammen auf. Ein Mann wurde getötet, mehrere Dutzend Personen erlitten Verletzungen.

Zwei Tage nach den Präsidentschaftswahlen herrscht in der mittelamerikanischen Republik Panama Konfusion. Die Furcht ist weit verbreitet, daß die spannungsgeladene Atmosphäre weitere Zwischenfälle auslösen kann, die schließlich zu einer Intervention der Streitkräfte führen können.

Der Tag nach dem Urnengang hatte mit widersprüchlichen Erklärungen der beiden Rivalen Arias und Nicola Ardito Barletta begonnen. Arias, 82, der prominenteste Oppositionsführer, feierte bei einer Pressekonferenz seinen Triumph. „Das Volk stimmte für einen Wechsel“, sagte er und versprach: „Wir werden großzügig im Sieg und verantwortungsbewußt in der Regierung sein.“ Für den Fall, daß er „betrogen“ werde, warnte der greise Politiker: „Gewalt ist möglich. Das Volk wird auf die Straße gehen.“ Er betonte je-

doch: „Ich wünsche kein Blutvergießen.“

Kurze Zeit später verkündete der Regierungskandidat Ardito Barletta, 45, auf einer Pressekonferenz, er führe nach letzten Auszählungen. Er zeigte sich optimistisch: „Wir haben eine gute Chance, zu gewinnen.“ Er rechnete mit einem „knappen Sieg“.

Viele Bürger Panamas haben diesen Wahlen mit einem Gefühl der Nervosität entgegengeblieben. Die Möglichkeit politischer Turbulenzen lag immer in der Luft, seit Arnulfo Arias seine Kandidatur verkündete.

Der greise Zahnarzt, den seine Anhänger als „letzten Caudillo Lateinamerikas“ bezeichnen, ist für die Militärs ein rotes Tuch. Arias hält einen einsamen Rekord: Er war bereits dreimal (1941, 1951, 1968) zum Präsidenten gewählt und jedesmal gestürzt worden. Auch diesmal befürchtete der populistische Politiker eine Intervention der Streitkräfte, obgleich der General Manuel Antonio Noriega, der Kommandeur, „strikte Neutralität“ versicherte. Ein Parlaments-Kandidat der Arias-Koalition drohte letzte Woche: „Wenn sie nicht alle Stimmen zählen, müssen sie die Toten zählen.“ Ein anderer „Arnulfista“ rief bei einer Wahlversammlung: „Schärf die Machetes.“ Auch neutrale Beobachter fanden

die im Parlamentsgebäude vorgenommenen Auszählungen ziemlich langsam. Je länger die Nation auf das offizielle Ergebnis wartete, desto mehr Menschen versammelten sich vor diesem Gebäude – und bei den Arias-Anhängern verdichtete sich der Verdacht betrügerischer Manöver. Später fielen dann die ersten Schüsse, die Auszählung wurde vorerst unterbrochen.

Diese Wahlen sind von der US-Botschaft aufmerksam verfolgt worden: Durch Panama fließt ein strategisch wichtiger Kanal, dessen Kontrolle die Amerikaner im Jahr 1990 aufgeben. Dann befinden sich in dem Land nach wie vor militärische Stützpunkte der USA mit 9000 Soldaten, die angesichts der explosiven Mittelamerikasituation große Bedeutung haben.

Der Wahlkampf war jedoch weitgehend frei von antiamerikanischen Tiraden. Arias und Ardito Barletta, ein ehemaliger Planungsminister und Weltbankbeamter, bekannten sich auf ihren Kundgebungen sogar ausdrücklich als Freunde der Vereinigten Staaten und plädierten für noch bessere Beziehungen. Und die Amerikaner hatten den Streitkräfte signalisiert, eine Einmischung in den Wahlprozeß könne ein Ende der Militärhilfe bedeuten. (SAD)

Duarte gegen direkte US-Intervention

dpa / AFP / DW, San Salvador

José Napoleon Duarte, der Kandidat der Christlich-Demokratischen Partei für die Präsidentschaft San Salvadors, der sich selbst zum Wahlsieger erklärte, will „niemals“ eine direkte militärische Intervention der Vereinigten Staaten in seinem Lande dulden. Auf einer Pressekonferenz sagte der Politiker, die 55 amerikanischen Militärberater, die sich bereits in El Salvador aufhalten, seien jedoch in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit weiterhin willkommen. Duarte hat die Staaten der westlichen Welt, vor allem die USA, aufgefordert, seinem Land mehr Finanz- und Militärhilfe zukommen zu lassen. Damit könne vermieden werden, daß sich El Salvador in ein neues Nicaragua verwandle, sagte er.

Nach Angaben von Duarte erzielte er nach Auszählung von 94 Prozent der Stimmen einen Anteil von 55 Prozent, während sein Kontrahent Roberto D'Aubuisson von der rechtsgerichteten Arena-Partei 45 Prozent der Stimmen erhielt.

Der voraussichtliche Sieg Duartes ist in Washington mit Befriedigung aufgenommen worden. Ein Sprecher des Weißen Hauses sagte, man sei bereits befriedigt über die Art und Weise, wie die Wahlen vorstatten gingen. Präsident Reagan scheint entschlossen zu sein, die Hilfe für El Salvador zu erhöhen.

Arabische Staaten bemühen sich um verstärkte Präsenz in Afrika

Riad will die Erfolge Israels neutralisieren / Moscheebauten als Mittel der Politik

JÜRGEN LIMINSKI, Beirut

Saudi-Arabien und einige kleinere Staaten der Golfregion verstärken ihre Anstrengungen, um die Erfolge der israelischen Diplomatie in Afrika zu neutralisieren und, wo immer es möglich ist, afrikanische Staaten gegen Israel aufzubringen. In diesem Sinn werden seit einigen Monaten beachtliche finanzielle Mittel eingesetzt, die meist unter der Auflage für Entwicklungsprojekte verwendet werden, daß die Teilnehmerländer politische Erklärungen gegen Israel abgeben oder sich diplomatisch von Jerusalem abwenden.

So haben der Präsident von Kenia, Arap Moi, und der Vorsitzende des Rates der Vereinigten Arabischen Emirate (UAE), Scheich Sayed bin Sultan al-Nachjan, nach einem dreitägigen offiziellen Staatsbesuch in Kenia ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, wonach ein „dauerhafter Friede im Mittleren Orient“ nur möglich sei, wenn die „unaufhebbar und unveräußerlichen Ansprüche und Rechte des palästinensischen Volkes berücksichtigt“ würden. „Die Palästinenser einen eigenen Staat unter der Führung der PLO“ errichten und Israel sich „bedingungslos aus allen besetzten arabischen Gebieten zurückziehen“ würde.

für die Anlage mit Bibliothek, sechs Werkstätten, vier Laboratorien und einer großen Aula belaufen sich auf umgerechnet 17 Millionen Mark.

Die „Khaleej Times“ in Dubai bezeichnete den Besuch als „überaus erfolgreich“. Sie hob besonders die Worte des Scheichs hervor, der die arabische und afrikanische Welt als glückliche Ergänzung pries. „Wenn Araber und Afrikaner vereint wären“, so die halbamtliche Zeitung, „würden alle Länder dieser Welt ihre Hilfe brauchen.“ Und: „Es ist klar, daß dieser Besuch stattfand, um diesem strategischen Ziel mehr Substanz zu verleihen.“

In diesem Sinn wurden auch religiöse Gemeinsamkeiten zwischen den Emiraten und Kenia hervorgehoben. Scheich Sayed besuchte das islamische Institut in Mombasa, das Präsident Arap Moi möglichst rasch auf den Stand einer islamischen Universität gehoben sehen möchte.

Saudi-Arabien seinerseits bemüht sich verstärkt in West- und Mittelafrika um arabisch-afrikanische Solidarität. So wurde Kamerun ein Kredit von umgerechnet rund 50 Millionen Mark für ein Eisenbahnprojekt gewährt. Damit erhöht sich die Kreditsumme Riads für Kamerun auf knapp 180 Millionen Mark. Ebenfalls für den Ausbau der Infrastruktur spendeten die Saudis Guinea zu nächst 25, dann weitere 55 Millionen Mark. Die Kreditbedingungen machen aus solchen Geldern nahezu Geschenke. Der wirkliche Preis besteht meist in der Erlaubnis, in den afrikanischen Ländern Moscheen bauen und anti-israelische Propaganda betreiben zu dürfen. In teilweise islamisierten Ländern wie Senegal stoßen

die Saudis dabei oft auf bereitwillige Partner. Senegal erhielt übrigens im März ein Darlehen über rund 40 Millionen Mark für „Wasserversorgungsprojekte“. Gleichzeitig wurde der Bau von zwei neuen Moscheen in Angriff genommen.

Ungleiche Maßstäbe

Nach offiziellen Angaben haben die Saudis in den letzten Jahren umgerechnet 1,8 Milliarden Mark für die Errichtung und Renovierung von Moscheen außerhalb Saudi-Arabiens investiert. Da die arabischen Länder schon aus innenpolitischen Gründen sich religiös motivierte Baumaßnahmen nicht aus der Hand nehmen lassen, gehen politische Beobachter davon aus, daß es sich bei der genannten Zahl um Moscheebauten in Afrika handelt. Insgesamt, so der saudische Finanz- und Wirtschaftsminister Mohammed Al Abai, hat Riad muslimischen Ländern seit 1972 finanzielle Wirtschaftshilfe in Höhe von 65 Milliarden Mark zukommen lassen.

Die jüngsten saudischen Hilfskredite für afrikanische Länder sind umso bemerkenswerter, als der saudische Haushalt Einkommensdefizite von 17 Prozent für das Fiskaljahr 33/84 verzeichnet und Riad sich entschlossen hat, sich in der Ausgabenpolitik große Strenge aufzuerlegen. In diesem Sinn ist auch die Wirtschaftshilfe für Jordanien zum Beispiel um die Hälfte auf umgerechnet 1,6 Milliarden Mark gekürzt worden. Von Beschränkungen jedoch will man bei Waffenkäufen im Westen und diplomatischen Offensiven in Afrika nichts wissen.

Strategisches Ziel

Diese exemplarische Erklärung geht deutlich über den Plan von Feh hinaus und wirft ein erhebliches Licht auf die Intentionen der arabischen Diplomatie. Als Gegenleistung erhielt Kenia Zusagen für Wirtschaftshilfe und eine neue Schulanlage für 1200 Hochschüler. Die Kosten

Benelux: Parteien müssen sich selbst finanzieren

Mandatsträger geben einen gewissen Prozentsatz ab

BODO RADKE, Brüssel

In den Benelux-Ländern gilt als Faustregel, daß sich die politischen Parteien aus den Beiträgen ihrer Mitglieder selbst finanzieren müssen. Als selbstverständlich gilt zudem, daß Mandatsträger wie Bürgermeister, Minister oder Abgeordnete einen gewissen Prozentsatz ihrer Bezüge an den Kassenwart ihrer Partei überweisen, der sie ihren Posten zu verdanken haben.

In Belgien kommt hinzu, daß nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Christdemokraten und sogar die Liberal-Konservativen jeweils eng mit Gewerkschaftsverbänden ihrer politischen Richtung verbunden sind. In schöner Regelmäßigkeit tauchen Gerüchte auf, daß die Beiträge von Mitgliedern der jeweiligen Arbeitnehmer-Organisationen nicht nur zur Finanzierung des Durchsetzens rein gewerkschaftlicher Forderungen dienen. So manche beachtliche Summe soll auch schon auf Konten der nahestehenden Partei weitergeleitet worden sein.

Das Thema „Parteienfinanzierung“ findet in den Benelux-Ländern kaum eine Rolle in der öffentlichen Diskussion. Als selbstverständlich wird allgemein akzeptiert, daß es nicht die Aufgabe der größeren Parteien sein kann, in erster Linie hehren ethischen Zielsetzungen nachzustreben. Das überläßt man einflusslosen Splittergruppen. Die größeren Parteien sollen die Interessen jener Bevölkerungsgruppen vertreten, aus denen sie hauptsächlich ihre Wählerstimmen beziehen.

Besonders ausgeprägt ist diese Einstellung in Belgien. Dort machen die mit den Christdemokraten in der

Regierungskoalition zusammenarbeitenden Liberal-Konservativen kein Hehl daraus, daß sie im politischen Kampf zunächst stets an das Wohlergehen der Wirtschaft, der Banken und der Angehörigen freier Berufe denken. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums haben die Sozialisten nie versucht, sich als „Volkspartei“ zu profilieren. Sie bekämpfen eben wie früher die „kapitalistischen Ausbeuter“ und singen auf ihren Parteiversammlungen wie eh und je mit erhobener Faust die „Internationale“.

Allerdings: So recht ernst nimmt das niemand. Das gehört nun einmal zur politischen Folklore im gemeinsamen Königreich der Flamen und Wal-lonen. Dazu gehört ebenfalls, daß niemand genau wissen will, welche Interessengruppe welcher Partei auf welchen Kanälen finanziell unter die Arme greift.

Auch in den Niederlanden wird seit der Rückkehr der Liberal-Konservativen in die Regierungsverantwortung – zusammen mit den Christdemokraten – offener als früher über das Wechselspiel zwischen Interessengruppen und den ihren Zwecken dienlichen Parteien gesprochen. Hinzu kommt, daß in Holland Spitzenpolitiker viel häufiger als ihre Kollegen in der Bundesrepublik Deutschland vor Betreten der politischen Bühne praktische Erfahrungen in Wirtschaftsunternehmen oder Berufsverbänden jeglicher Art gesammelt haben.

Die Redensart „Wer gut schmiert, der gut fährt“ erwacht im alten Handwörterbuch der Holländer ebensowenig Ressentiment-geladene Aufregung wie bei den Belgiern und den Luxemburgern. (SAD)

Schwedische Parteien „betteln“ nicht bei Firmen

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedische Unternehmen haben keine Möglichkeit, Zahlungen an politische Parteien oder ideelle Vereinigungen steuerlich abzusetzen. Als vor ein paar Jahren in der Öffentlichkeit die Zuwendungen der Wirtschaft, insbesondere an die nicht-sozialistischen Parteien, heftig debattiert wurden, faßten die Parteien zwei Beschlüsse.

Einmal erklärten sie, weitgehend auf Gelder der Wirtschaft verzichten zu wollen. Man könne zwar niemanden daran hindern, eine Partei finanziell zu unterstützen. Aber man werde nicht „betteln gehen“. Zum anderen kamen sie dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz zur öffentlichen Darlegung der Parteienfinanzierung zuvor. Sie beschlossen nämlich, sich gegenseitig ihre Geschäftsberichte vorzulegen. Der Gesetzentwurf wurde damit zurückgezogen.

Die schwedischen Parteien sind weitgehend von staatlichen Zuschüssen abhängig: dem Mandats- und dem Kanzleizuschuß. Für jeden der 349 Abgeordneten des Reichstages werden aus der Staatskasse jährlich umgerechnet rund 52 000 Mark gezahlt. Darüber hinaus erhält jede Partei einmal einen Basisbetrag für die Kanzleiarbeit von umgerechnet einer Million Mark pro Jahr sowie pro Mandat noch einmal 3800 Mark. Die Regierungspartei muß sich hier mit 2550 Mark begnügen, weil man bei ihr davon ausgeht, daß sie bei ihrer Parteiarbeit auch die Regierungskanzlei mit beansprucht. Die Beträge werden in unregelmäßigen Abständen angehoben, zuletzt im Frühjahr 1982.

Als weitere Finanzierungsquellen – außer Mitgliedsbeiträgen und Staatszuschuß – bedienen sich die Parteien gern der Lotterien.

Die polnische Jugend zeigt Jaruzelski die kalte Schulter. Schüler klagen an KP-Funktionäre werden in den Schulen ausgepöfft / Partei gibt Probleme zu

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

„Es ist höchste Zeit, an der Erziehungsfunktion der Kirche und der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ als eigentliche politische Kraft des Landes. Leszek Miller, Leiter der Jugendabteilung beim ZK der Partei, gab bekannt, daß in den vergangenen drei Jahren 40 Prozent der Pfadfinder und 20 Prozent der Mitglieder des sozialistischen Jugendverbandes ZMS ihre Organisationen verlassen haben. Nur elf Prozent der Polen, die jünger sind als 30 Jahre, gehörten der KP an, obwohl sie 50 Prozent der Bevölkerung stellen. „Niemand in der Parteigeschichte war diese Zahl so gering“, sagte Miller. Er bezeichnete die Lage als „sehr bedrohlich“.

Der Literat- und KP-Abgeordnete Wilhelm Szewczyk beklagte in der Kattowitzer „Panorama“, daß ein Hochschulstudium Arbeiter- und Bauernkinder nicht mehr reize, weil Akademiker zu wenig verdienten. Die „Polityka“ sekundierte ihm: Oftmals verdienen ein Uni-Hausmeister mehr als ein Hochschullehrer. Szewczyk und die Zeitung wissen darauf hin, daß die Zahl der „Aussteiger“ unter den Hochschulabsolventen ständig

zunimmt: Junge Ärzte, Architekten, Ingenieure und andere Akademiker werden selbstständige Taxifahrer, Tierärzte, Kleinunternehmer, Händler usw. Bei einer Umfrage erklärten 40 Prozent der Hochschulabsolventen zudem, daß sie der freien Wirtschaft den Vorzug gäben.

Dem Regierungsorgan „Rzeczpospolita“ vertrauten bei einer Schülerumfrage 62 Prozent an, daß sich „ehrliche Arbeit“ in der Staatswirtschaft nicht mehr lohne. „Cleverneß bringt mehr ein.“

Die Jugend setze anscheinend dort mit ihrer Opposition an, wo die „Solidarität“ aufhören mußte, bemerkte das Organ der amerikanischen-polnischen Industrie- und Handelskammer „Life of Polonia“. Wie Pilze aus dem Boden schießen Schüler-Selbstlernzirkel, in denen ideologiefreie polnische Geschichte und Literatur gepaukt wird. Jaruzelski sieht das Übel vornehmlich bei den Lehrern und er setzt unter ihnen die Säuberungen fort. Im Schnellverfahren werden neue „Pädagogen“ herangebildet, nach dem Muster der 50er Jahre. Das Ergebnis ist bekannt.

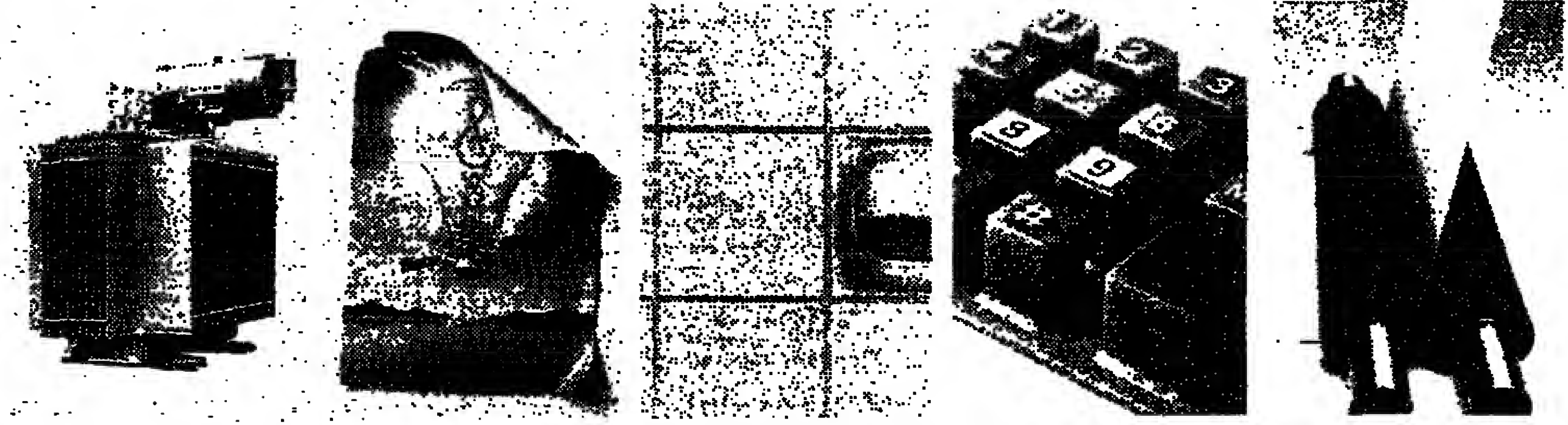
Mehr Beispiele mit Bayer-Siliconen



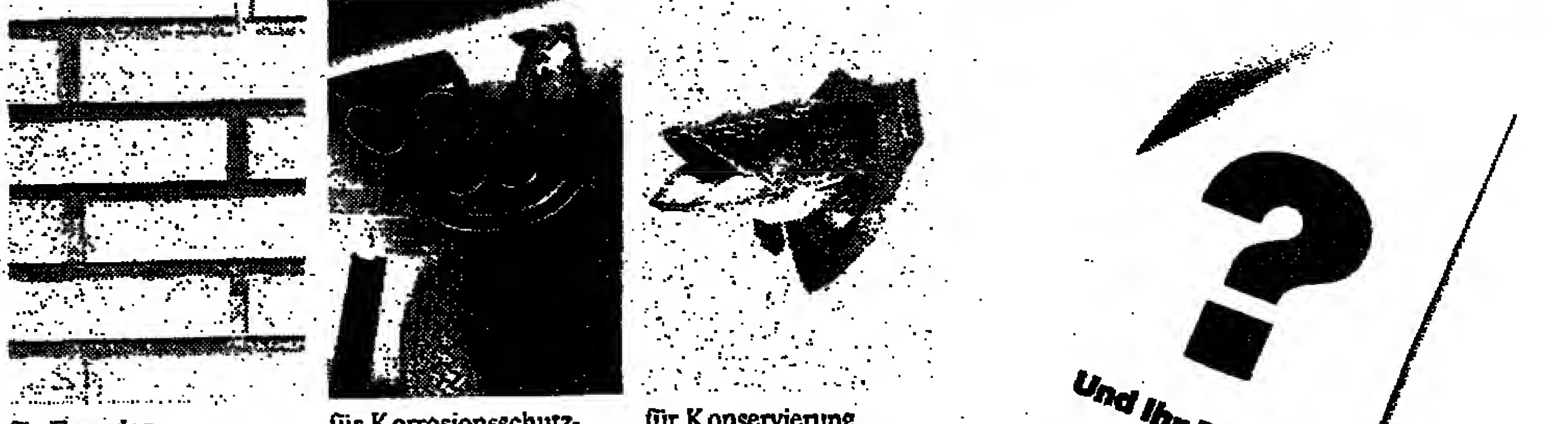
für Kabelisolationen für Kosmetikcremes für Poliermittel für Kühlwasserschläuche für Zahnabdruckmassen



für Fensterdichtungen für Fugendichtungen für Autolacke für Zündschutzkappen für Trennlacke



für Transformatoren für Plakatabweiser für Sanitärabdichtungen für „gespritzte“ Schaltmatten für Walzenbeschichtungen



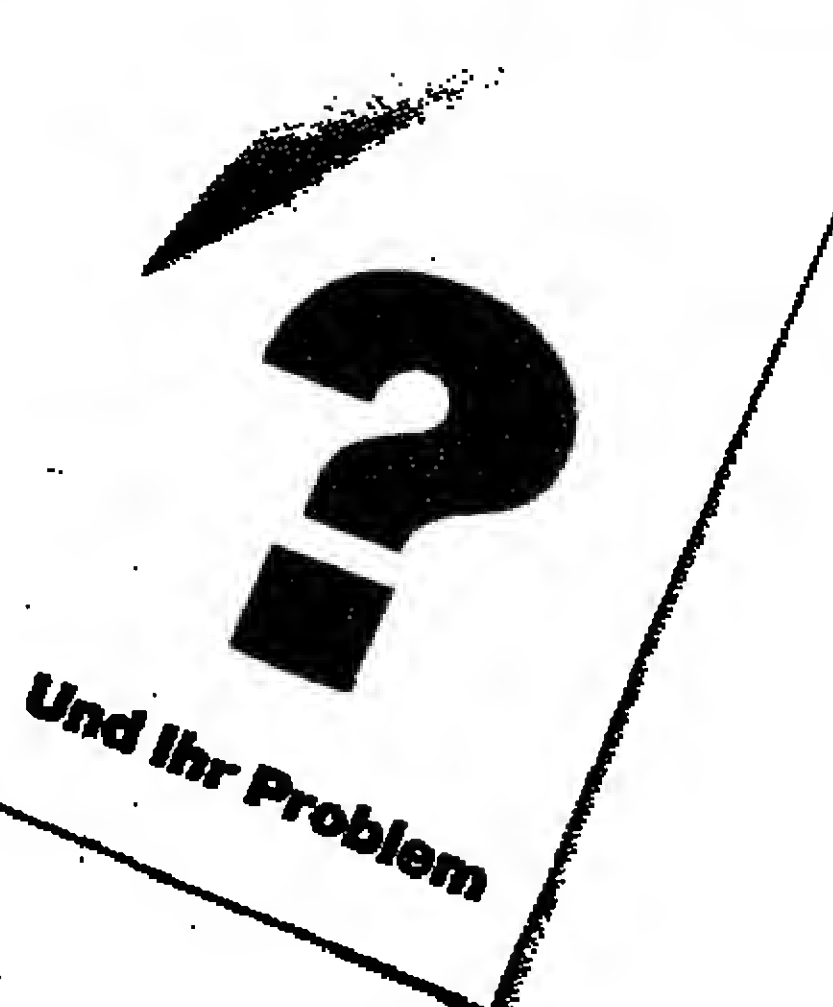
für Fassadenimprägnierung für Korrosionsschutz-Lacke für Konservierung biologischer Präparate

Was Bayer-Silicone für Sie tun können – mit der langen Erfahrung aus vielfältigen Anwendungen – erfahren Sie durch unser ausführliches Informationsmaterial.

Schreiben Sie uns, für welche Einsatzgebiete Sie sich besonders interessieren.

Wir bringen Sie auf Ideen.

Bayer AG
Aktion „Silicon-Ideen“
5090 Leverkusen



Kritik der KPF an Staatsrat und Sozialisten wird zur Provokation

Verleumdungskampagnen der Kommunisten gefährden Zusammenhalt der Koalition

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Niederlage der kommunistischen Kandidatin Therese Gutman bei einer Nachwahl in Noisy-le-Grand bei Paris am Sonntag wird ein politisch-juristisches Nachspiel haben. Die Entrüstung der KPF über diesen Verlust einer ihrer Baktionen im ehemals „roten“ Pariser Gürtel und vor allem über die Art, wie er zustande kam, ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. Die Kommunisten behaupten, Opfer einer „Manipulation“ und von ihren sozialistischen Partner im Stich gelassen worden zu sein.

Die Spannungen zwischen Kommunisten und Sozialisten haben ein Ausmaß angenommen, das den Bestand der Regierungskoalition ernsthaft gefährdet. Auch im Inneren der sozialistischen Partei meldet sich immer mehr Protest gegen eine „Politik, die den kommunistischen Partner zum Bruch treiben muß“. Gemeint ist die Politik des sozialistischen Wirtschaftsministers Jacques Delors, die ohne Rücksicht auf eventuelle Populärkeitsverluste der politischen Parteien die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit Frankreichs auf den Weltmärkten durch rigorose Sparmaßnahmen im Auge hat.

Noisy-le-Grand war der achte Pariser Vorort von mehr als 30 000 Einwohnern, den die kommunistische Partei seit den Kommunalwahlen vom März 1983 verloren hat. Verlor, weil die Ergebnisse der ursprünglichen Wahl von den Oppositionsparteien angefochten und dar-

aufhin vom „Staatsrat“, der höchsten richterlichen Instanz des Staates, aufgrund erwiesenen Wahlbetrugs der Kommunisten annulliert worden waren. In manchen Fällen waren die Wahlen in so eklatanter Weise gefälscht worden, daß die Verantwortlichen, sämtlich kommunistische Funktionäre, wegen Betrugs vor ein ordentliches Gericht gestellt werden sollen. Bei den insgesamt 700 vom Staatsrat angefochtenen Ergebnissen von Gemeinde- oder Kreiswahlen seit 1982 trifft dies in 32 Fällen zu.

Hiergegen hat nun die KPF eine systematische Verleumdungskampagne gegen den Staatsrat und seine 80 laut Verfassung streng unabhängigen Räte ausgelöst. Ihr Partei-Organ „Humanité“ wirft dem Rat Parteilichkeit und antikommunistische Entscheidungsfindung vor. Der Rat sei „ein Hort der Reaktion“ geblieben, an dem die Reformen vorübergegangen seien.

Die Zeitung bedient sich sogar früher kommunistischer Kritiken aus den vierziger Jahren, in denen die Staatsräte als eine „traditionell antidemokratische, eng mit der Finanz-Oligarchie verbundene Kaste“ bezeichnet wurden. Besonders zornig reagierte „Humanité“ auf die inzwischen erfolgte Annullierung der Gemeindevahl-Ergebnisse der Stadt Thionville in Lothringen. Sie scheut sich nicht, dies als ein „Komplotz“ zu bezeichnen. Hiergegen hat Justizminister Badinter in der Kammer feierlich protestiert. In Thionville, einer alten kommunistischen Zentrale im

lothringischen Stahlrevier, muß am 20. Mai noch einmal gewählt werden, in einer Atmosphäre äußerster sozialer Agitationen gegen die Sanierungspläne der Regierung für die Stahlindustrie.

Die kommunistische Attacke gegen den Staatsrat ist im Elysee-Palais und in der Sozialistischen Partei mit Befremden aufgenommen worden. Sie wird als Versuch gewertet, die Einrichtungen der 5. Republik und den Staat zu destabilisieren. Präsident Mitterrand hat nach dem ihm zustehenden Recht einen seiner engsten Vertrauten zum stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden ernannt. Präsident ist in Personation, Premierminister Mauroy. Mehrere sozialistische Minister wie Laurent Fabius und Jacques Delors sowie Mitterrands wirtschaftlicher Berater Jacques Attali haben ihre politische Karriere als Staatsräte begonnen.

Die Affäre kann also das Verhältnis zwischen den beiden Regierungsparteien nur zusätzlich vergiften. Hinzu kommt, daß es bei den durch kommunistische Urnen-Manipulationen ausgelösten Nachwahlen in den Gemeinden immer schwieriger wird, gemeinsame Listen der Linken aufzustellen. Sozialisten fürchten zunehmend um ihren guten Ruf bei den Wählern, wenn sie sich mit Kommunisten auf eine Wahlunion einlassen. Das aber macht wieder die Kommunisten wild. Die Reaktion auf diese Desunion zeichnet sich immer deutlicher ab: Die Linkswähler bleiben den Urnen fern.

Widerstand in der Partei und Misere der Wirtschaft setzen Gonzalez zu

Spanische Zeitschrift: Was ist mit Felipe los? / Die Grenzen pragmatischer Politik

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Verluste der Sozialisten bei den jüngsten Landtagswahlen in Katalonien mußte die Regierung Gonzalez alarmieren. Schließlich erlitt sie nach den baskischen Wahlen bereits die zweite Schlappe in den anderthalb Jahren ihrer Amtszeit. Und das keineswegs nur, weil die Sozialisten in beiden Ländern gegen den Strom des regionalen Nationalismus schwammen.

Der Stimmenverlust drückt vielmehr eine allgemeine Unzufriedenheit aus, die die Reaktion der Wähler auf die wirtschaftliche Talfahrt. Gegen die steigende Arbeitslosigkeit, die zur Zeit 18,5 Prozent beträgt und noch steigt. Gegen die Politik der ständigen Geldverknappung helfen die Erfolge im Kampf gegen die Inflation wenig.

Generalstreiks und schließlich teure Zugeständnisse an die Gewerkschaften verwässern und verzögern den dringend notwendigen Plan zur Sanierung der Industrie. Auch er wird von neuen Massenentlassungen begleitet. Beunruhigt blicken auch die Unternehmer auf sich. Gonzalez wiederholtes Bekenntnis zur Marktwirtschaft allein genügt nicht, das Vertrauen zu beleben, das die Wirtschaft braucht, wenn sie investieren soll. Selbst die gut verdienende Exportindustrie hält ihr Kapital zurück. Damit verringern sich die Chancen einer Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

In dieser Situation mußte die Bedeutung der parlamentarischen Opposition ganz von alleine steigen. Während Umfragen einen potenti-

len Wählerverlust der Sozialistischen Partei (PSOE) auf 43,6 Prozent anzeigten, stieg die liberal-konservative Volksallianz von 25,3 Prozent auf 31,5 Prozent.

Noch mehr Sorge aber mußte Felipe Gonzalez der Widerstand und die Unzufriedenheit in den Reihen der Regierungspartei selbst bereiten. Die Kritik der „sozialistischen Linken“, wie sich dieser Parteiflügel nennt, an der „kapitalistischen“ Wirtschaftspolitik des Regierungsflügels, an der NATO-Mitgliedschaft und an dem „Autoritarismus“ organisierte sich bereits als interne Oppositionsgruppe für den Parteitag im Dezember.

Jetzt meldet sich eine zweite parteiinterne Oppositionsgruppe zu Wort, die Radikalen der „sozialistischen Strömung“. An ihrer Spitze steht niemand anders als der Vizepräsident der Partei und stellvertretende Regierungschef Alfonso Guerra. Beide Gruppen können mit je 25 Prozent Stimmanteil im Parteikongress rechnen und den Regierungskurs nach links verschieben.

Auch dies mußte auf die Dauer den Regierung- und Parteichef Felipe Gonzalez ermüden. Vorübergehend schien es, als ob sein andalusisches Temperament dem doppelten Druck von innen und außen nicht mehr lange standhalten würde. Wie sein Vorgänger Adolfo Suarez, der seinem Sturz seinerzeit tatenlos entgegenriet, schien sich auch Gonzalez im Moncloa-Palast, seinem Regierung- und Wohnsitz, verkriechen zu wollen. „Was ist mit Felipe los?“, fragte das an sich wohlwollende Magazin „Camibio 16“. Schon hörte man Gerüchte

über einen angegriffenen Gesundheitszustand des erst 42 Jahre alten Kabinettschef. Besucher bemerkten davon allerdings nichts.

Außenpolitische Erfolge des geschickten Mittlers in Mittelamerika helfen Gonzalez nicht über die immer neuen Hindernisse auf dem Weg in die Europäische Gemeinschaft hinweg. Die EG aber bedeutet für Spanien nichts weniger als das erhoffte Ende der Jahrhunderte währenden Isolierung von Europa.

Um die europäische Integration zu erreichen, änderte Gonzalez den Anti-NATO-Kurs, den er einst als Oppositionspolitiker verfolgte. In der Regierung schlug er auch hier den pragmatischen Weg der Vernunft ein. Wie er jetzt bei seinem offiziellen Besuch in Kopenhagen sagte, wird er die versprochene Volksbefragung über den Verbleib Spaniens in der NATO mit dem Vertrauensvotum für seine Regierung verbinden – ein aufgrund der kaum zu erwartenden Erholung der Wirtschaft ein riskantes Manöver.

Immerhin läßt diese Ankündigung erkennen, daß sich Felipe Gonzalez aus seiner selbstgewählten Isolierung herausreißen will. Eine Wahlrede in Katalonien, mehrere Pressekonferenzen und Fernsehauftritte lassen dies erkennen. Gab es einen Schwächezustand, so zeigt der kontakt- und gesprächsfreudige Regierungschef seine Fähigkeit, sie zu überwinden. Allerdings jetzt, erst anderthalb Jahre nach Regierungsantritt, sagt das noch nicht viel. Die Opposition stößt nach, von links und rechts und aus den eigenen Reihen. (SAD)

Glanz und Elend des deutschen Fernsehspiels Autoren am Leitseil

Das deutsche Fernsehspiel steckt wieder einmal in der Krise. Gunther Witte, Leiter der Programmgruppe Fernsehspiel beim WDR: „Es ist zwischen alle Stühle geraten!“ Die Ursachen sind komplex, die Symptome augenfällig. Akuter Mangel an versierten, dramaturgisch satteffekten und in der Themenwahl universellen Autoren hat die Programmsparte allzusehr zum Tummelfeld engagierter, oft verkrampfter Sozialdiagnostiker werden lassen.

Ein Beispiel für die penetrante Machtergreifung der Soziographen ist der Programmzeitraum zwischen 20. Mai und 6. Juni. Dem SWF-Film „Tod in der Waschstraße“ (20. 5.) folgt am 22. 5. „Kerbels Flucht“ (ZDF), das Psychogramm einer zugrunde gehenden „progressiven Zweierbeziehung“, am 23. 5. „Kraftprobe“ (ARD), eine Sozialstudie an einer freihetstüchtigen Fünfzehnjährigen, und am 6. 6. „Mitten ins Herz“ von Doris Dörrie (ARD), die feministengetränkte Aufarbeitung des Themas Emanzipation. Das wird Zuschauer kosten.

Dabei war es gerade der „engagierte“ neue deutsche Film, der dem Fernsehen vor Jahren die Talente entzog. Die kreativen Autoren- und Regiekräfte, in den Sechzigern und Siebziger Jahren von Mutter Fernsehen (Dr. Hans Prescher, Fernsehspiel-Chef des Hessischen Rundfunks) der deutsche Film fand damals praktisch im Fernsehen statt, liefen in Serie vom Bildschirm zur Leinwand über. Einen der Gründe dafür sieht Witte in der frustrierenden, Spontaneität verweigernden Überorganisation des Produktionsapparates Fernsehen. Und Franz Josef Wild, Leiter des „Programmbereichs Spiel“ beim Bayerischen Rundfunk, ortet die größere Anziehungskraft für junge Talente ohnehin beim Film: „Die haben den Ehrgeiz, im Kino gespielt zu werden und ihren Namen groß auf einer Plakatawand zu sehen. Der Naturalismus des Originalschauplatzes, geboten vom Kinofilm, ist ihnen wichtiger als der Originalschauplatz des menschlichen Gesichts!“

Witte ist hier allerdings etwas optimistischer. „Dem deutschen Film stehen entscheidende Veränderungen bevor“, sagt er. „Die Zukunft wird weniger geforderten Großproduktionen gehören, deren kommerzielle Erfolge sich zu kalkulieren sind! Das Gros der Filmemacher wird dabei auf der Strecke bleiben. Durch diese veränderte Situation werden dem Fernsehen wieder stärker Autoren und Regisseure zugeführt werden!“

Rückverlagerung schöpferischen Potentials alleine kann jedoch nicht eine zehrende Krankheit stoppen, die



Gunther Witte

KRITIK

Hut ab vor Piano-Paul

Also, es geht ja doch; nicht alles was da so unter dem Signet „Sei für Spaßvogel“ angestrengt über den ARD-Schirm gefahren kommt, sind mediale Pleitegeier unter Deutschlands Kleinkunst-Ambis. Der Dr. Dietrich W. Paul, der Sprache und der Brille nach ein promovierter Mathematiker und steigfänger Spaßvogel aus dem Zuständigkeitsbereich des WDR, ist eine solche Ausnahme.

Auch „Piano-Paul“ geheißener, paßt er so überhaupt nicht in diesen muffig-lahmen Karton mit der Aufschrift „Spaßvogel“, so würde man einen Thomas Freitag oder einen Victor Borge ja auch nicht nennen. Der Däne scheint es dem TV-Debutanten vor allem angetan zu haben. Dietrich

Paul nämlich ist ein Tastentüfler mit Tiefstimm, der von Bach über Mozart bis zu Scott Joplin so viel drauf hat, daß er dem Talkshow-Gottfried Böttcher noch was an Boogie zeigen könnte. Aber statt nun die Großen nachzuspielen, macht Paul das lieber in deren „Idiom“, so à la Borge, sucht sich dazu ein Motiv, hier: „Happy birthday to you“, und nudelt das nach Strich und Faden quer durch die pianistische Musikgeschichte.

So geht es also auch, läßt man also doch auch mal einen Musikclown rein, dessen Humor nicht unbedingt sich den nivellierenden Gesetzen des Massengeschmacks unterwirft – und das schon um 22.00 Uhr! ALEXANDER SCHMITZ



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sonnentage 10.00 heute 10.05 WISO 10.25 ZDF-Spektakel Stück von Paul Möhring	Mit Gerda Gmelin, Henry Vahl u. a. Regie: H. Kiemann Report 13.00 heute
14.00 Tagesschau 14.10 Die Tempelkammer von Eshon Film von Elisabeth Neylon Diese Dokumentation berichtet über das Königreich Bhutan im Himalaja. Eindrucksvolle Bilder zeigen das Leben im Kloster, die Mönche bei ihren rituellen Handlungen und die Massentänze der Lamas auf dem Tempelvorplatz, die zu Ehren des Gurus Rimpaiche in unheimlichen Masken und Kostümen aufgeführt werden.	14.00 heute 14.04 LSWachsm Mit Nodel und Foden anschl. heute-Schlagzeilen 14.25 Kompass Ein Lexikon mit Bildern und Berichten 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-Hilferte Zu Gast: Stevie Woods und Jennifer Rush 17.50 Welt-Magazin Die Erleuchteten Die Sekte der „Erleuchteten“ will unter der Leitung von Everest Sinclair in der Nähe von Sweetwater einen Stadtstaat aufbauen, um dort nach ihren eigenen Gesetzen zu leben. Sinclair kauft von dem Bankier Crow die Hypothek bester Grundstücke auf und verteilt durch Kündigung der Hypotheken die Siedler von ihrem Landbesitz. 19.00 heute anschließend Parteien zur Europawahl 19.30 Na, sawat! Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk 20.15 Kennzeichen D Themen: Der Mann hinter dem Stacheldraht – Porträt eines Offiziers der Grenztruppen der DDR / Familie werden ist nicht schwer – Katholische Kirche, Familienverträge und Mütter klagen: so haben wir uns kinderfreundliche Politik nach der Wende nicht vorgestellt. Müssen sich deutsche Eltern Kinder ersparen? / Berühmte unvernünftig – Noch immer verweigern Betriebe ihren Arbeitnehmern die Wahl eines Betriebsrats / Mz-Motorrad made in „R“ Zone – Zum ersten Mal trafen sich Motorrad-Fans aus ganz Europa in der Bundesrepublik – auf Feuerstühlen aus der „DDR“, Marke m. Moderatorin Gisela Fähr
16.55 Null ist Spitze 3. Teil: Erbsen mit Vanillesauce Jack hat wieder eine Vision, diesmal von einer riesigen Blase am Himmel. Großmutter und Mr. Bagthorpe drehen durch. Oma spielt Bingo und stürzt dabei die ganze Spielhalle ins Chaos, während Mr. Bagthorpe von allen Konservativen in der Speisekammer die Etiketten abreißt.	16.55 heute 17.00 heute 17.15 heute 17.30 heute 17.45 heute 18.00 heute 18.15 heute 18.30 heute 18.45 heute 19.00 heute 19.15 heute 19.30 heute 19.45 heute 20.00 heute 20.15 heute 20.30 heute 20.45 heute 21.00 heute 21.15 heute 21.30 heute 21.45 heute 22.00 heute 22.15 heute 22.30 heute 22.45 heute 23.00 heute 23.15 heute 23.30 heute 23.45 heute
17.20 Kein Tag wie jeder andere Dreiteiliger Fernsehfilm von und mit Hans-Georg Ulrich und Delf Gumm (1) Robert und Ragna unternehmen eine große Radtour, jeden Tag legen sie bis zu 20 Kilometer Wegstrecke zurück. Was die beiden auf ihrer abenteuerlichen Reise am Mainufer alles erleben, schildert dieser dreiteilige Film.	21.45 heute-journal 22.05 mittwochslotto – 7 aus 38 22.10 exklusiv 22.55 Verbotene Hilfe Von Liliane Torgownik Über die Bürger einer Stadt spannt sich ein unsichtbares Netz aus Beobachtung, Registrierung und Maßregelung. Eine orwellische Atmosphäre, doch nach außen wird nicht viel sichtbar. Das Bild der Stadt scheint noch außen hin intakt, eigentlich fast normal: sie wird nur durch Angst und Mißtrauen unbewohnbar. 0.15 heute
17.50 Tagesschau 18.00 Hier und Heute 18.25 Mr. Merlie Völkerverständigung Mit Martina Hildebrandt und Zoc mit einer hübschen Turnerin, die aus ihrem Leben voller Dazipflin ausbrechen möchte 19.00 Albert Einstein Letzte Folge: Ein Platz neben Don Quixote 20.00 Tagesschau 20.15 Die vier im Jeep Schweizer Spielfilm von 1951 Mit Viveca Lindfors, Ralph Meeker, Michael Medwin Regie: Leopold Lindtberg 21.45 Exklusiv Thema: Begnadigung in eigener Sache – Der Versuch der Bonner Koalition, sich durch ein Amnestie-Gesetz in Sachen Parole zu begnadigen, stößt auf Widerstand, auch in den eigenen Reihen. Die Sendung fragt nach der Moral und den Auswirkungen dieser Unternehmung. Moderation: Gerd Ruge 22.50 Tagesschau 23.00 Fußball-UEFA-Pokal RSC – Anderlecht – Tottenham Hotspur 1. Endspiel 23.45 Tagesschau	21.00 heute 21.15 heute 21.30 heute 21.45 heute 21.60 heute 21.75 heute 21.90 heute 22.05 heute 22.20 heute 22.35 heute 22.50 heute 23.05 heute 23.20 heute 23.35 heute 23.50 heute 24.05 heute 24.20 heute 24.35 heute 24.50 heute 25.05 heute 25.20 heute 25.35 heute 25.50 heute 26.05 heute 26.20 heute 26.35 heute 26.50 heute 27.05 heute 27.20 heute 27.35 heute 27.50 heute 28.05 heute 28.20 heute 28.35 heute 28.50 heute 29.05 heute 29.20 heute 29.35 heute 29.50 heute 30.05 heute 30.20 heute 30.35 heute 30.50 heute 31.05 heute 31.20 heute 31.35 heute 31.50 heute 32.05 heute 32.20 heute 32.35 heute 32.50 heute 33.05 heute 33.20 heute 33.35 heute 33.50 heute 34.05 heute 34.20 heute 34.35 heute 34.50 heute 35.05 heute 35.20 heute 35.35 heute 35.50 heute 36.05 heute 36.20 heute 36.35 heute 36.50 heute 37.05 heute 37.20 heute 37.35 heute 37.50 heute 38.05 heute 38.20 heute 38.35 heute 38.50 heute 39.05 heute 39.20 heute 39.35 heute 39.50 heute 40.05 heute 40.20 heute 40.35 heute 40.50 heute 41.05 heute 41.20 heute 41.35 heute 41.50 heute 42.05 heute 42.20 heute 42.35 heute 42.50 heute 43.05 heute 43.20 heute 43.35 heute 43.50 heute 44.05 heute 44.20 heute 44.35 heute 44.50 heute 45.05 heute 45.20 heute 45.35 heute 45.50 heute 46.05 heute 46.20 heute 46.35 heute 46.50 heute 47.05 heute 47.20 heute 47.35 heute 47.50 heute 48.05 heute 48.20 heute 48.35 heute 48.50 heute 49.05 heute 49.20 heute 49.35 heute 49.50 heute 50.05 heute 50.20 heute 50.35 heute 50.50 heute 51.05 heute 51.20 heute 51.35 heute 51.50 heute 52.05 heute 52.20 heute 52.35 heute 52.50 heute 53.05 heute 53.20 heute 53.35 heute 53.50 heute 54.05 heute 54.20 heute 54.35 heute 54.50 heute 55.05 heute 55.20 heute 55.35 heute 55.50 heute 56.05 heute 56.20 heute 56.35 heute 56.50 heute 57.05 heute 57.20 heute 57.35 heute 57.50 heute 58.05 heute 58.20 heute 58.35 heute 58.50 heute 59.05 heute 59.20 heute 59.35 heute 59.50 heute 60.05 heute 60.20 heute 60.35 heute 60.50 heute 61.05 heute 61.20 heute 61.35 heute 61.50 heute 62.05 heute 62.20 heute 62.35 heute 62.50 heute 63.05 heute 63.20 heute 63.35 heute 63.50 heute 64.05 heute 64.20 heute 64.35 heute 64.50 heute 65.05 heute 65.20 heute 65.35 heute 65.50 heute 66.05 heute 66.20 heute 66.35 heute 66.50 heute 67.05 heute 67.20 heute 67.35 heute 67.50 heute 68.05 heute 68.20 heute 68.35 heute 68.50 heute 69.05 heute 69.20 heute 69.35 heute 69.50 heute 70.05 heute 70.20 heute 70.35 heute 70.50 heute 71.05 heute 71.20 heute 71.35 heute 71.50 heute 72.05 heute 72.20 heute 72.35 heute 72.50 heute 73.05 heute 73.20 heute 73.35 heute 73.50 heute 74.05 heute 74.20 heute 74.35 heute 74.50 heute 75.05 heute 75.20 heute 75.35 heute 75.50 heute 76.05 heute 76.20 heute 76.35 heute 76.50 heute 77.05 heute 77.20 heute 77.35 heute 77.50 heute 78.05 heute 78.20 heute 78.35 heute 78.50 heute 79.05 heute 79.20 heute 79.35 heute 79.50 heute 80.05 heute 80.20 heute 80.35 heute 80.50 heute 81.05 heute 81.20 heute 81.35 heute 81.50 heute 82.05 heute 82.20 heute 82.35 heute 82.50 heute 83.05 heute 83.20 heute 83.35 heute 83.50 heute 84.05 heute 84.20 heute 84.35 heute 84.50 heute 85.05 heute 85.20 heute 85.35 heute 85.50 heute 86.05 heute 86.20 heute 86.35 heute 86.50 heute 87.05 heute 87.20 heute 87.35 heute 87.50 heute 88.05 heute 88.20 heute 88.35 heute 88.50 heute 89.05 heute 89.20 heute 89.35 heute 89.50 heute 90.05 heute 90.20 heute 90.35 heute 90.50 heute 91.05 heute 91.20 heute 91.35 heute 91.50 heute 92.05 heute 92.20 heute 92.35 heute 92.50 heute 93.05 heute 93.20 heute 93.35 heute 93.50 heute 94.05 heute 94.20 heute 94.35 heute 94.50 heute 95.05 heute 95.20 heute 95.35 heute 95.50 heute 96.05 heute 96.20 heute 96.35 heute 96.50 heute 97.05 heute 97.20 heute 97.35 heute 97.50 heute 98.05 heute 98.20 heute 98.35 heute 98.50 heute 99.05 heute 99.20 heute 99.35 heute 99.50 heute 100.05 heute 100.20 heute 100.35 heute 100.50 heute 101.05 heute 101.20 heute 101.35 heute 101.50 heute 102.05 heute 102.20 heute 102.35 heute 102.50 heute 103.05 heute 103.20 heute 103.35 heute 103.50 heute 104.05 heute 104.20 heute 104.35 heute 104.50 heute 105.05 heute 105.20 heute 105.35 heute 105.50 heute 106.05 heute 106.20 heute 106.35 heute 106.50 heute 107.05 heute 107.20 heute 107.35 heute 107.50 heute 108.05 heute 108.20 heute 108.35 heute 108.50 heute 109.05 heute 109.20 heute 109.35 heute 109.50 heute 110.05 heute 110.20 heute 110.35 heute 110.50 heute 111.05 heute 111.20 heute 111.35 heute 111.50 heute 112.05 heute 112.20 heute 112.35 heute 112.50 heute 113.05 heute 113.20 heute 113.35 heute 113.50 heute 114.05 heute 114.20 heute 114.35 heute 114.50 heute 115.05 heute 115.20 heute 115.35 heute 115.50 heute 116.05 heute 116.20 heute 116.35 heute 116.50 heute 117.05 heute 117.20 heute 117.35 heute 117.50 heute 118.05 heute 118.20 heute 118.35 heute 118.50 heute 119.05 heute 119.20 heute 119.35 heute 119.50 heute 120.05 heute 120.20 heute 120.35 heute 120.50 heute 121.05 heute 121.20 heute 121.35 heute 121.50 heute 122.05 heute 122.20 heute 122.35 heute 122.50 heute 123.05 heute 123.20 heute 123.35 heute 123.50 heute 124.05 heute 124.20 heute 124.35 heute 124.50 heute 125.05 heute 125.20 heute 125.35 heute 125.50 heute 126.05 heute 126.20 heute 126.35 heute 126.50 heute 127.05 heute 127.20 heute 127.35 heute 127.50 heute 128.05 heute 128.20 heute 128.35 heute 128.50 heute 129.05 heute 129.20 heute 129.35 heute 129.50 heute 130.05 heute 130.20 heute 130.35 heute 130.50 heute 131.05 heute 131.20 heute 131.35 heute 131.50 heute 132.05 heute 132.20 heute 132.35 heute 132.50 heute 133.05 heute 133.20 heute 133.35 heute 133.50 heute 134.05 heute 134.20 heute 134.35 heute 134.50 heute 135.05 heute 135.20 heute 135.35 heute 135.50 heute 136.05 heute 136.20 heute 136.35 heute 136.50 heute 137.05 heute 137.20 heute 137.35 heute 137.50 heute 138.05 heute 138.20 heute 138.35 heute 138.50 heute 139.05 heute 139.20 heute 139.35 heute 139.50 heute 140.05 heute 140.20 heute 140.35 heute 140.50 heute 141.05 heute 141.20 heute 141.35 heute 141.50 heute 142.05 heute 142.20 heute 142.35 heute 142.50 heute 143.05 heute 143.20 heute 143.35 heute 143.50 heute 144.05 heute 144.20 heute 144.35 heute 144.50 heute 145.05 heute 145.20 heute 145.35 heute 145.50 heute 146.05 heute 146.20 heute 146.35 heute 146.50 heute 147.05 heute 147.20 heute 147.35 heute 147.50 heute 148.05 heute 148.20 heute 148.35 heute 148.50 heute 149.05 heute 149.20 heute 149.35 heute 149.50 heute 150.05 heute 150.20 heute 150.35 heute 150.50 heute 151.05 heute 151.20 heute 151.35 heute 151.50 heute 152.05 heute 152.20 heute 152.35 heute 152.50 heute 153.05 heute 153.20 heute 153.35 heute 153.50 heute 154.05 heute 154.20 heute 154.35 heute 154.50 heute 155.05 heute 155.20 heute 155.35 heute 155.50 heute 156.05 heute 156.20 heute 156.35 heute 156.50 heute 157.05 heute 157.20 heute 157.35 heute 157.50 heute 158.05 heute 158.20 heute 158.35 heute 158.50 heute 159.05 heute 159.20 heute 159.35 heute 159.50 heute 160.05 heute 160.20 heute 160.35 heute 160.50 heute 161.05 heute 161.20 heute 161.35 heute 161.50 heute 162.05 heute 162.20 heute 162.35 heute 162.50 heute 163.05 heute 163.20 heute 163.35 heute 163.50 heute 164.05 heute 164.20 heute 164.35 heute 164.50 heute 165.05 heute 165.20 heute 165.35 heute 165.50 heute 166.05 heute 166.20 heute 166.35 heute 166.50 heute 167.05 heute 167.20 heute 167.35 heute 167.50 heute 168.05 heute 168.20 heute 168.35 heute 168.50 heute 169.05 heute 169.20 heute 169.35 heute 169.50 heute 170.05 heute 170.20 heute 170.35 heute 170.50 heute 171.05 heute 171.20 heute 171.35 heute 171.50 heute 172.05 heute 172.20 heute 172.35 heute 172.50 heute 173.05 heute 173.20 heute 173.35 heute 173.50 heute 174.05 heute 174.20 heute 174.35 heute 174.50 heute 175.05 heute 175.20 heute 175.35 heute 175.50 heute 176.05 heute 176.20 heute 176.35 heute 176.50 heute 177.05 heute 177.20 heute 177.35 heute 177.50 heute 178.05 heute 178.20 heute 178.35 heute 178.50 heute 179.05 heute 179.20 heute 179.35 heute 179.50 heute 180.05 heute 180.20 heute 180.35 heute 180.50 heute 181.05 heute 181.20 heute 181.35 heute 181.50 heute 182.05 heute 182.20 heute 182.35 heute 182.50 heute 183.05 heute 183.20 heute 183.35 heute 183.50 heute 184.05 heute 184.20 heute 184.35 heute 184.50 heute 185.05 heute 185.20 heute 185.35 heute 185.50 heute 186.05 heute 186.20 heute 186.35 heute 186.50 heute 187.05 heute 187.20 heute 187.35 heute 187.50 heute 188.05 heute 188.20 heute 188.35 heute 188.50 heute 189.05 heute 189.20 heute 189.35 heute 189.50 heute 190.05 heute 190.20 heute 190.35 heute 190.50 heute 191.05 heute 191.20 heute 191.35 heute 191.50 heute 192.05 heute 192.20 heute 192.35 heute 192.50 heute 193.05 heute 193.20 heute 193.35 heute 193.50 heute 194.05 heute 194.20 heute 194.35 heute 194.50 heute 195.05 heute 195.20 heute 195.35 heute 195.50 heute 196.05 heute 196.20 heute 196.35 heute 196.50 heute 197.05 heute 197.20 heute 197.35 heute 197.50 heute 198.05 heute 198.20 heute 198.35 heute 198.50 heute 199.05 heute 199.20 heute 199.35 heute 199.50 heute 200.05 heute 200.20 heute 200.35 heute 2

Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz“.

Jos. Hanson & Soehne
Anfeuchtwassergesellschaft mbH.
Mönckebergstraße 10, 2000 Hamburg 1
Telefon 0 40 / 3 34 82 53.

Niederlassungsleiter oder Marketingleiter.
Zeit Zeit in mittelständischem Unternehmen verantwortlich für Marketing und Vertrieb, Personal, Controlling, Materialwirtschaft, EDV.
Anschreiben erbeten unter P 6481 an WELT-Verlag, Postfach 0 08 64, 4300 Essen.

1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 26

NÜRBURGRING

Schmalere Grat

Wb. - AEG-Chef Heinz Dürr kommt in diesem Jahr nicht mit leeren Händen zu seinen Aktionären. Zwar ist die Kette, die der einstmalige stolze Elektrokonzern im vergangenen Jahr eingefahren hat, immer noch recht kümmerlich, vergleicht man sie mit den Ergebnissen der Konkurrenz oder den längst vergangenen besseren Zeiten des eigenen Hauses. Und so ganz makellos mag der Gewinn - schon fast ein Fremdwort für die AEG-Eigner - auch noch nicht schmecken.

Schließlich war erst ein Vergleich vonnöten, um den geschrumpften Riesen zu Lasten vieler anderer wieder auf die Beine zu bringen. Dennoch: Mit einem Plus von 37 Millionen Mark wurde das selbstgesteckte Ziel des ausgeglichenen Abchlusses sichtbar überboten, und der Vorstand kann gewiss sein, daß nach Jahren der regelmäßigen Prüfungen für die Verfehlungen der Vorgänger nun endlich wieder einmal ein paar Streicheleinheiten winken.

Ein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, ist das noch längst nicht. Zwar war es ein eindrucksvoller Kraftakt, in einem Jahr (wenn auch gut vorbereitet schon durch die Sanierungsarbeit des Vorjahres) das laufende Ergebnis - wohlgerichtet um die Extrakosten der Sanierung - um fast eine Milliarde Mark zu verbessern.

Doch immer noch ist der Grat sehr schmal, auf dem sich das Unternehmen bewegt. Was nun noch ansteht, hat Dürr selbst am besten formuliert: „Wir müssen hart daran arbeiten, jetzt ein normales Unternehmen daraus zu machen!“

Statistik

Mk. - Einzelne Monatsergebnisse in der Statistik sollten nicht überinterpretiert werden. Aus dem enttäuschenden Auftragsrückgang und der gesunkenen Produktion im März kann daher noch nicht das Ende des Aufschwungs herausgelesen werden. Dazu hat es in den vergangenen Wochen auch zu viele positive Signale aus den Unternehmen gegeben. Und so bietet das Bundeswirtschaftsministerium in seiner Interpretation in der Regel auch einen Zwei-Monats-Vergleich an, um Zufälligkeiten besser auszugleichen. Jetzt aber wird ein Quartals-Vergleich offeriert - wie bereits ab und zu im vergangenen Jahr, wenn es opportunistisch erschien. Dieses soll jetzt zum Ende eines Vierteljahres Usus werden. Nur der Quartals-Vergleich spiegelt noch einen Anstieg, im Zwei-Monats-Vergleich, der fehlt, hätte jedoch eine Stagnation beziehungsweise ein Rückgang von Nachfrage und Produktion ausgewiesen werden müssen. Der Verdacht eines Tricks wird nicht demotiert. Ununterbrochen gerät damit die Konjunktur ins Gerede, wozu noch kein Anlaß besteht.

Staat und Außenhandel

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Was würde ein Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Iran der Exportwirtschaft bringen? Über die Antworten - zumeist wurde auf rund drei Milliarden Mark getippt - wurde zwar gelächelt und geschmunzelt. Aber: Der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran hatte den „Wert“ einer deutschen Industrie-Delegation, die vor einem Jahr zusammen mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, das Land besucht hatte, auf rund zwei Milliarden veranschlagt.

Exporte in dieser Größenordnung wären wohl nicht möglich gewesen, wenn die Reisenden nicht für einen entsprechenden good will gesorgt hätten. Dann hätte Teheran angesichts der kräftig steigenden deutschen Überschüsse schon früher die Damenschräuben angezogen und die Einfuhr aus der Bundesrepublik unterbunden. Jetzt ist diese Lage eingetreten. Helfen kann, so Vertreter der deutsch-iranischen Wirtschaft, nur eine Reise des Ministers oder aber höhere Ölkäufe. Denn Teheran strebt eine gewisse Relation zwischen den Importen aus einem Land und seinen Öllieferungen dorthin an.

Japan steckte vor zwei Jahren in einer ähnlichen Situation. Aber eine Delegation von Vertretern der Regierung und der Wirtschaft brachte die Wende. Sie sagten höhere Ölkäufe zu. Seitdem floriert auch das japanische Export-Geschäft wieder, werden in jüngster Zeit sogar deutsche Anbieter aus ihren angestammten Positionen verdrängt. Höhere Öl-Importe lassen sich in der Bundesrepublik nicht einfach von oben verordnen.

Was nun? Die Antwort auf die generelle Frage, ob sich der Staat stärker im Außenhandel engagieren soll, möglichst noch als Käufer oder Verkäufer, ist eindeutig: Sie lautet: schlicht nein. Zugleich werden dann lobenswerte Einzelfälle nachgehoben, werden Initiativen von Ministerpräsidenten gewürdigt, die etwas auf den Weg gebracht haben, oder von Bundesgesetzgebern, die den deutschen Wein-Export nach Taiwan angeregt haben.

Es wird auch das Klagegeld angestimmt, der Auftrag sei der deutschen Wirtschaft nur entgegen, weil sich der Botschafter der Konkurrenz kräftiger engagiert hätte. Es wird auf

den Einsatz von Entwicklungshilfgeldern zur Exportförderung oder von Subventionen bei der Finanzierung verwiesen.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß manchem zwar das Bekenntnis zum Freihandel leicht über die Lippen kommt, er aber froh wäre, und es eigentlich auch erwartet, wenn die Sünden anderer möglichst mit gleicher Münze heimgezahlt würden. Die Proteste gegen die Erhöhung der Hermes-Gebühren paßt dazu. Auch hier besteht grundsätzliche Übereinstimmung darüber, daß sich dieses Instrument selber tragen, daß es nicht zu einer Subvention denaturieren soll.

Sicher, der Welthandel wird von Staatlichen Einflüssen mitgeprägt. Bei den Staatshandelsländern ist dieses offenkundig, ähnlich sieht es auch in der Dritten Welt aus - der Iran ist nur ein Beispiel. Der sture Bilateralismus ist wieder in Mode gekommen, nicht nur in den USA. Andere Industrieländer haben in den letzten Jahren ihre Subventionen erhöht, was letztlich auch den Export begünstigt und den Import erschwert. Befähigt hat dies die internationale Arbeitsteilung keineswegs.

Auch in der Bundesrepublik ist einiges geschehen - von der Mischfinanzierung mit Entwicklungshilfmitteln bis hin zu flexibleren Handhabung des Hermes-Instrumentariums. Die deutsche Leistungsschau in Tokio, die ohne das staatliche Engagement nicht stattgefunden hätte, ist ein weiteres Beispiel.

Und in der EG stehen liberale Ideen auch nicht mehr sonderlich hoch im Kurs. Es wird nach einer gemeinsamen Industriepolitik zum Schutz junger Branchen gerufen, wobei der Hinweis auf die japanischen Erfolge noch das stärkste Argument ist.

Trotzdem: Dies kann nicht der Weg sein. Ein stärkeres Engagement des Staates hat erhebliche Konsequenzen. Es muß nicht nur auf den Agrarsektor verwiesen werden, um das zwangsläufige Ausbreiten zu demonstrieren. Die Dynamik erlaubt. Mehr noch: Der Welthandel wird immer mehr zu einer Konkurrenz von Staaten. Dieses liegt nicht im deutschen Interesse. Bisher ist die Bundesrepublik mit ihrem System gut gefahren, in der Regel sogar besser als andere.

KONJUNKTUR / ZAW-Präsident: Wende im Marketing-Denken

Die Werbewirtschaft rechnet auch künftig mit steigenden Ausgaben

HANNA GIESKES, Bonn
„Wir gehen von einem dauerhaften Aufschwung der Werbewirtschaft aus“, Helmut Sühler, Präsident im Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), rechnet bei den Werbeaufwendungen in diesem Jahr mit einem Zuwachs zwischen fünf und sechs Prozent. Das vergangene Jahr habe den Medien Werbeumsätze von 14,2 Milliarden Mark gebracht, 5,5 Prozent mehr als 1982, berichtete Sühler gestern in Bonn, „und damit sind unsere Erwartungen übertroffen worden“.

Der ZAW-Präsident stützt seine Zuversicht - „natürlich muß auch die volkswirtschaftliche Gutwetterfront anhalten“ - auf die Ergebnisse einer Umfrage unter den 42 Mitgliedsverbänden des Zentralausschusses. Über zwei Drittel von ihnen rechnen jetzt mit einem deutlichen Aufschwung der Konjunktur, und keiner sei mehr auf sinkende Werbeausgaben eingestellt. „Entsprechend positiv sind die Erwartungen bei der Entwicklung der Werbeumsätze“.

Sühler, im Hauptberuf Vorsitzender der Zentralgeschäftsführung der Henkel KGaA, Düsseldorf, baut aber auch auf eine „glatte Wende im Marketing-Denken der Unternehmen“, die er selbst beobachtet. „Offenbar setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß Werbetausch gefährlich und teuer werden.“ Während die werbungstreibende Wirtschaft ihre Etats jahrelang an den ökonomischen Gesamtentwicklungen orientiert habe, „sank das Bruttosozialprodukt, folgten die Werbeumsätze“, richte man die Werbeausgaben immer häufiger an den Unternehmenszielen aus. „Das ist neu“ und für Sühler der Grund, warum die Werbewirtschaft ohne Einbußen durch die letzte Rezession gekommen ist.

Die Zuversicht des ZAW-Präsidenten schließt auch die „Neuen Medien“ ein. „Der Werbekuchen wird mit Sicherheit größer werden“, meint er, gibt aber gleichzeitig zu bedenken, daß es lange dauern werde, „bis Kabelfernsehen und Btx über das Versuchsstadium hinaus sind“. Er glaubt nicht, daß die neuen den traditionellen Medien „das Brot wegnehmen“.

Die alljährlich von ZAW veröffentlichte Übersicht über die Werbeumsätze der Medien leidet in diesem Jahr daran, daß Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen aus erheblichen technischen Gründen ihre Daten dem Dachverband nicht rechtzeitig zuleiten konnten. Sicher ist dennoch, daß die Tageszeitungen nach wie vor der mit Abstand größte Werbeträger sind. Ihre Werbeumsätze lagen 1982 bei 5,3 Milliarden Mark; der Zuwachs im vergangenen Jahr wird im ZAW auf rund fünf Prozent geschätzt.

„Gewinner“ mit einem Zuwachs um 14,5 Prozent auf 1,7 Milliarden Mark war die Direktwerbung - dies allerdings nur auf Grund der Portofortsetzung vom Juli 1982. An zweiter

Stelle der Prozentgewinner steht die Außenwerbung mit einem Plus bei den Werbeumsätzen von zehn Prozent. Dies sei, so heißt es in der ZAW-Übersicht, ein „außerordentliches Ergebnis“, denn 1982 und 1981 habe die Außenwerbung jeweils Rückgänge hinnehmen müssen. Die dritte Position mit einer Zuwachsrate von 6,3 Prozent wird von der Adresswerbung eingenommen, die schon in den vergangenen Jahren ständig zugelegt hatte.

Die Publikumszeitschriften - nach den Tageszeitungen mit Werbeumsätzen von 2,5 Milliarden Mark der zweitgrößte Werbeträger - kamen auf einen Zuwachs von 4,1 Prozent. Die Entwicklung sei allerdings sehr unterschiedlich verlaufen, heißt es, denn teilweise hätten Massenblätter Anzeigen verloren, während einige Zielgruppenzeitschriften deutlich Gewinne verbuchen konnten. Die Hörfunkwerbung steigerte ihre Werbeumsätze um 3,5 Prozent auf 511,6 Millionen Mark, die Fernsehwerbung legte um drei Prozent auf 1,3 Milliarden Mark zu. Diese vergleichsweise bescheidene Rate stammt ausschließlich aus Preiserhöhungen, denn ein Mengenwachstum ist wegen der staatsvertraglich eingeschränkten Werbedauerzeit nicht möglich. Die Sender sind immer ausgeblieben.

Am Arbeitsmarkt für Werbeberufe hat der ZAW erstmals wieder eine Belebung festgestellt.

WIRTSCHAFTSLAGE

Entwicklung blieb im März hinter Erwartungen zurück

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die konjunkturelle Entwicklung blieb im März erheblich hinter den Erwartungen zurück. Sowohl der Auftragsrückgang bei der Industrie als auch die Produktion liegen nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums saisonbereinigt um jeweils vier Prozent unter dem Stand des Vormonats. Allerdings waren die Februar-Zahlen nachträglich nach oben korrigiert worden. Die Nachfrage aus dem In- und Ausland schwächte sich gleichermaßen ab.

Nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums kommt die Entwicklung der Industriegrundstofffrage allerdings besser im Quartals-Vergleich (erstes Vierteljahr 1984) gegenüber dem letzten Quartal 1983 zum Ausdruck. Danach stieg das Auftragsvolumen um zwei Prozent. Die Industriestellungen expandierten um drei Prozent, wobei das Investitionsgütergewerbe sogar einen Zuwachs von 6,5 Prozent meldete. Dagegen ging die Inlandsnachfrage beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe um ein Prozent zurück, bei Verbrauchsgütern stagnierte sie.

Unverändert gegenüber dem vierten Quartal 1983 blieb auch die Auslandsnachfrage. Dabei konnten die Hersteller von Verbrauchsgütern und Investitionsgütern um 8,5 und 2 Prozent höhere Aufträge hereinholen. Die Nachfrage des Auslands nach Grundstoff- und Produktionsgütern sank um 4 Prozent.

Den Stand des entsprechenden

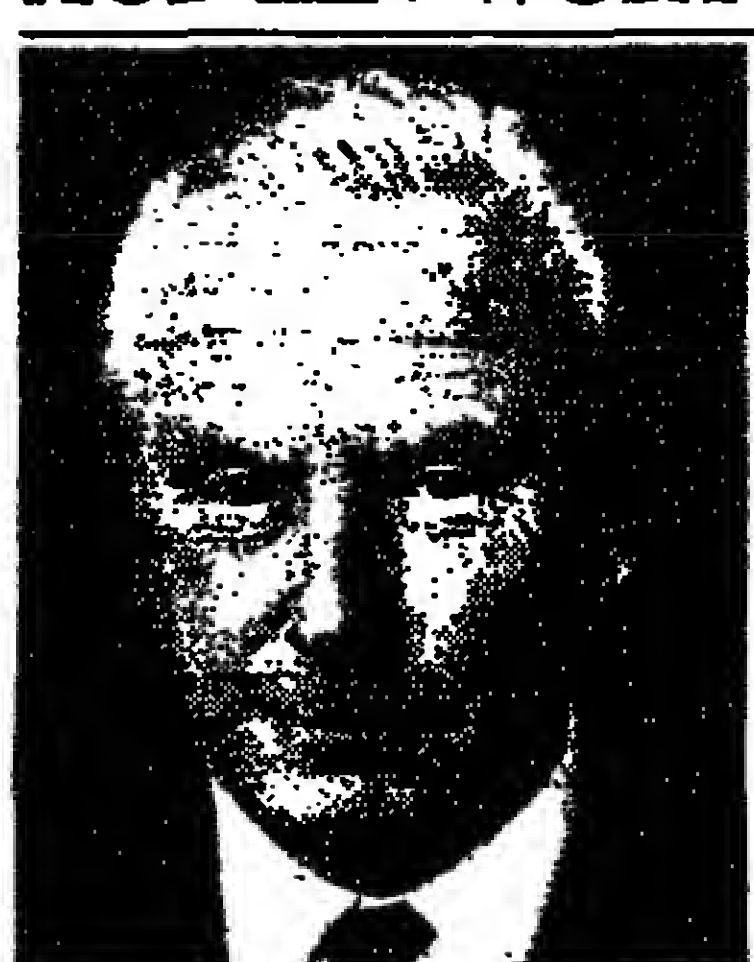
Vorjahreszeitraums übertrafen die Bestellungen beim Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal real um 8,5 Prozent. Dabei lagen die Bestellungen aus dem Inland um 5, die aus dem Ausland um 14,5 Prozent höher. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe kommt auf ein Plus von 13, die Hersteller von Investitions- und Verbrauchsgütern auf 6,5 und 7 Prozent.

Zu dem Rückgang der Produktion merkt das Ministerium an, daß die März-Daten in der Regel später noch nach oben korrigiert werden. Für die Bautätigkeit wird sogar eine Abnahme um 9,5 Prozent konstatiert.

Demgegenüber signalisiert der Quartals-Vergleich noch ein Plus bei der Ausbringung des Produzierenden Gewerbes von saisonbereinigt einem halben Prozent. Dabei wurde für das Verarbeitende Gewerbe ein Zuwachs von einem Prozent registriert. Der Verbrauchsgüterbereich meldet sogar einen um drei Prozent höheren Ausstoß, während er bei den Investitionsgütern um 1,5 Prozent und im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich um ein Prozent stieg. Die Bautätigkeit schwächte sich bei diesem Vergleich um 0,5 Prozent ab.

Das entsprechende Vorjahresniveau wurde im Produzierenden Gewerbe im ersten Quartal um 5,5 Prozent übertroffen. Dabei wurde lediglich im Bergbau ein Rückgang, und zwar um 2,5 Prozent, verzeichnet. An der Spitze lag der Grundstoffbereich mit acht Prozent.

AUF EIN WORT



„Dieselben Leute, die den Streik betreiben, werden uns schon bald den damit angerichteten Schaden als Beweis dafür vorhalten, daß das kapitalistische System bei der Lösung des Arbeitslosenproblems versagt.“

Ernst-Günter Plutte, Präsident von Gesamttextil. FOTO: SVEN SIMON

„Sonderangebote“ nur begrenzt

dpa/VWD, Karlsruhe
Eine Firma handelt wettbewerbswidrig, wenn sie unter Herabsetzung einer beträchtlichen Anzahl von Sparbeiträgen den Verkauf von stückzahlmäßig nicht begrenzten Einzelwaren und Warengruppen ankündigt. Nach einem vom 1. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil weist der Verkauf ganzer Teile des Sortiments zu Sparpreisen nicht auf ein als üblich empfundenes Sonderangebot hin. Eine solche Ankündigung stelle eine unzulässige Sonderveranstaltung dar. Mit seiner Entscheidung hob der BGH ein anderslautendes Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Hamm auf und stellte eine erstinstanzliche Entscheidung des Landgerichts Bochum wieder her. Das Landgericht hatte die beklagte Firma zur Unterlassung einer derartigen Werbung verurteilt.

EG-AGRARMINISTER

Paris will Weinüberschüsse noch stärker reduzieren

WILHELM HADLER, Brüssel
Die Überschüsse auf dem europäischen Weinmarkt nehmen immer bedrohlichere Ausmaße an. Nachdem die Gemeinschaft im laufenden Wirtschaftsjahr bereits 32 Mill. Hektoliter Tafelwein zu Alkohol destilliert hat (bei einer Gesamtmenge von 157 Mill. Hektoliter), haben sich die Landwirtschaftsminister gestern mit einem französischen Antrag konfrontiert, weitere fünf Mill. Hektoliter aus dem Markt zu nehmen.

Dabei zeigte sich, daß die Voraussetzungen über die Produktions- und Lagerentwicklung völlig durch-einandergeraten sind. Wegen falscher Ermittlungen aus Italien sei die Kommission bisher davon ausgegangen, daß im Wirtschaftsjahr 1983/84 nicht mehr als 16 Mill. Hektoliter Überschüsse entstehen würden. Entsprechend hatte sie auch im EG-

Haushalt vorgesorgt. Statt der eingeplanten 588 Mill. Ecu (rd. 1,3 Mrd. DM) belaufen sich die Kosten der Marktordnung nun in Wirklichkeit bereits auf mehr eine Mrd. Ecu (2,25 Mrd. DM).

Da der Gemeinschaft das Geld ausgeht, weigerte sich die EG-Behörde bislang, dem französischen Antrag zu entsprechen. Auch im Rat waren die Ansichten geteilt, ob eine weitere Destillation zur Stützung der Weinpreise finanzierbar sei. Fünf Mill. Hektoliter würden rund 120 Mill. Ecu (269 Mill. DM) kosten.

Schwer tut sich die EG auch mit der Kontrolle der Olivenöl-Produktion. Der Rat beschäftigt sich gestern mit einem Vorschlag, zu diesem Zweck eine besondere Dienststelle ins Leben zu rufen, die unter Aufsicht der EG-Kommission stehen soll.

BERLIN

Lambsdorff registriert besseres Investitionsklima

PETER WEERTZ, Berlin
Mehr Zuversicht und eine größere wirtschaftliche Attraktivität der Stadt registrierte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach einer Arbeitsbesichtigung der Berliner Beauftragten der deutschen Industrie. Deutlich verbessert haben sich nach Ansicht von Lambsdorff in Berlin das Innovations- und Investitionsklima. Weniger Klagen gebe es außerdem über den Facharbeitermangel und die Wohnungssituation. Es sei 1983 auch gelungen, 70 neue Betriebe mit 1500 Arbeitsplätzen anzudeckeln.

Schwierig sei jedoch die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Industrie verliere immer noch Arbeitsplätze. Erste Erfolge zeigten sich aber durch die Reform der Umsatzsteuer-Präferenz, die die Wertschöpfung der Betriebe verbessert habe. In der Auftragsvergabe für die Berliner Wirtschaft lobte

der Minister die Stahlindustrie, die jährlich dem Unternehmen, das die größten Aufträge nach Berlin vergibt, mit dem „Goldenen Bär“ auszeichnet. Diesem Beispiel will jetzt die Automobilindustrie folgen.

In Berlin gewinnt der konjunkturelle Fortschritt nach Angaben der Industrie- und Handelskammer an Intensität und Breite. Für 1984 rechnen 41 Prozent der Industrieunternehmen mit einem größeren Wachstum als im Vorjahr und die Hälfte erwartet einen gleichbleibenden Konjunkturverlauf. Nur sechs Prozent schätzen die Geschäftslage schlechter ein. Nach dem Stand der gegenwärtigen Planung wollen außerdem 40 Prozent der Industriefirmen mehr investieren. Jedes fünfte Unternehmen will darüber hinaus seine Mitarbeiterzahl erhöhen und nur noch jedes zehnte Unternehmen denkt an einen weiteren Abbau.

SCHULDENKRISE / IWF untersucht mittelfristige Lösungsmöglichkeiten

Entwicklungsländer haben Chancen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer ohne eigenes Erdöl haben sich nach einer Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 1973 bis 1983 auf 669 Milliarden Dollar mehr als verdreifacht, und sie werden 1984 weiter auf 711 Milliarden steigen. Die 25 größten Schuldentröster, darunter auch vier Ölexporture, drückt eine Schuldenslast von 607 Milliarden Dollar.

Unter welchen Bedingungen kann es den Entwicklungsländern 1985 bis 1990 gelingen, ihre Auslandsschulden wieder in ein erträgliches Verhältnis zur Exportkraft zu bringen, die Schuldendienstlast zu senken und eine nachhaltige Verbesserung ihrer Leistungsbilanzen sowie ein relativ befriedigendes Wachstum des Außenhandels sowie des Sozialprodukts zu erreichen? Diese Frage untersucht der IWF in seinem heute veröffentlichten „World Economic Outlook“.

In einem optimistisch anmutenden „Grundscenario“ nennt der IWF eine Reihe von Prämissen, die einen Ausweg aus der Schuldenkrise ermöglichen. Ein 3,25prozentiges Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1990, ein 1988 bis 1990 um drei Prozentpunkte niedrigeres Zinsniveau als 1984, real stabiler Ölpreis, eine real gleichbleibende Kreditversorgung durch private Banken, stärker ausländische Direktinvestitionen und mit dem Import wachsende Handelsfinanzierungen, ferner weitere Anpassungsmaßnahmen der Entwicklungsländer und keine neuen protektionistischen Maßnahmen der Industrieländer.

Nach diesem Szenario wären folgende Entwicklungen möglich: Rückgang der Auslandsverschuldung von 150 Prozent der Exporterlöse im letzten Jahr auf 124 Prozent 1990, eine Verminderung der bis 1987

zunächst von 21,6 auf 24,4 Prozent steigenden Schuldendienstlast auf 21,3 Prozent im Jahre 1990 und ein reales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,6 Prozent von 1985 bis 1990 nach nur zwei Prozent 1981/83.

Die Bemühungen vieler Entwicklungsländer, die Auslandsverschuldung wieder in den Griff zu bekommen und gleichzeitig ein angemessenes Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, würden jedoch gefährdet, wenn es merkliche Abweichungen von den Annahmen in dem „Grundscenario“ gebe.

Diese Warnung begründet der IWF mit den Ergebnissen anderer Szenarien, eines „pessimistischen“, eines „Krisen-Szenarios“ und eines „weak policies“ Szenario (unzureichende Anpassungsmaßnahmen der Entwicklungsländer unterstellt), in denen alternative Entwicklungen durchgespielt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bauunternehmen erheben Einspruch gegen Bußgelder

Bonn (dpa/VWD) - 47 von insgesamt 83 Unternehmen der Bauwirtschaft haben Einspruch gegen die Bußgeldbescheide eingelegt, die im vergangenen Jahr wegen illegaler Baupreisabsprachen vom Bundeskartellamt, Berlin, erlassen worden waren. Die anderen 36 dieser Bescheide sind inzwischen rechtskräftig. Gegen zwei weitere Unternehmen wird noch ermittelt. Das geht aus einem Bericht hervor, den der Bundesfinanzminister jetzt dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat. Bisher wurden 56,5 Mill. DM Bußgelder verhängt, davon sind 16,6 Mill. DM rechtskräftig. Die Zahl der verbottenerweise abgesprochenen Bauobjekte betrug 235. Ihr Auftragsvolumen lag bei rund 1,5 Mrd. DM, wovon eine halbe Milliarde DM Aufträge des Bundes waren.

Neues Rekorddefizit

Washington (AP) - Das Defizit der amerikanischen Handelsbilanz hat im ersten Quartal 1984 mit 25,8 Mrd. Dollar eine neue Rekordhöhe erreicht. Dies gab das US-Handelsministerium bekannt. Ursache der Verschlechterung der Handelsbilanz waren die fortwährende Überbewertung des Dollars und der Aufschwung der amerikanischen Inlandskonjunktur, der zu einem starken Importsturz führte. Dem zwölfprozentigen Zuwachs der Einfuhren auf 79,9 Mrd. Dollar stand ein Anwachsen der Exporte von lediglich vier Prozent auf 54,1 Mrd. Dollar gegenüber. Im gesamten Jahr 1983 hatte das US-Handelsbilanzdefizit 61,1 Mrd. Dollar betragen.

Exportkontrolle gefordert

Genf (dpa/VWD) - Das Bemühen, die Kakapreise auf dem Weltmarkt zu stabilisieren, steht im Mittelpunkt von Beratungen der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. Vor den Vertretern von rund 70 Ländern sagte Unctad-Generalsekretär Gamani Corea, daß das am 30. September 1984 auslaufende Abkommen von 1980 sein Ziel nicht erreicht hat, den Weltmarktpreis über dem vereinbarten Mindestkurs zu halten. Corea hält die zusätzliche Einführung von Exportkontrollen für notwendig, um das Problem des Überangebots zu lösen.

Promotionszeit diskutiert

Essen (Bm) - Einmütig abgelehnt haben die Delegierten des Verbandes angestellter Akademiker und Leiter der Angestellten der chemischen Industrie (VVA) auf ihrer Jahrestagung in Frankfurt die Forderung des Bundesarbeitsgeberverbandes Chemie, Promotionszeiten künftig gehaltlich nur noch in beschränktem Umfang anzuerkennen. Mit dieser Forderung,

die Eingangsgehälter der Naturwissenschaftler zu kürzen, würden dem VVA der einseitige Abbau tariflicher Rechte und eine gravierende Absenkung des Niveaus der Einstellungsgehälter zugemutet.

US-Zinsen steigen

New York (AP) - Die Zinsen in den USA steigen schon wieder. Gestern künftigen drei Großbanken - Chase Manhattan Bank, Manufacturers Hanover Trust, Marine Midlands Banks - an, daß sie ihre Prime Rate, den Kreditzins für die besten Unternehmenskunden, mit sofortiger Wirkung von zwölf auf 12,5 Prozent erhöhen.

Investitionsbedarf wächst

Bonn (AP) - Verkehrsminister Werner Dollinger hält es für unerlässlich, die Investitionen für den Verkehrsbereich zu erhöhen. Beim Hauptverband der deutschen Bauindustrie wies er gestern darauf hin, daß nicht nur der Bedarf an Verkehrsleistungen immer weiter steigen werde, sondern auch der Unterhaltsbedarf. Besonders bei den Fernstraßen, Dollinger bezifferte nach einer Mitteilung seines Ministeriums die Summe der Investitionsmittel, die für die Fertigstellung laufender Projekte im Schienen-, Straßen-, Wasserstraßen- und öffentlichen Personennahverkehr auf 40 Mrd. DM. Für die Erhaltung der Bundesfernstraßen seien zur Zeit rund zwei Mrd. DM nötig, von etwa 4,8 Mrd. DM. Dollinger bezifferte auch die Investitionen der Bahn bis 1990 auf rund 40 Mrd. DM.

Schleswig-Holstein

Bonn (DW) - Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH hat die Neuaufgabe der ihr herausgegebenen Broschüre „Schleswig-Holstein Industrie“ vorgelegt. Die 184seitige Broschüre (deutsch/englisch) soll Schleswig-Holstein und die Leistungsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen weltweit bekannt machen. Etwa 600 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes bieten sich und ihre Produkte an.

Kooperation mit China

Bonn (dpa/VWD) - Die deutsch-chinesische Arbeitsgruppe Land- und Ernährungswirtschaft hat jetzt in Peking ein Protokoll über 102 Kooperationsprojekte der agrar- und ernährungswirtschaftlichen Zusammenarbeit verabschiedet. Wie das Bundesernährungsministerium mitteilte, liegt der Schwerpunkt bei 49 Einzelprojekten in der Ernährungswirtschaft, die von der Gewinnung und Verpackung von Bioenergie bis zur Planung und Erstellung kompletter Anlagen für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe reichen.

Anzeige

Alten- und Vorkosten
Vorgezogene Verzinsung
dauerhafte Gewinnausschüttung
Immobilienfonds mit Grundbesitz
Ihrer Abschreibung

REGIE-PARTNER-FONDS

Beteiligung schon ab 100 DM
monatlich
Ankumult zu Besteuerung
verträge 10 - 15 Jahre

W. Kuhn Bauregie GmbH & Co. KG
Kronskamp 108-2, Wedel, Tel. 04103/849 67-69

NIGERIA

Sparhaushalt vorgelegt

Die nigerianische Militär-Regierung unter General Buhari hat kurz vor ihren wichtigen Verhandlungen mit dem internationalen Währungsfonds über eine Kreditausweitung um bis zu 3,2 Mrd. Dollar, einen drastischen Sparhaushalt eingebracht. Er folgt der von Lagos Ende April unerwartet eingeleiteten Währungsreform und sieht insbesondere erhebliche Kürzungen bei den Staatsausgaben vor. Investitionen der Regierung sollen in diesem Jahr gegenüber dem vergangenen um immerhin 40 Prozent auf 13,9 Mrd. DM beschnitten werden, laufende Haushaltsausgaben um 17 Prozent auf 11,2 Mrd. DM. Um die internationale Kreditwürdigkeit des Landes zu verbessern, wurden von General Buhari etwa neun Mrd. DM zur Bedienung der Staatsschulden beiseitegestellt - doppelt so viel wie die alte Regierung.

Um die Verschuldungslage Nigerias weiter zu verbessern, werden vorerst alle neuen Ausgaben-Projekte gestoppt. Den Länder-Regierungen, die ausländischen Banken gegenwärtig rund elf Mrd. DM schulden, wird ab sofort der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten versperrt. Die Einfrierung der Löhne und Gehälter setzt sich fort. Die Zinsen werden um zwei auf gut zwölf Prozent angehoben. Steuerlichen Freibeträge der im Ausland arbeitenden Nigerianer werden von 50 auf 25 Prozent halbiert. Pflicht-Depositen für Einfuhr wurden abgeschafft, die Höchstsätze für Einfuhrzölle von 500 auf 200 Prozent gesenkt.

Das neue Budget für das Finanzjahr 1984 hat ein Volumen von 10,1 Mrd. Naira (36,8 Mrd. DM). Das ist geringfügig mehr als der Sparhaushalt (9,7 Mrd. Naira), den die letzte Zivilregierung zwei Tage vor ihrem Sturz eingebracht hatte. Die industrielle und landwirtschaftliche Erholung steht für Buhari absolut im Vordergrund.

VEREINIGUNG DEUTSCHER ELEKTRIZITÄTWERKE / Die Stromwirtschaft wird 100 Jahre alt

Kernkraft ist ein heimischer Energieträger

HANS BAUMANN, Essen
Die elektrische Energie hat Geburtstag. Sie wird 100 Jahre alt. Unter diesem Datum steht der Jahresbericht 1983 der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt. Die nüchternen verbalen Aussagen und das umfangreiche Zahlenwerk sind aufgelockert von darstellender Kunst aus jener Zeit, als Strom nicht zum Alltag gehörte, als die Arbeit noch Fron war, ehe die leistungsgebundene Kraft ins Haus kam und das Leben humaner machte. Ob Picasso, Menzel, van Gogh oder Degas, ihre Impressionen von Menschen, die unter der Mühe des Alltags stöhnten, sagen bereitet als jedes Wort, welches Gabe die Elektrizität für den Menschen war und ist. Damit einen „Geschäftsbericht“ zu garnieren zeugt von Mut und Intelligenz.

Die rund 100jährige Geschichte der öffentlichen Stromversorgung ist

ein gerader Weg in die Emanzipation: Strom befreit die Menschen von den Mühen schwerer körperlicher Arbeit. Ohne Strom wäre der Fortschritt nicht denkbar, der seit der Jahrhundertwende die Arbeitszeit etwa um ein Drittel verkürzte und die Lebenserwartung verdoppelte, schreibt Peter von Siemens, Ehrenpräsident der Weltenergiekonferenz und Mitglied des Ehrenpräsidiums der Siemens AG im Jahresbericht der VDEW.

Der Anteil des Stroms am Endenergieverbrauch ist langfristig und weitgehend schon überproportional gestiegen. In der Bundesrepublik sank der Primärenergieverbrauch in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 0,5 Prozent jährlich, während der Stromverbrauch um 2,2 Prozent jährlich stieg. In den Entwicklungsländern lag der Zuwachs beim Strom sogar im Durchschnitt bei 9 Prozent pro Jahr. Das ist doppelt so viel wie das Wirtschaftswachstum.

Von Siemens verweist darauf, daß in den Entwicklungsländern 75 Prozent der Weltbevölkerung leben, auf die entfielen aber nur 14 Prozent des Welt-Energieverbrauchs. Mangel herrsche in diesen Ländern an Kapital und Know-how, um die eigenen Energiereserven zu mobilisieren.

Der Jahresbericht hebt hervor, daß die Optimierung des Kraftwerks-parks in Westdeutschland zu einer Primärenergiebilanz der öffentlichen Stromversorgung geführt habe, die energiepolitisch vorbildlich sei. An erster Stelle unter den Einsatzenenergien für die Stromerzeugung stehe die Steinkohle mit gut 30 Prozent, mit knapp 30 Prozent folge die Braunkohle. Wichtig für die Stromversorgung sei der Anteil der Kernenergie mit rund 20 Prozent, gefolgt von Wasserkraft mit 6 Prozent und Müll mit 1 Prozent. Öl habe nur noch einen Anteil von 3 Prozent an der Stromerzeugung.

Gas werde mit rund 10 Prozent unter den Kesseln bleiben.

Damit basiert die deutsche Stromerzeugung zu 87 Prozent auf heimischen oder quasi heimischen Energieträgern. Die Kernenergie müsse wegen ihrer hohen Verfügbarkeit als heimische Energie gewertet werden. Zur Zeit verfügt die Bundesrepublik über rund 10 000 Tonnen Uran. Das ist ein Brennstoffvorrat, der den Betrieb sämtlicher Kernkraftwerke für mehr als fünf Jahre sichert. Die Möglichkeit der Wiederverwendung aufgearbeiteter Brennstoffe ist dabei noch nicht berücksichtigt worden.

Der Jahresbericht beschäftigt sich auch mit der Umweltproblematik und mit den Kosten, die damit auf die Elektrizitätswirtschaft und auf die Volkswirtschaft zukommen. Allein die Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird die Volkswirtschaft mit mehreren Millionen Mark jährlich belasten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Keine Girmes-Dividende

Düsseldorf (J.G.) - Die Girmes-Werke AG, Oedt, hat 1983 zwar den Weltumsatz um 8,8 Prozent auf 548 Mill. DM gesteigert und ein positives Betriebsergebnis erzielt. Doch der Hauptversammlung am 27. Juni wird (ebenso wie erstmals für 1982) ein dividendenloser Abschluß mit dem Vorschlag vorgelegt, den Gewinn von „circa 4 Mill. DM“ in die Rücklagen zu stellen.

Goldschmidt kauft Hansa

Essen (Bm.) - Die Hansa Textilchemie GmbH und den Chemie-Bereich der Hansawerke Luernan, Schütte GmbH & Co. KG, beide Bremen, sind von der Goldschmidt-Gruppe übernommen worden. Beide Firmen beschäftigen 65 Mitarbeiter und setzen rund 20 Mill. DM um. Jürgen Naujoks

und Hans Rott wurden zu Geschäftsführern der Hansa Textilchemie GmbH bestellt.

Rheintuch arbeitet

Düsseldorf (Py.) - Nach monatelangen - oft unerfreulichen - Verhandlungen zwischen dem Konkursverwalter der Rheintuch AG, Mönchengladbach, und dem Geschäftsführer der Tuchfabrik Willy Schmitz, Friedhelm Schmitz, ist es jetzt zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen: Schmitz, der seit Monaten in der Fabrik des einst namhaften und großen Tuchherstellers des gehobenen Genres (450 Mitarbeiter) produziert, hat mit einem Konsortium den gesamten Maschinenpark für 10 Mill. DM übernommen. Die gute Auftragslage bei Rheintuch sichert für die nächsten Monate Produktion und Arbeitsplätze. Das frühere hohe Umsatzvolumen wird nicht wieder angestrebt. Im 2. Halbjahr 1984 wird ein Teil der Arbeitskräfte, von Produktion und Maschinenpark in das Schmitz-Stammwerk (Kammgarn, Weberei, Färberei und Ausrüstung) verlagert.

Neues Werk
Braunschweig (AP) - Der japanische Elektrokonzern Toshiba hat jetzt in Braunschweig eine Filiale mit rund 100 Arbeitsplätzen in Betrieb genommen. Das Werk für Halbleiter, Computerteile und Mikrocomputer wurde mit einem Kostenaufwand von 32 Mill. DM fertiggestellt. Bis 1987/88 ist der Vollausbau des Betriebes mit dann über 300 Arbeitsplätzen vorgesehen.

Hoffmann's Stärke nicht zufrieden

hdt. Bad Salzungen

Nicht befriedigend verlief die Geschäftsentwicklung 1983 bei der Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzungen. Die Umsatzerlöse bei der Muttergesellschaft gingen um 7,6 Prozent auf 89,1 (96,4) Mill. DM zurück, unter Einschluss der deutschen Tochter reduzierte sich der Konzernumsatz um 6,5 Prozent auf 108,3 (116,4) Mill. DM. Dabei konnte im Markenartikelgeschäft eine geringe Zuwachsrate von knapp 1 Prozent erzielt werden, die allerdings ebenfalls als unbefriedigend bezeichnet wird. Einbrüche gab es hier vor allem bei den älteren Produkten, während neue Artikel wie Aerosole, Haushaltssticker und Luftverbesserer erfreuliche Ergebnisse erzielten.

Entscheidend für die Geschäftsentwicklung erwies sich jedoch die Mitte 1983 erfolgte Einstellung der Produktion von Industriestärke auf Maisbasis. Dieser traditionelle Artikel konnte im Wettbewerb mit der preisgünstigeren Weizenstärke nicht mehr mithalten. Auch der Absatz der Maisstärke-Nebenprodukte geriet zunehmend unter Druck, da diese inzwischen ohne Einfuhrbelastung importiert werden können, während der Rohstoff Mais selbst mit einer hohen Abschöpfung belegt ist.

Die bisherige Entwicklung 1984 verlief im verbleibenden Marktgeschäft nach Plan. Um dieses weiter auszubauen, wurde der Entwicklungsbereich verstärkt, ebenso aber auch der Erfahrungsaustausch mit der Airwerk AG, Basel, Tochtergesellschaft der Ciba-Geigy AG, dem Mehrheitsaktionär von Hoffmann's.

Der Rückzug aus dem Industrie-geschäft hatte 1983 nicht nur eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl auf 501 (581) zur Folge, er führte auch zu einem Bilanzverlust von 1,27 (im Vorjahr Gewinn von 0,93) Mill. DM. Eine Dividendenzahlung auf das mit 11,8 Mill. DM unveränderte Stammkapital ist somit nicht möglich, sie hatte im Vorjahr noch 8 Prozent betragen.

NAMEN

Rudolf Renner, Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank AG, München, feiert am 11. Mai seinen 80. Geburtstag.

Heinz Seifert, bis 1974 in der Geschäftsführung der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH tätig, begibt am 7. Mai seinen 75. Geburtstag.

Otto Braun, bis 1974 Vorstands-sprecher und seitdem Mitglied des Aufsichtsrates der B. Braun Melsungen AG, vollendet heute sein 80. Lebensjahr.

Hans Kerschbaum, ehemaliges Vorstandsmitglied der Siemens AG, München, ist am 1. Mai im Alter von 81 Jahren gestorben.

DINERS CLUB / Zusammenarbeit mit KKB?

Aggressiveres Marketing

INGE ADHAM, Frankfurt
Diners Club will die führende Kreditkarte „für alle Verbraucher sein, die in Deutschland und im Ausland besonderen Wert auf individuelle Dienstleistungen legen“, formuliert Paul Walsh, seit der Übernahme durch die Citicorp Geschäftsführer der Diners Club Deutschland GmbH, die Ziele der künftigen Geschäftspolitik. Vor allem sollen zusätzliche Service-Leistungen ausgeweitet werden und der ältesten deutschen Kartenorganisation gepaart mit „aggressiverem Marketing“ einen größeren Anteil am auf rund 3 Millionen Kartenkunden geschätzten deutschen Marktpotential bringen.

Im vergangenen Jahr gewann Diners rund 20 000 neue Kunden dazu; die 210 000 Karteninhaber sorgten für einen um rund 9 Prozent auf gut 900 Mill. DM gestiegenen Umsatz mit dem „Plastikgeld“, das nach wie vor überwiegend auf Reisen eingesetzt

wird. Die Zahl der Vertragsunternehmen wuchs um gut ein Fünftel auf jetzt rund 30 000. Etwa 42 Prozent des deutschen Kartenumsatzes wird mit Fachgeschäften getätigt, 30 Prozent entfallen auf Hotels, 15 Prozent auf Fluggesellschaften und 13 Prozent auf Restaurants. „Unverändert niedrig“ blieb mit 0,5 Prozent die Ausfallquote durch Kartennäusch, auch mit der Fluktuationsrate von 5 Prozent schneide Diners im Branchenvergleich ausgesprochen gut ab.

In den USA hat Diners nach der Übernahme durch Citicorp zum Aufholen angesetzt, ein Vertrag mit der US-Regierung, der 300 000 beamtete Karteninhaber bringt, sei ein erster Schritt dazu, heißt es. Fragen nach einer möglichen Zusammenarbeit mit KKB, der Konsumentenkreditbank, die ebenfalls Citicorp gehört und der Citibank wehrte Walsh als noch verfrüht ab.

THIMM / Wellpappenmarkt in einer schwierigen Phase

Ertrag ist unbefriedigend

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Auch die Thimm Verpackungs-werke KG, Nörtheln, deren Umsatzerlöse im Branchenvergleich immer günstigere Ergebnisse lieferten, blieb 1983 von der schwierigen Situation des Wellpappenmarktes nicht verschont und mußte die ursprünglichen Ertragsprognosen revidieren. Klaus Thimm, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens, spricht zwar von einem noch positiven Betriebsergebnis, gemessen am „Erwartungshorizont“ sei das Ergebnis aber „absolut inakzeptabel“.

Wesentliche Ursache dafür waren die „explodierenden Rohstoffpreise“, vor allem für Kraftliner, die weder im notwendigen Umfang noch schnell genug, an die Kunden weitergegeben werden konnten. Hinzu kamen belastende interne Maßnahmen, so daß die Bilanz nur ausgleichend abgeschlossen werden konnte. Mit diesem Ergebnis, so Thimm, wären die meisten Unternehmen der Branche allerdings noch sehr zufrieden gewesen.

Nachdem im ersten Quartal die Preise bereits um 5 Prozent angehoben wurden, sollen bis zum Herbst zusätzliche Erhöhungen um insgesamt 10 Prozent durchgesetzt werden. Dies und eine weitere Steigerung der Produktion um gut 5 Pro-

zent bei gleichzeitiger Verschiebung hin zum höherwertigen Thimm-Color-Druckverfahren (Umsatzanteil 30 Prozent) werde im laufenden Jahr eine deutliche Verbesserung der Ertragsentwicklung bringen. Im Berichtsjahr erhöhte sich der Thimm-Umsatz um 7,4 Prozent auf 131 (122) Mill. DM. Stärker nahm die Produktion zu, nämlich um 7,9 Prozent auf 131 (117) Mill. qm.

Dem Ziel, den Anteil des Thimm-Color-Verfahrens (Mehrfarben-Druck) gegenüber der konventionellen „braunen Ware“ zu steigern, dient die Inbetriebnahme einer neuen Druckmaschine im Stammwerk, die 1986 ihre volle Kapazität (100 Mill. qm) erreichen soll. Einschließlich des Werks in Alzey wird Thimm dann über eine Jahreskapazität von 150 Mill. qm verfügen. Mittelfristig strebt Thimm für den Mehrfarbendruck einen Umsatzanteil von 50 Prozent an. Stärker Fuß fassen will das Unternehmen im benachbarten Ausland (Exportanteil 10 Prozent) durch die Gründung einer eigenen Vertriebsgesellschaft für den Benelux-Markt.

Für 1984 plant Thimm Investitionen von rund 4 (6,8) Mill. DM. Obwohl die Bilanzsumme kräftig auf 74 (64) Mill. DM stieg, verschlechterte sich die Eigenkapitalrelation geringfügig.

KIENBAUM / „Intelligentes Überwintern“ in Brasilien

Große Chancen in USA

JAN BRECH, Hamburg
Es gibt nach wie vor große und interessante Freiräume auf den internationalen Märkten, die von deutschen Unternehmen stärker genutzt werden sollten. Diese Meinung hat der Vorsitzende der Geschäftsführung der Kienbaum Unternehmensgruppe, Gerhard Kienbaum, in Hamburg vertreten. An vielen Stellen fehle es noch immer an dem nötigen Mut, sich veränderten Bedingungen auf den Weltmärkten anzupassen.

Auf Grün stünden vor allem die Marktchancen in den USA, wo der Wirtschaftsaufschwung mit einem realen Wachstum von 8,3 Prozent im ersten Quartal 1984 die Experten erneut überrascht hat. Trotz protektionistischer Anklänge bleiben die USA ein im wesentlichen offener und wachsender Markt. Bei der Dominanz des deutschen Exportgeschäfts übersehen nach Meinung von Joachim R. Bechtel, Geschäftsführer der Kienbaum International Inc., San Francisco, viele Firmen die Chancen, die die USA als Beschaffungsmarkt, vor allem im High-Technology-Bereich, bieten.

Im Gegensatz zu früheren Jahren suchten US-Firmen zur Marktbearbeitung im Ausland die Zusammen-

arbeit mit örtlichen Partnern. Für viele deutsche mittelständische Betriebe des traditionellen Maschinen- und Werkzeugbaus liege hier unausgeschöpftes Potential, sich in Joint-ventures mit einer amerikanischen Innovationsfirma ein zweites Bein aufzubauen.

Ganz anders bewertet Kienbaum die Situation in Brasilien. Bei einer Inflation von rund 230 Prozent und Zinssätzen von mehr als 30 Prozent sei das Finanzmanagement zur tragenden Säule des Krisenmanagements geworden. Viele Muttergesellschaften wählten zur Zeit den Weg des Rückzugs aus dem inflations-verbängten Dschungel, erklärt Ingo Flöges, Geschäftsführer der Kienbaum Consultores, São Paulo, wobei das „intelligente Überwintern“ die bessere Lösung wäre. Auf dem riesigen brasilianischen Markt sei ein „Comeback“ in besseren Zeiten außerordentlich schwierig.

Zur Entwicklung der Kienbaum-Gruppe heißt es in Hamburg, daß inzwischen 50 Prozent des Gesamtumsatzes von 60 Mill. DM aus Aktivitäten im Ausland stammten. Der Ausbau der Gruppe werde intensiv über Kooperationen mit einheimischen Partnern betrieben.

VMF-STORK / Für das laufende Jahr soll wieder Dividende ausgeschüttet werden

Umstrukturierung ist abgeschlossen

HARALD POSNY, Amsterdam
„Wir müssen schnell wieder für die Anleger attraktiv werden“, sagen F. O. J. Sickinghe, Vorstandsvorsitzender der Vereinigte maschinellen Stork N. V., Amsterdam, und sein Stellvertreter A. Meijer. Und sie meinen die Wiederaufnahme der seit 1973 (14 Prozent je 100 hlf-Aktie) eingeleiteten Dividendenzahlung auf 120 (96) Mill. hlf. Grundkapital, wenn die HV am 25. Mai der Umwandlung eines (teuer) zu verzinsenden Darlehens in Aktienkapital zustimmt. Die übergroße Mehrheit des Grundkapitals liegt in Streubesitz, 20 Prozent davon in der Bundesrepublik.

Daß eine Dividendenzahlung bereits für 1984 möglich ist, dessen ist sich der VMF-Vorstand. („Der Gewinn wird steigen“) ziemlich sicher, wenn er sich auch auf eine Höhe noch nicht festlegen möchte. Ob Ausschüttung in der Nähe der früheren Beträge oder erst eine Einstiegs-Ausschüttung, das ist die Frage. Langfristig sei etwa eine Rendite von 20 bis 25 Prozent auf Grundkapital und Rücklagen (250 Mill. hlf) nötig, und das bedeutet 50 bis 60 Mill. hlf.

Fernab von solchen Zahlenspielen denkt der Vorstand „mehr über Innovationen nach und geht mit mehr Enthusiasmus an künftige Aufgaben als daß er das für ein Überleben notwendige Geld im Auge hat“. Immerhin: Nach verlustreichen Jahren hat der größte Maschinenbaukonzern der Niederlande eine schmerzliche Umstrukturierung hinter sich gebracht. Von schweren Investitionsgütern und Maschinen - im Gefolge von Lohnexplosion und Energiekrise - ging die Kursänderung in Richtung auf den Markt leichter Investitionsgüter, industrieller Dienstleistungen und kompletter Prozeß-Systeme, häufig einschließlich der dazugehörigen Verbrauchsgüter.

Damit hat sich nach den Worten Meijers auch das Risikoprofil des Konzerns mit insgesamt 12 000 (13 500) Beschäftigten, davon 4300 (4800) außerhalb der Niederlande, positiv verändert. Der Umsatz wird auf (auch geographisch) verschiedenen Märkten erzielt, auf denen VMF wie im Bereich Textildruckmaschinen und Hühnerschlachtanlagen, aber auch Fleischverarbeitungsanlagen

Weltmarkanteile zwischen 50 und 60 Prozent besitzt. Der Umsatz verteilt sich außerdem zunehmend auf kleinere Auftraggeber. 90 Prozent des Umsatzes wird mit Aufträgen unter 5 Mill. hlf. gemacht. Die Gesamtumsatz stieg 1983 um 7,5 Prozent auf 1,86 Mrd. hlf. Die Wertschöpfung stieg auf 1,10 (1,04) Mrd. hlf.

Der Auftragsbeleg - 71 Prozent davon aus dem Ausland - ging um 220 Mill. auf 1,82 Mrd. hlf. zurück. Der Auftragsbestand stieg (ohne die aus-geschiedene Bronswek Kassel und Apparatebau) auf 1,25 (1,12) Mrd. hlf. Größte Unternehmensbereiche nach Auftragsbeleg sind die Montage (472 Mill. hlf.) vor Nahrungsmittelmaschinen (396) - und Industriemaschinen/Service (348 Mill. hlf.). 1983 wurden 30 (33) Mill. hlf. investiert, 1984 sollen es 60 Mill. hlf. werden.

Das konsolidierte Netto-Konzern-Ergebnis weist für 1983 wieder einen Gewinn von 8,9 (7,1) Mill. hlf. (4,7 nach 3,6 Prozent des Eigenkapitals) aus. Darin sind 20 Mill. hlf. Verlust (Bronswek) enthalten. 1984 soll mit verbesserter Gewinnmarge aus Neuaufträgen der Gewinn höher ausfallen.

Die einen haben neun.



Die anderen acht.



TWA hat nur sechs.



TWA's 747 Ambassador Class: Weniger Sitze, mehr Platz für die Beine.

Wo sich bei anderen Business Klassen Achter- oder Neuner-Reihen drängen, können Sie in TWA's 747 Ambassador Class Ihren persönlichen Freiraum ausgedehnt genießen. Ganz einfach, weil unsere Sitzreihen nur 6 Plätze zählen. Rundherum dürfen Sie da mit mehr Komfort rechnen, sich um ganze 45° zurücklehnen. Und ausgedehnt tun und lassen, was Ihnen Spaß macht. Sogar in New York hört die Gemütlichkeit noch lange nicht auf. Dafür sorgt unser Terminal auf JFK, der Helicopter-Service ohne Aufpreis nach Manhattan und die direkten Verbindungen der TWA in mehr als 60 Städte der Staaten.

Diese angenehmen Erfahrungen sollten Sie auf dem schnellsten Weg selbst einmal machen. Indem Sie Ihren Wunschplatz per TWA Expres Service buchen. Und bei der Gelegenheit können Sie sämtliche Anschlussflüge gleich mit in die Tasche stecken.

Nähere Informationen von Ihrem Reisebüro oder direkt von TWA: Frankfurt/Main, Tel. 06 11/77 06 01 und 77 06 71. TWA-Generalagenturen in: Hamburg 0 40/37 24 91, Düsseldorf 0 211/84 81 4, München 0 89/59 76 43.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



WIRTSCHAFT

BAUWIRTSCHAFT

Bald Einbruch im Südwesten?

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine Wende am Bauplatz hat nicht stattgefunden und sie wird auch auf absehbare Zeit nicht eintreten. So befreit die Landesvereinigung Bauwirtschaft in Baden-Württemberg beispielsweise für den Wohnungsbau, der derzeit noch vom Auftragsbestand des Jahres 1983 lebt, ab Jahresmitte einen drastischen Einbruch. Dieser Lokomotive drohe der Dampf auszugehen, denn Anschlussaufträge, die das durch das auslaufende Bauberrenmodell drohende Loch füllen könnten, seien nicht in Sicht.

Noch schlechter sieht es mit der Auftragslage und der Auslastung der anderen Sparten des Bauhauptgewerbes aus. In allen Bereichen sei das Preisgefüge nach wie vor ruiniert und liege unter den Herstellkosten. Im Hinblick auf den öffentlichen Bau fordert die Bauwirtschaft Politiker und Verwaltungen auf, wenigstens sämtliche Haushaltsmittel umgehend freizugeben und auszuschreiben, um sicherzustellen, daß alle Mittel auch verbaut werden können.

Der Umsatz des baden-württembergischen Bauhauptgewerbes verringerte sich im 1983 um 0,8 Prozent auf 18,2 Mrd. DM. Dabei kam der Wohnungsbau auf eine Umsatzzunahme von 6,1 Prozent auf 7,5 Mrd. DM und baute seinen Umsatzanteil auf 41,5 (38,8) Prozent aus. Zweistellige Minusraten gab es im landwirtschaftlichen Bau sowie im öffentlichen und Verkehrs-Bau.

Da sich die Eigenkapitaldecke drastisch verkleinert hat, konnte es nicht ausbleiben, daß die Zahl der Insolvenzen der Baubranche 1983 auf 181 (164) Unternehmen zunahm. Ein weiterer Anstieg wird befürchtet, wenn gleich Ende vergangenen Jahres die Auftragsbestände (bis auf den öffentlichen Bau) über den Zahlen von Ende 1982 lagen. Der Beschäftigtenstand blieb mit rund 195 000 Mitarbeitern in etwa stabil.

Personal Computer für Steuerberater

ss. Bonn

Während des „Deutschen Steuerberatungskongresses 1984“, der vom 7. bis 9. Mai in Bonn stattfindet, stellte die Deutsche Olivetti GmbH, Frankfurt, ihren neuen Personal Computer M 24/DVS vor. Dieser Kleincomputer wird für das Verbundsystem der Datenverarbeitungs-Genossenschaft für Steuerberater (Datev) eingesetzt und stellt ein Anwendersystem für die speziell auf die Anforderungen von Steuerberatern zugeschnittenen Programme dar.

Das Datev-Verbundsystem wurde entwickelt, um den rund 23 000 angeschlossenen Steuerberatern und deren etwa 950 000 mittelständischen Mandantenbetrieben die Nutzung neuester Datenverarbeitungstechniken zu ermöglichen. Seit 1968 arbeitet sie mit der Olivetti GmbH zusammen. Sowohl die spezifischen Anwendungsprogramme als auch der Personal Computer selbst kamen zur Hannover-Messe neu auf den Markt. Insgesamt umfaßt die Personal Computer-Familie von Olivetti damit vier Geräte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnberg: Friedrich Höller, Inh. d. Fa. Carl Schmidt Einzelhandelsunternehmen in Büro-einrichtung u. -maschinen, Buch- u. Schreibwarenhandel sowie Bürobedarfsmarkt; Aschaffenburg: RAKU Ges. mbH f. Industrie-Montage u. Schweißarbeiten, Klingenberg; Beckum: Domina-Kleidung GmbH, Sendenhorst; Bremen: Francis D'Souza, Kaufmann, Alleininh. d. Fa. Francis D'Souza; Bruchsal: Johann Hausmann Tonmöbelfabrik GmbH, Krächthal; Chamsthal-Zellerfeld: Alfons Klepke, Straßen- u. Tiefbauges. mbH, Braunlage; Cloppenburg: Helmut Kläse, Bauunternehmer, Elmstedt; Dortmund: Heinrich Böping, Elektromeister; Düsseldorf: MAY Dörrenberg GmbH, Muth/Bay; Hans Linsenmeyer, Heßdorf; Hagen: Ulrich Barkemeyer, handelnd u. Fa. Briefmarken-Stage; Hamburg: Color-Team GmbH, Druckvorlagenherstellung, Nachl. d. Klaus Karl Gustav Willi Boje; Hameln: Heinrich Koppe KG, Innenausbau u. Möbelhandel; Weinhandel Wiltrudis Froboe GmbH; Hannover: Nachl. d. Eise Ebeling; Husum: Wulff-Verwaltungsges. mbH, Schobüll; KG in Fa. Hans Wulff Maschinenfabrik u. Apparatebau GmbH & Co. Schobüll; Karlsruhe: Sylvia-Bekleidung GmbH; Kehl: Hüller, GmbH Bauunternehmung, Carhy Cudiac N.W./Canada; Länderscheid: Ferdinand Ihne geb. Jerkovic, Halver; Neustadt/Walt.: August Gradt Kfz; Niebüll: Peter Gonsen, Landmaschinen-Kaufmann, Mitinh. d. landtechnischen Schmiedebetriebs „Christian Gonsen“, Inh. Gebr. Gonsen, Emmelsbüll-Horsbüll; Ralf Gonsen, Landmaschinenmechaniker, Mitinh. d. landtechnischen Schmiedebetriebs „Christian Gonsen“, Inh. Gebr. Gonsen, Emmelsbüll-Horsbüll; Papenburg: Maschinenfabrik Lathen GmbH, Lathen; Passau: Wolfgang Schymura, Regensburg; Pfla: Wolfgang Friedrich Wilhelm Ulrich, Schönweide/Post; Grebin; Rendsburg: Autobus-Hademarschen Lummer GmbH, Hanerau-Hademarschen; Salzgitter: Albert Heinrich Will Scharringhausen, Burgdorf; Siegburg: Fa. Josef Kuth, Inh. Josef Kuth, Niederkassel-Rhldt.

Vergleich eröffnet: Hechingen: Karl-Heinz Braun, Schreinermeister u. Möbelkaufmann.

Vergleich beantragt: Esslingen: Transio-Oel-Chemie Dr. Wolfgang Müller, Inh. Dr. Wolfgang Müller, Plochingen; Hammover: Werner Baugesellschaft mbH & Co. KG, Tufnhagen; Siegfried Stark, Friedrichshafen.

SIEMENS

Das 50 000ste EMS-System.



Dieser Erfolg ist einmalig: In 36 Ländern wurde das Kommunikationssystem EMS insgesamt 50 000mal bestellt. Ob kleine Anlagen für Selbständige oder komplette Kommunikationsnetze für Großunternehmer – kein vergleichbares speicherprogrammiertes System der Welt kann eine so stolle Karriere aufweisen.

Vier Gründe machen im wesentlichen den Erfolg aus:

- EMS-Anlagen sparen Zeit und Kosten.
- EMS-Telefonleistungen sorgen für schnelle und sichere Verbindungen.
- EMS-Systeme sind das Kernstück für die ganze Bürokommunikation mit Sprache, Text, Bild, Daten und Dokumenten.
- Siemens bietet weltweit einen kompletten Service.

Siemens im Büro:
Elektronik, die uns weiterbringt.

SIEMENS / Erfolgreiche Geschäftsentwicklung hielt an

Umsatz- und Auftragsplus

DANKWARD SEITZ, München
Eine recht erfolgreiche Entwicklung verzeichnete die Siemens AG. Berlin/München, im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1983/84 (30.9.). In den ersten sechs Monaten konnten weltweit Aufträge über 26,0 Mrd. DM hereingebracht werden, womit fast der „ungewöhnlich hohe“ Vergleichswert des Vorjahres (26,2 Mrd. DM) wieder erreicht wurde, heißt es in einem Zwischenbericht des Elektrokonzerns. Kräftig gewachsen sei der Bestelleingang vor allem in den Bereichen Bauelemente und Datenverarbeitung. Aber auch die übrigen Sparten hätten die Konjunkturbelastung in wichtigen Märkten gespürt.

Daß die Inlandsbestellungen mit 13,5 (14,1) Mrd. DM um 4 Prozent niedriger ausfielen, ist darauf zurückzuführen, daß in den ersten Monaten 1982/83 zwei Kernkraftwerksaufträge zu einem außergewöhnlichen Anstieg geführt hatten. Bereinigt um diese beiden Aufträge ergibt sich eine Zunahme von 13 Prozent. Der Auftrags- und Auftragseingang aus dem Ausland erhöhte sich um 4 Prozent auf 12,5 Mrd. DM, wobei insbesondere auf dem US-

Markt ein deutliches Plus zu verzeichnen gewesen sei.

Zufrieden kann man bei Siemens auch mit dem Weltumsatz und dem Unternehmenserfolg sein: Der Gewinn nach Steuern wird mit 410 (348) Mill. DM deutlich höher ausgewiesen, was einer Umsatzrendite von 2,0 (1,9) Prozent entspricht. Der Umsatz stieg weltweit um 7 Prozent auf 20,1 Mrd. DM. Dabei war die Entwicklung im Inland mit plus 10 Prozent auf 9,1 Mrd. DM besser als im Ausland, wo ein Zuwachs von 5 Prozent auf 11,0 Mrd. DM verzeichnet werden konnte. Überdurchschnittliche Umsatzzuwächse erzielten die Bereiche Bauelemente, Datentechnik und Medizintechnik.

Da der Auftragseingang erheblich über dem Umsatz lag, erhöhte sich der Auftragsbestand per Ende März 1984 gegenüber dem Vorjahresniveau um 10 Prozent auf rund 63 Mrd. DM. Im Zusammenhang mit zwei Kraftwerksaufträgen, von denen ein Teil noch im laufenden Geschäftsjahr abgeschlossen wird, stiegen die Vorräte auf fast 21 (18,1) Mrd. DM.

PROGRESS-WERK OBERKIRCH / Dividende erhöht

Bestes Betriebsergebnis

MARTIN FINK, Oberkirch
Ein gutes Geschäft mit Stanz- und Ziehteilen für die Automobilindustrie und ein florierender Export von mobilen und stationären Feld- und Spezialklüchten verhalfen im Geschäftsjahr 1983 der Progress-Werk Oberkirch AG (PWO) im badischen Oberkirch zum besten Betriebsergebnis der Unternehmensgeschichte. Einschließlich der Zuliefererteile für eine Reihe von weiteren Industriebranchen und des Programms von Bauverkleidungen aus Metall, stieg der Gesamtumsatz um knapp 29 Prozent auf 103 (80,4) Mill. DM.

Am Ergebnis, das durch einen Gewinn je Aktie von 13,60 (10,63) DM und einen Brutto-Cash-flow von 8,3 (6) Mill. DM gekennzeichnet ist, läßt das frühere Familienunternehmen, das 1978 an die Börse ging, die Aktionäre mit einer Dividendenaufstockung auf 8 (7) DM je 50-DM-Aktie teilhaben. Die Hauptversammlung am 27. Juni hat ferner über die Schaffung eines genehmigten Kapitals von 2 Mill. DM zu beschließen. Aus dem noch bestehenden genehmigten Ka-

pital von 1 Mill. DM wird im Juli oder August 1984 das Grundkapital von Inhaberkarten im Verhältnis sieben zu eins erhöht. Der Emissionskurs wird in den nächsten Wochen festgelegt und dürfte, so Vorstandsmitglied Karlheinz Linnenkohl, zwischen 120 und 150 DM liegen.

Auch im ersten Quartal 1984 hielt die starke Expansion an: Umsatz und Auftragseingang stiegen um knapp 40 Prozent. Die Ertragslage ist weiterhin „zufriedenstellend“. Der Auftragsbestand per Ende März von 66 Mill. DM sichert eine „sehr gute“ Kapazitätsauslastung bis zum Jahresende, an dem man einen Umsatz von mindestens 110 Mill. DM erwartet. Die Belegschaft ist 1983 auf 814 (746) Personen gewachsen.

Mit Investitionen von 8,7 (4,7) Mill. DM (bei Abschreibungen von 3,9 nach 3,2 Mill. DM) hat PWO vor allem modernste Maschinen angeschafft. Im laufenden Geschäftsjahr wird für rund 6 Mill. DM investiert. Aus dem ausgewiesenen Jahresüberschuß von 1,62 (1,11) Mill. DM gingen 0,5 (0,2) Mill. DM in die Rücklagen.

AEG / Voraussichtlich kein vorzeitiger Abschluß des Vergleichs - Sanierungsphase noch längst nicht beendet

Erstmals wieder Jahresüberschuß erwirtschaftet

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Daß die AEG-Telefunken AG, Frankfurt, in ihrem Weltabschluß für 1983 endlich wieder einen, wenn auch bescheidenen, Jahresüberschuß von 37 Mill. DM ausweisen kann, stimmt ihren Vorstandsvorsitzenden Heinz Dürr keineswegs euphorisch: „Wir sind zwar 1983 im steinigsten Tal der Sanierung vorangekommen und sehen jetzt das Licht am Ende der Schlucht. Aber bis wir dahin kommen, ist es noch ein weiter Weg.“

Immerhin kann der AEG-Chef mit kaum verstecktem Stolz darauf hinweisen, daß die Elektro-Gruppe erstmals seit einhalb Jahrzehnten wieder ein positives Ergebnis wirklich erwirtschaftet hat - ausgewiesen wurden in dieser Zeit mehrere, besonders deutlich wird der Erfolg in der Gegenüberstellung mit den Vorjahresverlusten: 932 Mill. DM gingen 1982 allein im laufenden Geschäft verloren. Sie entsprechen in etwa den 37 Mill. DM Gewinn im neuen Abschluß, weil 200 (1982: 943) Mill. DM Sanierungsaufwand in der Erfolgsrechnung 1983 direkt durch außerordentliche Erträge (150 Mill. DM aus der erzwungenen Abgabe der AEG-Telefunken Nachrichtentechnik, der Rest aus dem Verkauf der Küchentechnik Alno und einiger Grundstük-

ke) kompensiert wurden. Etwa 80 bis 100 Mill. DM Zinsersparnis aus dem Vergleich wurden ebenfalls direkt gegen den Strukturwand aufgerechnet, so daß der Jahresüberschuß einem Betriebsergebnis entspricht.

Damit hat sich das laufende Ergebnis binnen eines Jahres um fast eine Mrd. DM verbessert. Beiträge dazu kamen aus allen Geschäftsbereichen, mit Ausnahme natürlich der im Frühjahr 1983 abgestoßenen Telefunken Rundfunk und Fernseh GmbH. Der Hausgerätebereich und die Büromaschinen- und Olympia schlossen zwar noch mit Verlusten ab, konnten diese aber deutlich reduzieren. Seit dem Herbst arbeitet die „Weiße Ware“ sogar wieder mit schwarzen Zahlen, die auch 1984 überleben sollen.

Das erste Quartal des neuen Jahres hat den Aufwärtstrend bestätigt. Zwar blieben Umsatz und Auftragseingang mit 2,46 (2,62) und 2,58 Mrd. DM unter den Vorjahreswerten. Doch fiel das Ergebnis „deutlich besser“ aus als vor Jahresfrist, und so soll auch 1984 mit einem positiven Gesamtergebnis abgeschlossen werden.

Da das Großreinemachen in der Konzernstruktur weitgehend abgeschlossen oder wenigstens in der Kostenrechnung berücksichtigt ist, wird vorerst kein neuer Anpassungsau-

wand anfallen. Entlastung zeichnet sich auch bei den Auslandstöchtern ab, die 1983 noch zweistellige Millionenverluste eingefahren haben. Um sie zu bereinigen, wurden dreistellige Millionenbeträge ins Ausland transferiert, die den Jahresüberschuß des Inlandkonzerns auf 14 Mill. DM schmälerten.

Insgesamt beurteilt Dürr das Ergebnis 1983 mit „besser als erwartet“, zumal hinter der Verbesserung bei einem Weltumsatz von 11,5 (11,6) Mrd. DM keine Expansion steht. An einen vorzeitigen Abschluß des Vergleichs - der „fahrplanmäßig“ am 18. September mit der Zahlung von 300 Mill. DM Finanzverbindlichkeiten ansteht - sei aber nicht zu denken: „In einem Konzern wie dem unseren kann so viel passieren.“ Hauptziel neben der Ertragsverbesserung sei es nach wie vor, die Verschuldung weiter abzubauen. Schon 1983 wurden die Netto-Finanzschulden um 700 Mill. DM auf 1,7 Mrd. DM reduziert. Auch dieses Ziel hemmt Expansionsgelüste, die in der Vergangenheit einiges zur Malaise des Konzerns beigetragen hatten: „Wir machen nur solche Umsätze, die wir auch finanzieren können“, postuliert Dürr.

Auch die Aktionäre sollen wohl erst dann wieder „angezapft“ werden,

wenn die AEG ihnen etwas zu bieten hat: „Über Kapitalmaßnahmen wird man zu gegebener Zeit nachdenken“, meint Dürr und deutet an, daß diese Zeit wohl weder 1984 noch im folgenden Jahr gekommen sein wird. Dennoch wird der Vorstand erpicht sein, recht bald wieder „befriedigende Gewinne“ vorzuzeigen - schließlich gilt es, einen Verlustvortrag von runden drei Mrd. DM noch innerhalb der Fünfjahresfrist steuerlich zu nutzen.

Keine Pause gibt es bei den Investitionen. Nachdem schon 1983 mit 383 Mill. DM 19 Prozent mehr in Sachanlagen investiert wurden als im Vorjahr, soll das Volumen in diesem Jahr noch einmal um 13 Prozent auf rund 430 Mill. DM wachsen. Hauptziel ist immer noch die Produktivitätssteigerung, bei der der Konzern 1983 mit einer realen Wertschöpfung von 72 000 DM je Mitarbeiter ein Plus von sieben Prozent vorweisen konnte. Damit verbunden war freilich auch ein weiterer Belegschaftsabbau auf 76 600 (87 200) Mitarbeiter, zu dem allerdings auch das Ausscheiden von Telefunken (3800 Mitarbeiter) beigetragen hat. Nachdem Ende März ein weltweiter Personalstand von 75 100 Mitarbeitern erreicht war, ist nun laut Dürr kein „wesentlicher Abbau“ mehr nötig.

CENTRALE CREDIT

Vorrang für Risikovorsorge

HARALD POSNY, Düsseldorf
Bei der mit 32 Filialen und Zweigstellen bundesweit tätigen Bankhaus Centrale Credit AG (CC-Bank), Mönchengladbach, hat die Entwicklung der Kundenforderungen 1983 nicht ganz den Erwartungen entsprochen. Das ganz überwiegend auf das Ratenkreditgeschäft mit privaten Kunden ausgerichtete Institut steigerte die gesamten Kundeneinlagen nur um 1,5 Prozent auf 681 Mill. DM.

Das Ratenkreditgeschäft allein wuchs dem Volumen nach nur um 1,2 Prozent, während jedoch die Neuauflagen gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Prozent stiegen. Das war fast völlig auf die verstärkte Nachfrage im zweiten Halbjahr zurückzuführen. Die Bank betont in ihrem Geschäftsbericht dabei die erhöhten Anforderungen an die Bonität der gewährten Kredite. Die durchschnittliche Laufzeit des Neugeschäfts stieg auf 40 (38) Monate bei rund 7000 (6650) DM Kreditsumme.

Bei gleichzeitiger Reduzierung der Bankeneinlagen von 252 auf 136 Mill. DM wurde das Passivgeschäft so ausgebaut, daß der Deckungsgrad der Debitoren durch die um 12 Prozent auf 637 Mill. DM gestiegenen Kundeneinlagen zum Jahresende nahezu 100 Prozent betrug. Bei den Kundeneinlagen wurde übers Jahr eine Umstrukturierung durch Verringerung kurzfristiger Termineinlagen und entsprechender Zuwächse im längerfristigen Anlagebereich (Sparbriefe und eigene Schuldverschreibungen) und bei den auf 162 (139) Mill. DM gestiegenen Spareinlagen erzielt. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Banken schuf eine fristenkongruente Refinanzierung, mit der das künftige Zinsänderungsrisiko gemindert werden soll.

Bei leicht verbesserter Zinsspanne erhöhte sich der Zinsüberschuß auf 64 (61) Mill. DM. Das Betriebsergebnis verbesserte sich auf 16,5 (12,8) Mill. DM. Gleichwohl wird die Alleinaktionärin, die Bank of America, für 1983 keine Dividende erhalten, nachdem sie für 1982 (erstmalig seit 1979) 2 Mill. DM bekommen hatte. Das gesamte erwirtschaftete Ergebnis wird voll zur Aufstockung der Risikoreserven verwendet. Die Eigenmittel der Bank machen mit 40 (40) Mill. DM 4,5 Prozent des Kreditsvolumens entfallen auf Länderrisiken, wovon aber nur ein Viertel in der oberen Risikoklasse anzusiedeln seien.

BANKHAUS AUFHÄUSER / Mit einem blauen Auge aus der SMH-Pleite

Erwartungen wurden übertroffen

DANKWARD SEITZ, München
Obwohl das erste Quartal 1984 „noch sehr gut“ verlief, geht Rudolf Bayer, einer der vier Geschäftsinhaber des Münchner Bankhauses H. Aufhäuser, nicht davon aus, daß das erreichte Ertragsniveau bis zum Jahresende gehalten werden kann. Schon in den letzten Wochen seien im Kreditgeschäft die Zinsmargen geringer geworden; und dieser sich abzeichnende Trend werde trotz aller Bemühungen in den anderen Geschäftsbereichen nicht voll ausgeglichen werden können. Gute Wachstumschancen sieht er dabei vor allem in der in- und ausländischen Immobilienvermittlung (insbesondere Nordamerika), im Leasinggeschäft, in der Vermögensverwaltung und der Numismatik.

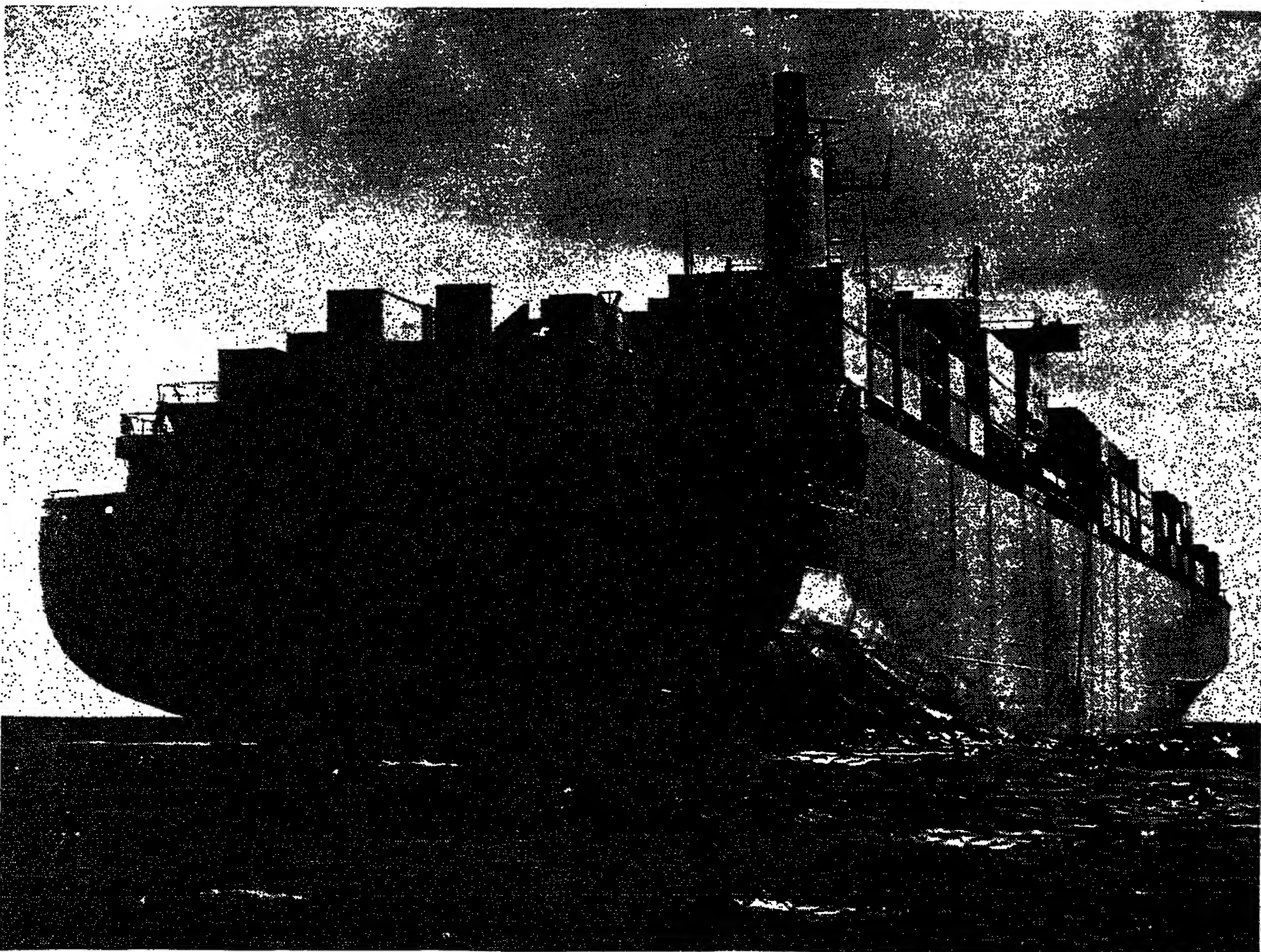
Ähnlich vorsichtig hatte sich Bayer schon zu Beginn des Geschäftsjahres 1983 geäußert, von dem er jetzt sagen muß, daß es „nach dem schon guten Jahr 1982 alle Erwartungen übertroffen“ hat. Traditionell veröffentlicht die Privatbank keine Ertragszahlen, doch deutete Bayer an, daß das Betriebsergebnis „noch einmal wesentlich höher“ ausgefallen ist, und der Gewinn um etwa 10 Prozent verbessert werden konnte. Trotz einer auf 2,54 (2,6) Prozent ermäßigten Zinsmarge sei der Zinsüberschuß „deutlich“ und der Provisionsüberschuß wegen eines nahezu verdoppelten Ertrags im Wertpapierhandel insgesamt „erneut um 16,3 Prozent“ gestiegen.

Höchststände erreichte das Bankhaus sowohl bei der Bilanzsumme mit 1,15 Mrd. DM (plus 7,8 Prozent) und beim Geschäftsvolumen mit 1,4 Mrd. DM (plus 5,6 Prozent). Im Jahresdurchschnitt, so Bayer, seien es sogar 10,4 und 8,3 Prozent gewesen.

Die Steigerung der Bilanzsumme beruht vor allem auf der Zunahme der Kundeneinlagen um 18 Prozent auf 258 Mill. DM. Insgesamt erhöhten sich die Kundeneinlagen um 5,2 Prozent auf 646 Mill. DM und von Bankkunden um 4,3 Prozent auf 353 Mill. DM.

Nennenswerte Ausfälle im Kreditgeschäft, dessen Volumen um 6,2 Prozent auf 870,3 Mill. DM zunahm, darunter 385,3 Mill. DM (plus 0,9 Prozent) an Kunden, hatte die Bank nach Angaben von Bayer nicht zu verzeichnen. Mit einem „blauen Auge“ (etwa 1 Mill. DM) sei man aus der SMH-Pleite herausgekommen. Für alle erkennbaren Risiken habe man wiederum, in erheblichem Umfang, Vorsorge treffen können. Rund 5 Prozent des Kreditsvolumens entfallen auf Länderrisiken, wovon aber nur ein Viertel in der oberen Risikoklasse anzusiedeln seien.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt. Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz®



Wer heute seinen Vorsprung im Markt sichern will, muß nicht nur den Markt genau kennen, sondern auch innovativ handeln. Und das bedeutet Planung und Investitionen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die mietfinanz hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.


mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserer Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755



TIEFKÜHLWIRTSCHAFT

Am Anfang stand der Karpfen-Versuch. Ein noch lebender Karpfen wurde in ein minus 20 Grad Celsius heruntergekühlt. So lebte er innerhalb weniger Minuten wieder. Nach kurzer Zeit schwamm er munter weiter. Für die Anhänger der Tiefkühlkost wurde damit - der Versuch stammte aus der Zeit um 1915 - der Vorteil des Tiefgefrierens demonstriert, nämlich die Erhaltung der Frische.

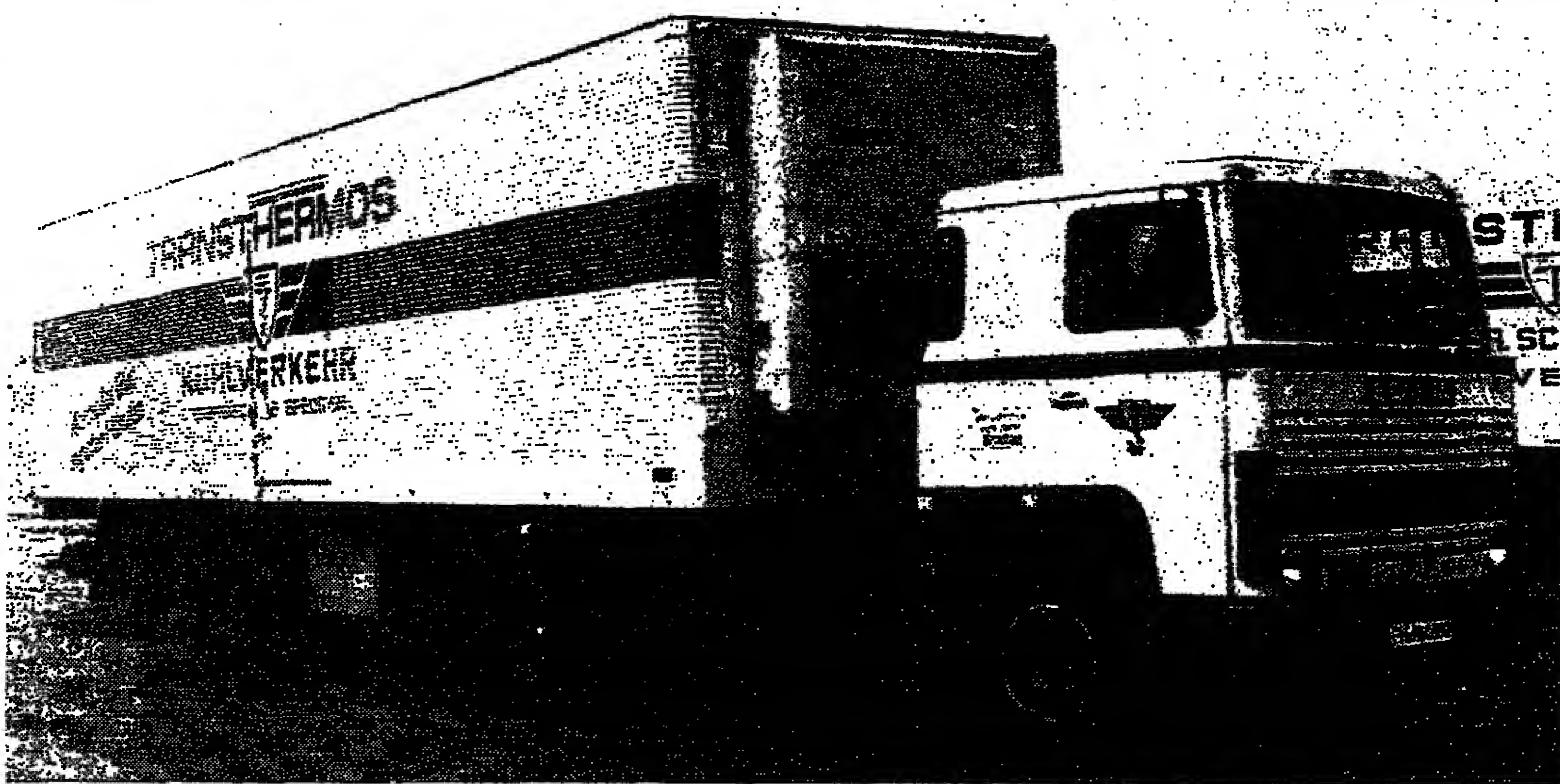
Und darauf kam es nicht nur damals an. Mit Fisch fing es in Dänemark an, weil nach Möglichkeiten gesucht wurde, die langfrische Ware nicht nur im Hafen zu vermarkten, sondern auch in küsternen Städten. Wenn Fisch so konserviert werden kann, daß er nach längerer Zeit als „frisch“ angesehen wird, dann ist dieses wohl erst recht für Produkte, die nicht so empfindlich sind.

Mit dem Attribut Frische schlägt sich heute immer noch jeder herum, der mit Tiefkühlkost etwas zu tun hat. Die Wissenschaft wird bemüht nachzuweisen, daß der Nährstoffabbau bei „frischer“ Ware erheblich

weiter vorangeschritten sein kann als bei Tiefkost, wenn zwischen Ernte und Konsum genügend Zeit vergangen ist.

Vitamin C soll in bei minus 18 Grad Celsius tiefgefrorenen Brechbohnen nach neun Monaten noch zu 80 Prozent erhalten sein. Bei frischen Buschbohnen wird der Anteil nach zwei Tagen nur noch mit 60 Prozent angegeben. Wenn also tatsächlich gewährleistet ist, daß die Ware, die als Tiefkühlkost auf den Markt kommt, auch sofort nach der Ernte eingefroren wird, dann sticht der Vergleich. Doch gerade im Hinblick auf das Attribut Frische ist die Skepsis noch weit verbreitet.

Andere Eigenschaften sind dagegen unumstritten. Die Tiefkühlware ist saisonunabhängig, sie läßt sich leicht lagern. Die Vorbereitungszeit wird kürzer. Es gibt - außer der Verpackung - keinen Abfall mehr. Damit hat Tiefkühlkost ihre Chance. Und sie wurde auch genutzt. Kommt die Wirtschaft auf Touren, dürfte auch der Absatz von Tiefkühlkost wieder das alte Wachstumstempo erreichen. Vorteile zählen nämlich dann noch mehr.



Ein Kühltransporter. In solchen Fahrzeugen werden mit minus 18 Grad tiefgefrorene Lebensmittel befördert.

FOTO: DIE WELT

„Frigocard“ soll schnellere Fracht möglich machen

Die Ereignisse an der Brenner-Grenze vor wenigen Monaten haben es mehr als deutlich gezeigt: Auch innerhalb der EG verstärken sich die Hindernisse für den Transitverkehr. Dies hat auch und vor allem fatale Folgen für den temperaturgeführten Straßentransport. Diese von den technologisch-hygienischen Bedingungen her aufwendigste Transportart bietet der Gesellschaft lebenswichtige Dienstleistungen, die von keinem anderen Träger ausreichend ersetzt werden können.

Aus diesem Grund hat die „Transfrigoroute International“, die 1955 gegründete Vereinigung der Kühltransportunternehmer, in der 28 Länder vertreten sind, auf ihrem letzten Kongreß in Venedig Ende April dieses Jahres erneut darauf gedrungen, die Beförderung leicht verderblicher Güter zu beschleunigen - und zwar mit Hilfe eines besonderen Dokuments, der sogenannten „Frigocard“. Auch die Internationale Straßentransport Union (IRU) unterstützt diesen Vorstoß der Transfrigoroute International.

Die Situation heute: Kühlgut muß für die Lebensmittelmärkte frisch und schnell ohne die geringste Unterbrechung der Kühlkette ankommen. An den Grenzen jedoch führen Veterinär- und Zollbehörden zeitraubende Sonderkontrollen durch, die die Veterinärkontrollen auf wenige Stunden begrenzt ist. Zudem erfolgen die entsprechenden Kontrollen nur formell durch Abstempelung ohne Beschau gegen hohe Gebühren. Tankkontrollbescheinigungen für die regelmäßige Reinigung der Kühlfahrzeuge erfüllen ebenfalls nicht ihren Zweck.

Die Einführung einer „Frigocard“ würde also einen bedeutenden Fortschritt im Kühltransportwesen bedeuten. Hans-Joachim Hoffmann, Geschäftsführer von Transfrigoroute Deutschland: „Mit Hilfe der Frigocard soll eine zügige Haus-Haus-Beförderung gesichert werden. Verderbliche Güter gehören vom Erzeuger zum Verbraucher nur auf die schnellsten und qualitativ besten Transportmittel.“ Zu ihnen gehört auch der geschulte Fahrer. Speziell für ihn wurde eine „Fahrerfibel“ aufgelegt, als eine erste Hilfe in der oft komplizierten Abwicklung des Transports und der Überwindung bürokratischer Hürden.

R. ZEWEILL

NOTIZEN

Spezialmarkt mit Zukunft

Eureka (Emsdetten), einer der führenden Einrichter von Tiefkühlmärkten in Europa sieht „gute Chancen“ für weitere Spezialmärkte für Tiefkühlkost in der Bundesrepublik. Die Tima Tiefkühlmarkt GmbH (Frankfurt), die im Herbst vergangenen Jahres in Egelsbach ein Pilotprojekt dieser Art gestartet hatte, ist jetzt bereits mit einem zweiten Nur-Tiefkühl-Markt im Frankfurter Hessen-Center vertreten.

Kräftig mitmischen

Aus dem Erfolg der bisher in der Bundesrepublik tätigen Tiefkühl-Heimdienste mit einem geschätzten Umsatz von 800 Millionen Mark (für 1983) hat nun auch der Branchenriesen im Tiefkühl-Bereich, die Unilever-Tochter Langnese-Iglo (Hamburg) die Konsequenz gezogen. Mit seiner neuen Tochterfirma „FF Frei-Haus Tiefkühl-Service GmbH & Co KG“ will der Marktführer in Kooperation mit dem Einzelhandel bereits in diesem Halbjahr, zumindest regional, kräftig mitmischen.

KÄLTETECHNIK / Am Beispiel Supermarkt

Die Energiekosten stark nach unten gedrückt

Die Tiefkühlung (das „Einfrieren“) von Lebensmitteln verlängert wesentlich deren Haltbarkeit bei nahezu unveränderter Qualität, aber nur, wenn eine geschlossene Tiefkühlkette von der Herstellung bis zum Verbrauch garantiert ist. Am Beispiel eines Supermarktes und seinen Tiefkühlleistungen soll die Bedeutung der Kältetechnik dargestellt werden.

Tiefkühlprodukte entstehen dadurch, daß frische Lebensmittel schockartig oder - je nach Warenart - auch allmählich Umgebungstemperaturen von bis zu minus 45° C für eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden. Über Tiefkühlräume und Tiefkühlfahrzeuge gelangen die Erzeugnisse sodann in Einzelhandelsmärkte und über diese in die Hand des Verbrauchers.

Um das Tiefkühlgeschäft betreiben zu können, benötigt der Supermarkt Tiefkühlleistungen, im wesentlichen Tiefkühlmöbel mit dazugehörigen Kälteanlagen. Ein Teil dieser Anlagen (Kältekompressor mit Verdichter) ist üblicherweise in einem separaten Raum aufgestellt. Durch diese Anlage zirkuliert ein Kältemittel, das im sogenannten „Verdampfer“ dem Warenraum des Möbels Wärme entzieht und damit die Ware kühlt.

Dieses Kältesystem, in dem der Zustand des Kältemittels abwechselnd gasförmig bzw. flüssig ist, muß absolut dicht sein. Bereits geringe Kältemittelverluste führen zu Leistungsminderungen, unzureichenden Temperaturen, höherem Energieaufwand. Größere Verluste können zur Minderung der Warenqualität und schließlich zum Ausfall der Anlage führen.

Der Betreiber hat dafür zu sorgen, daß das Möbel regelmäßig gepflegt und gesäubert wird, daß Waren nicht über angebrachte Markierungen hinausragen und daß Temperaturen regelmäßig überprüft werden. Heute werden vornehmlich folgende Tiefkühlmöbel eingesetzt:

- Tiefkühlinseln mit großen Auslagflächen, großem Nutzraum und Zugänglichkeit von allen Seiten.
- Frontverlastete Tiefkühlchränke, die eine attraktive und übersichtliche Warenpräsentation gewährleisten.
- Kombinationen aus Truhe und verglastem Schrank als Tiefkühlset, wobei im unteren Teil die gängigen Produkte, im oberen Schrankteil Tiefkühlspezialitäten wirkungsvoll angeboten werden können.

• Kleinere Tiefkühlinseln für spezielle Angebote, besonders Speiseeis, die häufig mit einer eingebauten Kältemaschine ausgerüstet sind.

Darüber hinaus muß häufig ein Tiefkühlraum oder eine Tiefkühlzelle aus vorgefertigten Elementen zur Verfügung stehen. Aneinander gereiht sind in der Bundesrepublik mehr als 340 km Tiefkühlmöbel aufgestellt. Die jährlich in Supermärkten installierten Tiefkühlmöbel mit getrennt aufgestellter Kälteanlage, ohne Berücksichtigung der Kältemöbel im Temperaturbereich über 0° C, benötigen elektrische Energie von jährlich ca. 120 000 MWh, was bei einem Preis von 200 DM/MWh Energiekosten von ca. 24 Mill. DM ausmacht.

Betriebswirtschaftlich gesehen sind Produkte solcher Hersteller im Vorteil, die geringen Kältebedarf durch optimale Abstimmung der Einzelfaktoren wie z. B. Isolierung, Luftführung, Luftgeschwindigkeiten haben. Lieferanten müssen optimale Lösungen für den Discountmarkt mit nur einem Tiefkühlmöbel und einer Kältemaschine, aber auch für den großen Verbrauchermarkt mit großem Angebot an Tiefkühlkost, zahlreichen Tiefkühlmöbeln und im Verbund arbeitenden Kälteerzeugungsanlagen anbieten können.

Bezogen auf die bereits erwähnten Energiekosten von ca. 24 Mill. DM bedeutet eine Reduzierung des Energieverbrauchs von 20 Prozent Kostenersparungen von jährlich etwa 4,8 Mill. DM, die durch zusätzliche energiesparende Maßnahmen bei Tiefkühlmöbeln realisiert werden können.

Durch geeignete Abdeckungen, die automatisch arbeiten, und durch darauf abgestimmte Regelsysteme lassen sich etwa bei Tiefkühlinseln Energiekostenersparungen von 25 Prozent erreichen. Abtauvorgänge und die Beheizung der Scheiben sowie Rahmen von Tiefkühlmöbeln zur Verhinderung von Kondensatbildung werden nur dann eingeleitet, wenn die Temperatur und die relative Luftfeuchtigkeit im Supermarkt dies erforderlich machen. Investitionen dafür amortisieren sich aber schon unter zwei Jahren.

Beim Einkauf von Tiefkühlkost erwartet der Verbraucher einwandfreie Qualität. Die Kältetechnik liefert dazu den wohl wichtigsten Beitrag.

BERNDT KRIEWALD

TIEFKÜHLMARKT / Rezession besser überstanden als andere Lebensmittelbereiche

Kalte Ware wieder heiß verkauft

Von H.-J. MAHNKE

Für den, der ein Bonmot liebt: Tiefkühlkost ist ein heißer Markt. Zwar ging mit der wirtschaftlichen Taifahrt auch die Zeit der zweistelligen Zuwachsraten zu Ende. Aber selbst die Rezession haben die Hersteller tiefgefrorener Lebensmittel besser überstanden und gemeistert als die anderen Bereiche. Früher als bei anderen Produkten setzte hier im vergangenen Jahr bereits wieder der Umschwung ein.

Die Folge: Übers Jahr gerechnet kletterte der Absatz von Tiefkühlkost mengenmäßig um fünf Prozent. Im Jahr zuvor wurde „nur“ ein Plus von 2,1 Prozent registriert. Dieses war ein Jahr, in dem - zum Vergleich - die deutsche Ernährungsindustrie preisbereinigt einen Umsatzrückgang von 0,4 Prozent und der Lebensmittel-einzelhandel sogar einen von 2,5 Prozent verkraften mußte.

Mit 621 032 Tonnen übertraf der Absatz von Tiefkühlkost, und das ohne Geflügel und Speiseeis, erstmals 1983 die 600 000-Marke. 1982 wurden 591 621 Tonnen abgesetzt. Dazu kamen im vergangenen Jahr noch einmal 373 000 Tonnen gefrorenes oder tiefgefrorenes Geflügel. Dieses Produkt hat allerdings seinen Höhepunkt seit Jahren überschritten. Der Absatz war von 25 000 Tonnen 1980 auf 458 000 Tonnen 1972 nach oben geschwollen, seitdem ging es mit „kaltem“ Geflügel bergab.

Anders bei der Tiefkühlkost. Hier zeigt die Absatzkurve kontinuierlich nach oben. Angefangen hatte es mit geringen Mengen. 1960 wurden erst 22 100 Tonnen Tiefkühlkost verkauft. 1970 waren es schon mehr als 200 000 Tonnen. Die Schwelle von 300 000 Tonnen wurde 1975 deutlich überschritten. 1978 wurde der Sprung über die 400 000-Marke geschafft und nur zwei Jahre später der über 500 000 Tonnen.

Noch etwas: Erstmals wurden mit 10,1 Kilogramm im vergangenen Jahr mehr als 10 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik konsumiert; im Jahr zuvor waren es 9,6 Kilogramm. Wird auch Geflügel mitgezählt, dann brachten es die Deutschen vom Baby bis zum Greis sogar auf 16,2 Kilogramm Gefrorenes.

Trotzdem: Bei Tiefkühlkost rangiert die Bundesrepublik in Europa am unteren Ende der Verbrauchsskala. Eindeutig an der Spitze lagen

1982, nach Angaben des Deutschen Tiefkühlinstituts in Köln, die Schweden mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 20,2 Kilogramm, gefolgt von den Briten mit 17,4 und den Dänen mit 15,3 Kilogramm. Dahinter rangierten die Niederländer mit 13,5, die Norweger mit 11,1 und die Schweizer mit 10,6 Kilogramm pro Kopf. Die Franzosen konsumierten 1982 mit 9,9 Kilogramm im Durchschnitt erstmals mehr als die Deutschen mit ihren 9,6 Kilogramm. Dahinter lagen nur noch die Finnen mit 7,5 und die Italiener mit 3,4 Kilogramm, wobei jenseits der Alpen die Steigerungsrate in den letzten Jahren besonders hoch waren. Generell gilt für Europa: Der Absatz von Tiefkühlware steigt rascher als der der gesamten Ernährungswirtschaft.

Dieser Vergleich zeigt aber auch noch etwas anderes: Die Chancen für Tiefkühlkost auf dem deutschen Markt sind noch lange nicht ausgeschöpft, das Potential ist noch erheblich. Damit sind auch für die nächsten Jahre erhebliche Steigerungsrate programmiert.

Zu den für die Tiefkühlbranche erfreulichen Entwicklung trug im vergangenen Jahr vor allem der Verkauf im Lebensmitteleinzelhandel bei. Hier stieg der Absatz um 5,9 Prozent von 303 114 auf 321 009 Tonnen. Mit diesem Ergebnis lag Tiefkühlkost im vergangenen Jahr - nach einer etwas enttäuschenden Entwicklung, wie das Deutsche Tiefkühlinstitut meint, in 1982 mit einem Zuwachs von nur 0,9 Prozent - wieder bei den stärksten Wachstumsgruppen des Lebensmittelmarktes. Mit Tiefkühlkost wurde im Lebensmitteleinzelhandel ein Umsatz von 2,142 Milliarden Mark erreicht.

Gute Entwicklung in allen Bereichen

Für den Großverbraucherbereich wurde eine Mengensteigerung von vier Prozent errechnet. Dieses ist zwar weniger als im Lebensmitteleinzelhandel, aber dieser Bereich war mit einem Plus von 3,3 Prozent besser über das Rezessionsjahr 1982 gekommen. Dieser, von der Abnehmer- und Anwenderstruktur her stark unterschiedliche Markt, nahm 1983 insgesamt 300 022 (1982: 288 507) Tonnen

aus. Der Umsatzwert wird mit 1,539 Milliarden Mark angegeben.

Damit wurde über die beiden Absatzkanäle Lebensmitteleinzelhandel und Großverbraucher ein Gesamtumsatz von 3,681 Milliarden Mark mit Tiefkühlkost erzielt.

Die vergleichsweise gute Entwicklung tiefgefrorener Lebensmittel zieht sich durch alle Bereiche des Lebensmitteleinzelhandels. Selbst der Sortimentsbereich Gemüse wächst wieder. Er legte 1983 insgesamt um 3,8 Prozent zu. Bei Gemüse-Teilgerichten wurde sogar ein Plus von 9,5 Prozent registriert. An tiefgefrorenen Fischprodukten wurden nach Angaben des Tiefkühlinstituts 3,3 Prozent mehr verkauft. Hier lagen die Fischzubereitungen mit einer Absatzsteigerung von 6,2 Prozent gut im Trend.

Bei den tiefgekühlten Kartoffelprodukten legten Pommes frites um 4,5 Prozent und Kartoffelspezialitäten um 17 Prozent zu. Auch tiefgefrorene Backwaren von ganzen Torten bis zum Kleingebäck brachten es auf einen Zuwachs von acht Prozent. Ein noch besseres Ergebnis erzielte das Angebot der Fertig- und Teilgerichte (wobei jene auf Basis von Gemüse und Fisch nicht mitgezählt wurden) mit einem Mengenzuwachs von 10,8 Prozent. Dabei lagen Pizzen mit einem Plus von 13,5 Prozent und die Eintöpfe mit 18,6 Prozent eindeutig an der Spitze.

Bei allem muß berücksichtigt werden, daß sich die Verbraucher sowohl im Standardbereich als auch im höherwertigen Convenience-Bereich äußerst preisbewußt verhalten. Daher ist der Unterschied zwischen Mengen- und Wertwachstum nach Angaben des Tiefkühlinstituts äußerst gering. Das mengenmäßige Wachstum wird vor allem im hochwertigen Bereich, aber auch bei neuen Produkten aus dem Markenartikelbereich erzielt. Dagegen hat im Standardbereich eine Umverteilung aus dem Markenartikelssektor zugunsten von Handelsmarken oder markenlosen Produkten stattgefunden.

Auch im Großverbraucherbereich wächst die Tiefkühlkost in einem Markt, der insgesamt nicht mehr zu legt. Auch hier müssen andere Angebote zurückgedrängt werden. Die Zunahme des Absatzes von Tiefkühlkost muß zudem vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der Verzehr außer Haus in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Erfreulich war die Absatzentwicklung im vergangenen Jahr bei den kombinierten Gerichten (Fertigmenüs) mit plus 9,5 Prozent. Diese Produktgruppe findet vor allem bei der Betriebsverpflegung in kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch im Sozialbereich im System „Essen auf Rädern“ zunehmend Zuspice. Die Gastronomie greift verstärkt auf tiefgefrorene Rohprodukte im Kartoffelbereich, aber auch auf Menükomponenten als Fertig- und Teilgerichte und Backwaren zurück.

83 Prozent der Haushalte verwenden Tiefkühlkost

Im großen und ganzen haben diese Argumente für die Tiefkühlkost auch ihren Wert für die privaten Haushalte. Dieses wird auch so gesehen, wie eine Umfrage des Emnid-Instituts zeigt. Danach verwenden 83 Prozent aller Haushalte tiefgefrorene Lebensmittel. 61 Prozent werden als Intensiv-Verwender eingestuft. Sie kaufen mindestens einmal im Monat - bis hin zu häufiger als einmal die Woche - tiefgefrorene Lebensmittel. Besonders regelmäßig konsumiert die Altersgruppe zwischen 30 und 49 Jahren Tiefkühlkost. Und: Je größer der Haushalt ist, desto häufiger wird zur Tiefkühlkost gegriffen.

Der Vorteil von Tiefkühlkost - Qualität bei guter Bevorratungsmöglichkeit - wird besonders von Verbrauchern in kleinen und mittleren Orten geschätzt, die nicht auf ein dichtes Netz von unterschiedlichen Einzelhandelsgeschäften zurückgreifen können. So gelten 70 Prozent der Verbraucher in Orten bis zu 5000 Einwohnern als Tiefkühlkost-Intensiv-Verwender. Dieser Anteil nimmt in Städten mit 500 000 Einwohnern und mehr auf knapp 50 Prozent ab.

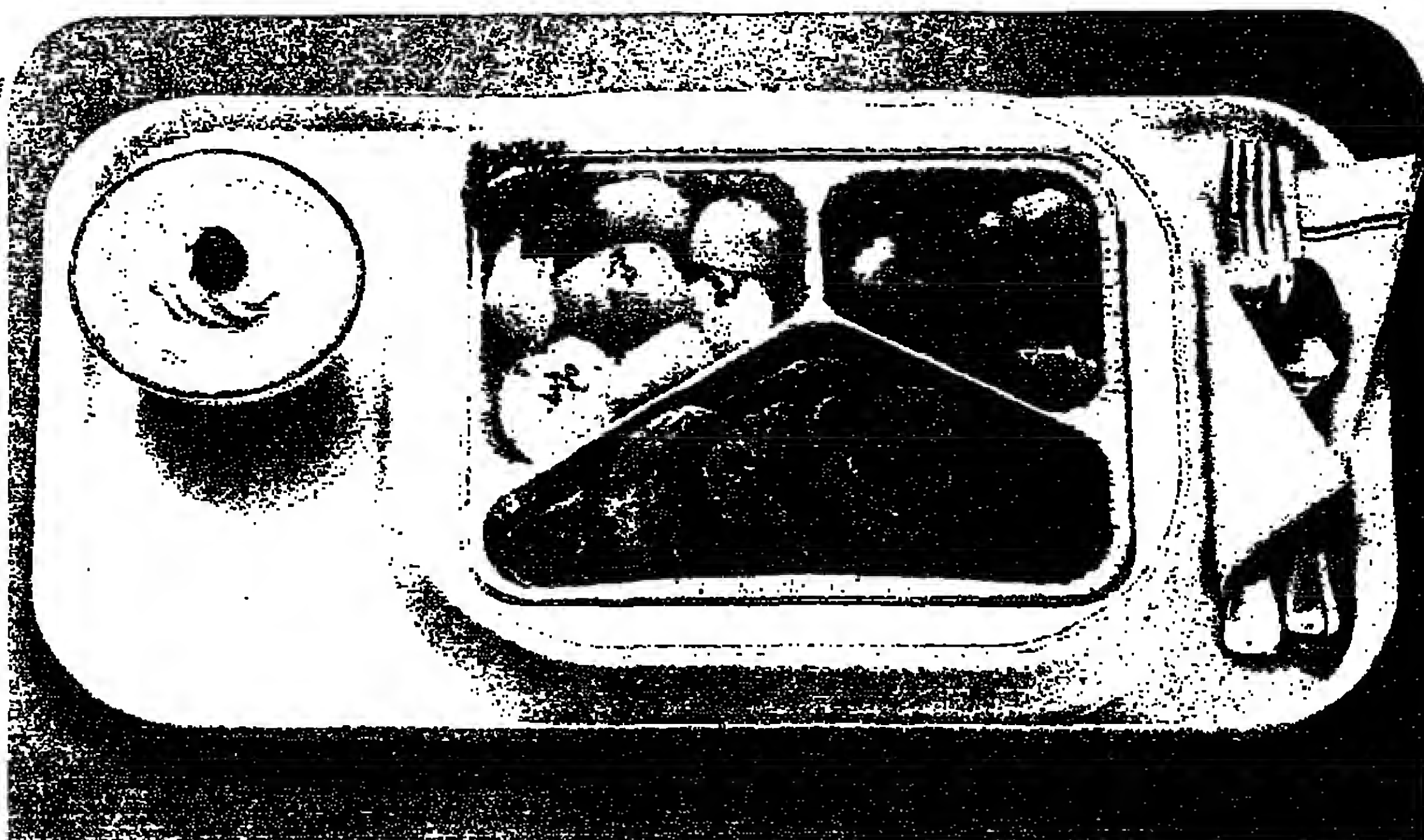
Jedenfalls muß sich heute niemand mehr wundern, wenn ihm Wild im Mai oder Rosenkohl im August präsentiert wird. Die Vielfalt im Tiefkühlangebot ist erheblich. Sicher, es gibt außerhalb der Saison auch frisches Obst und Gemüse aus anderen Ecken der Welt. Billig ist dies nicht. Zwar kann Tiefkühlkost nicht mit dem Attribut der Frische werben. Aber dafür wird der „Schutz der Inhaltsstoffe“ herausgestrichen. Und darauf kommt es letztlich an.

apetito-Menü à la carte am Arbeitsplatz, bis zu 30% geringere Kosten und mehr Abwechslung gegenüber der konventionellen Küche...

Mit dem appetito-Menü à la carte bieten Sie Ihren Essensteilnehmern eine Menüauswahl wie in einem guten Restaurant:

- vom deftigen Eintopf bis zur internationalen Spezialität
- „Leicht-Lecker“-Gerichte für Kalorienbewußte
- „Kräftig-Deftig“-Gerichte für den großen Appetit
- „Feinschmecker-Menüs“, mit denen sich auch Firmengäste gern verwöhnen lassen.

Auf einfache Weise und ohne großen Aufwand sind die tiefkühl-frischen Menüs aufbereitet und jederzeit appetitlich-frisch serviert.



... testen Sie einmal unverbindlich auf unsere Kosten in Ihrer Firma ...

... wieviel Vorteile Ihnen und den Essensteilnehmern das appetito-Menü à la carte bringt durch erheblich geringere Kosten und mehr schmackhafte Abwechslung bei individueller Menüauswahl.

Coupon:

- ☐ Wir bitten um ausführliche Informationen über das „apetito-Menü à la carte“ und „Menü-Tablet“
- ☐ Wir interessieren uns für einen unverbindlichen Test in unserer Firma.

Anschrift:

Zahl der Beschäftigten:

apetito
Karl Düsterberg KG
Sandkampstr. 142-148
4440 Rheine
Ruf 05971 - 7991



KÜHLHÄUSER / Kein besonderer Gewinn durch Interventionsware

Dienstleistungen nehmen zu

Die 106 gewerblichen Kühlhäuser in der Bundesrepublik verfügen über eine Kapazität von 3,647 Millionen Kubikmetern Kälteleistung. Dieses waren im Jahr 1983 rund doppelt so viel wie vor zehn Jahren.

Durchschnittlich waren die Kühlhäuser im vergangenen Jahr zu mehr als 80 Prozent belegt, 1983 waren es 68 Prozent. Der monatliche Lagerbestand kletterte 1983 im Schnitt von 414 111 auf 522 776 Tonnen, was immerhin eine Zunahme von 26 Prozent bedeutete. Zuwächse wurden dabei vor allem bei Butter und Fleisch registriert, während es bei den Vorprodukten Rückgänge gab.

Hier wird ein Problem dieser Branche sichtbar. Nicht nur in der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, die Kühlhäuser seien profitabel, sondern auch in der EG-Agrarpolitik, die in wichtigen Teilen zu unvernünftigen Überschüssen geführt hat, die dann eingelagert werden müssen. Die Kühlhäuserwirtschaft stellt ihre Dienstleistungen auch für die Lagerung von EWG-Interventionsbeständen zur Verfügung, sie drängt von sich aus aber nicht auf mehr Interventionsfähigkeit, betont Andreas Saft, der Geschäftsführer des Fachverbands der Kühlhäuser und Eisfabriken in Bonn auf Anfrage.

Kühlhäuser-Unternehmen, die zu stark auf die Agrar-Überschüsse bauen, setzen sich erheblichen Problemen aus. Im längerfristigen Durchschnitt haben die Mengen an Butter oder Fleisch, die eingelagert werden mussten, zwar kräftig zugenommen. Kurzfristig gab es aber auch Veränderungen nach unten, schwankte die Ernte oder konnte sich die EG aufgrund gestiegener Weltmarktpreise einen höheren Export leisten.

Ein Beispiel dafür ist Butter: In der Bundesrepublik wurden 1980 von staatlichen Stellen rund 100 000 Tonnen Butter aufgekauft. 1981 sackte diese Menge fast auf Null. Inzwischen sind es wieder 200 000 Tonnen im Jahr. Und sollte der neue Kurs in der EG-Milchpolitik mit der Beschränkung der Garantiemenge für die Milchlieferung und die Preissenkungen bei Butter tatsächlich das er-

hoffte Ergebnis bringen, dann wird in der EG zwar immer noch mehr Butter erzeugt, als verbraucht wird. Aber die Mengen, die eingelagert werden müssen, könnten sinken. Daher bemüht sich der größte Teil der Kühlhäuser darum, nicht zu sehr von Interventionsware abhängig zu werden.

Immerhin sind die Märkte der gefrorenen und tiefgefrorenen Produkte in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen. Damit hat auch die Bedeutung der Lagerhaltung zum Ausgleich saisonaler und struktureller Schwankungen zugenommen. Denn die Kühlhäuserwirtschaft ist nun einmal ein Bindeglied zwischen Produzenten, Importeuren, Händlern und Verbrauchern. Eine geregelte Versorgung mit schnellverderblichen Nahrungsmitteln wäre ohne eine leistungsfähige und flächendeckende Kühlhäuserwirtschaft nicht denkbar. Diese ist in der Bundesrepublik vorhanden.

Allerdings können sich die Kühlhäuser nicht auf die reine Lagerhaltung beschränken, sondern sie müssen sich auf die Kundenwünsche einstellen. Dazu haben sie in den letzten Jahren eine Reihe spezieller Dienstleistungen entwickelt. So können Kunden, die die Verteilung der Ware in die eigene Hand genommen haben, gewisse Arbeiten in den Kühlhäusern durchführen. Ihnen werden geeignete Räume zur Verfügung gestellt. Sie können sich dabei auch des Personals der Kühlhäuser bedienen oder die Laderampen nutzen. Oder die Kühlhäuser übernehmen die Ware des Kunden zur Lagerung, führen die Auslieferungen aus, stellen die Kommissionen zusammen und sorgen für den Transport. Darüber hinaus übernehmen die gewerblichen Kühlhäuser als Serviceleistung die Zollerklärung und Zollabfertigung.

Bei der Zusammensetzung des Lagerbestandes in den deutschen Kühlhäusern spielte Butter im vergangenen Jahr eine dominierende Rolle. Im Jahresdurchschnitt entfielen rund 30 Prozent der eingelagerten Mengen auf dieses Produkt, im Jahr zuvor waren es 14,1 Prozent. Die Produktgruppe Tiefkühlkost hatte im selben Zeitraum einen Anteil von 18,5 Pro-

zent an der gesamten Menge, die in deutschen Kühlhäusern lagerte. Im Jahr zuvor waren es noch 23,7 Prozent. Die monatliche Lagermenge belief sich im Schnitt auf 95 788 Tonnen. Dieses bedeutete nach wie vor Platz zwei in der Lagerstatistik, obwohl es 1982 noch 97 635 Tonnen waren.

Die durchschnittliche Lagerhaltung ist damit in den vergangenen zehn Jahren um rund 50 Prozent gestiegen. Die Lagerhaltung ist eine wesentliche Voraussetzung für die kontinuierliche Versorgung der Haushalte und der Großverbraucher.

Auf Fleisch und Innereien entfielen im vergangenen Jahr 17,8 Prozent der eingelagerten Mengen gegenüber 16,7 Prozent 1982. Auch hier lag der Hauptgrund darin, daß der Verbrauch mit der Produktion nicht Schritt hielt. So erhöhte sich die Erzeugung von Rindfleisch um 1,3 Prozent, während der Verbrauch in der Bundesrepublik um 1,6 Prozent sank. Die Interventionskäufe nahmen in der Bundesrepublik erstmals seit 1979 wieder zu. Verglichen mit 1982 stiegen die angekauften Mengen um gut 30 Prozent auf 71 500 Tonnen. Die deutschen Bestände wurden zum Jahresende 1983 mit 47 100 (20 300) Tonnen angegeben. Auftrieb hielt im vergangenen Jahr auch die Lagerhaltung von Schweinefleisch.

Der Anteil von Geflügel und Wild lag 1983 bei 5,1 (1982: 6,4) Prozent. Die Lagerung im Monatsdurchschnitt nahm leicht auf 28 380 Tonnen ab. Dieses lag vor allem daran, daß die Erzeugung von Geflügel zurückgenommen wurde und auch der Import sank. Auf Eiskrem entfiel im Jahresdurchschnitt noch 6,1 (7,6) Prozent der Gesamtlagerung. Die Produktion von industriell hergestelltem Eiskrem ist leicht gesunken.

Eine erhebliche Bedeutung haben nach wie vor die Vorprodukte Obst und Gemüse sowie Fisch, die zum Teil für die Weiterverarbeitung bestimmt sind. Auch hier wurden wegen der schlechteren Ernte oder geringeren Anlandungen leichte Rückgänge in der Lagerhaltung registriert.

H.-J. MAHNKE

GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG / Zuwachsraten bei Kantinen und „Essen auf Rädern“

So schmackhaft wie vom eigenen Herd

Kantine – nein danke. Das ist die Meinung so mancher Zeitgenossen. Also gehen sie mittags lieber in ein Hamburger-Lokal oder stellen sich gar an der Fritzenbude an. Doch Kantine essen muß durchaus nicht so sein, daß man es meidet. Den Beweis dafür liefern seit Jahren einige tausend Betriebe, deren Kantinen den Mitarbeitern komplette und abwechslungsreiche Menüs von gleichbleibender Qualität aus der Tiefkühltruhe anbieten.

Tiefkühlkost in der Betriebsverpflegung ist nämlich auf längere Sicht gesehen für viele Betriebe kostengünstiger als andere Verpflegungsformen, da sie variabel und daher für verschiedenste Betriebsgrößen und ihre Ansprüche geeignet ist:

● Kantinen und Mensen mit über 500 Essen pro Tag betreiben meist konventionelle Küchen mit eigener Zubereitung und lediglich gefrorenem Rohwareangebot.

● Tiefkühl-Mischküchen greifen bei Fleisch, Fisch, Gemüsegerichten, Eintöpfen und Schonkostmenüs auf das Tiefkühlangebot zurück, während sie Reis, Nudeln, Kartoffeln und Salate selbst zubereiten.

● Tiefkühl-Aufbereitungsküchen sind die Lösung für mittlere bis kleinere Kantinen. Betriebswirtschaftliche Analysen (UG Unternehmensberatung für Großverpfleger und Gastgewerbe GmbH, Düsseldorf 1983) haben nämlich gezeigt, daß Betriebe mit bis zu 300 Mahlzeiten pro Tag (das entspricht einer Betriebsgröße von 800 bis 1000 Beschäftigten) eine konventionelle Küche kaum mehr rational führen können. Personal- und Kapitalkosten wären zu hoch. Spezialisten auf diesem Feld der Tiefkühlverpflegung haben für diese Betriebsgrößen Programme entwickelt, die nicht nur dem sich wandelnden Geschmack bei der Normalkost Rechnung tragen, sondern auch Basisdiät und Diabeteskost anbieten.

Das Sortiment der einzelnen Anbieter umfaßt bis zu 300 verschiedene Menüs: Es gibt Snacks, Hausmannskost, Gerichte der „gutbürgerlichen“ und der „feinen“ Küche sowie exotische Kreationen. Aktionswochen mit saisonalen Schwerpunkten berei-

chern das Gesamtangebot. Als besonders attraktiv hat sich das sogenannte „A-la-carte-System“ einiger Hersteller erwiesen. Das funktioniert so: Die Mitarbeiter eines Betriebes können täglich unter 20 verschiedenen Gerichten wählen, deren Aufstellung mit Menüwahl-Karte auf einem Brett aushängt. Mit einer dieser Karten, die sie abgeben, können sie gleichzeitig die Essenszeit bestimmen. Eine halbe Stunde vorher wird dann in der Küche das bestellte Gericht erwärmt („regeneriert“) und ausgegeben oder serviert. Ein Auszug aus dem Tagesangebot eines führenden Herstellers läßt die Bandbreite in der Menüwahl erkennen: Beef Stroganoff, Putenbrust, Rinderroulade, Scholle, Eintopf, gefüllte Eierpfannkuchen, Bami Getreide, Milchreis. Eine konventionelle Kantine-Küche wäre hier wohl überfordert.

Bei Planung, Anlagenbeschaffung, Organisation und Einführung eines solchen Systems stehen die Hersteller den Betrieben beratend und helfend zur Seite. Investitionsaufwand für den Betrieb: Tiefkühlkammer und

ein oder mehrere Aufwärmgeräte. Die Amortisation der Kosten ist oft schon nach einem Jahr erreicht, denn der personelle Aufwand für dieses System ist denkbar gering. Man geht von drei Personen für die Ausgabe von 300 Essen aus.

Hinter diesem System, das sich einfach anhört, steckt die langjährige Erfahrung der Hersteller in der Verarbeitung der Rohstoffe zu Tiefkühl-Fertigmenüs. Die Frische der Rohware ist oberstes Gebot. Unmittelbar nach der Ernte oder Herstellung geht sie in die Verarbeitung, wo sie vorbereitet und nach einem komplizierten Verfahren (Convenience) je nach Konsistenz mehr oder weniger vorgegart wird.

Betriebsverpflegung in Kantinen ist nur ein Standbein der Gemeinschaftsverpflegung. Die anderen sind Krankenhaus, Heim, Schule, Kindertagesstätte, „Essen auf Rädern“ und die Gastronomie. Eine kleine Schar von Spezialherstellern teilen sich den Markt für Tiefkühlgemeinschaftsverpflegung auf: „Hansa“ in Hiltorf am Teutoburger Wald, „Apetito“ in Rhe-

ne, beide mit einem geschätzten Umsatz zwischen 80 und 90 Mill. Mark, Hofmann in Schweigen (Baden) mit etwa 70 Mill. Mark (für Geschäftsjahr 1.5. bis 30.4. 1984) und Bressler in Lasbek bei Hamburg mit einem Umsatz von etwa 20 Mill. Mark.

Die Hersteller von Tiefkühl-Fertigmenüs sehen sich nicht nur der harten Konkurrenz der sogenannten „Warmanbieter“ – vor allem in der Betriebsverpflegung – sondern auch starken Veränderungen in der Struktur des Marktes gegenüber. Die Bedeutung der einzelnen Abnehmer-Zielgruppen verschiebt sich nämlich zunehmend. Starke Einbrüche mußten vor allem im Bereich der Kindertagesstätten hingenommen werden. Ausschlaggebend dafür ist der Rückgang der Geburtenraten. Probleme gab es für die meisten Hersteller im Absatzsektor Krankenhäuser und Heime. Hier nehmen die Anbieter vorerst eine „Warteposition“ (Apetito) ein.

Bei der Betriebsverpflegung werden in diesem Jahr bereits wieder „zweistellige Zuwachsraten“ (Apetito) erwartet. Es sei denn, der Gesetzgeber will doch noch den steuerfreien Zuschuß von 1,50 Mark zum Kantinenessen streichen. Am stärksten ausweiten dürfte sich der Bereich „Essen auf Rädern“. Denn wer die Alterspyramide in der Bundesrepublik betrachtet, wird erkennen: Hier wächst das größte Potential für Anbieter von tiefgekühlten Fertigmenüs heran, ob sie nun von den karitativen Organisationen als Wochenzusammenstellung in Schulen oder Zeitschriften den Senioren mit eigener Kühlbox in die Wohnung gebracht oder täglich an sie verteilt werden.

Als ein Feld mit Zuwachsraten könnte sich auch die Gastronomie entwickeln. Die Vorteile für sie: Personalintensive Reinigungs- und Portionierungsvorgänge werden vom Hersteller als Vorleistung erbracht. Abfall- und Schwundprobleme treten so gut wie nicht auf. Die Einkaufspreise sind längerfristig kalkulierbar. Die Produkte können saisonunabhängig geliefert werden und sind zudem noch lagerfähig. Damit kann das Mengengeschäft flexibler disponiert werden.



Kantine: Es muß nicht immer Eintopf sein

FOTO: DARCHINGER

Linde E3

Für die sichere Kälte von Tiefkühlkost und Eiskrem.

LINDE AG, VERBODENE KÖPFE UND ERNÄHRUNGSTECHNIK, 5000 KÖLN 50

Coupon

□ Senden Sie uns Informationen
□ Wir wünschen ein kostenloses unverbindliches Probeessen.

Name _____
Straße _____
PLZ _____ Ort _____

Wir haben mehr als **300** verschiedene Tiefkühlmenüs im Programm

Hofmann-Tiefkühlmenüs für mehr Qualität und Abwechslung in der Betriebsverpflegung

Verkaufsbüro Kalksburg
mit Auslieferungslager
Daimlerstraße
4052 Kalksburg 3
Telefon (0 21 62) 40 04-7
Telefax 517 191

Verkaufsbüro Walderode
mit Auslieferungslager
Am Bahnhof 113
30390 Walderode
Telefon (0 51 61) 80 75
Telefax 243 263 hofmann

Verkaufsbüro Reutlingen
mit Auslieferungslager
Schopenhauer Straße 44
7410 Reutlingen
Tel. (0 71 21) 32 96 73, 211 22
Telefax 729 789

Hofmann Menü GmbH
8973 Bobberg-Schweigen
Telefon (0 79 30) 381-1
Telefax 74 206 hofmann

Hofmann Menü

mit Herz und Liebe für Sie gekocht

Mein Chef ist einfach Klasse!

Er hat dafür gesorgt, daß wir endlich eine vernünftige Personalverpflegung mit HANSA-Tiefkühlmenüs in unserem Betrieb eingeführt haben.

Wir können jetzt bei uns mittags wie in einem tollen Restaurant essen. Bis 40 Minuten vor der Pause kann jeder aus über 150 leckeren Menüs sein Lieblingsgericht auswählen, z.B. deftige Hausmannskost, chinesisches oder italienische Spezialitäten, Menüs für den großen Hunger oder Snacks für den kleinen Appetit. Und das Essen selbst? Einfach Spitze!

Probieren Sie's doch einmal! Einfach bei HANSA anrufen und ein kostenloses Probeessen vereinbaren. Sie werden staunen, wie begeistert alle Mitarbeiter von diesen leckeren und preiswerten HANSA-Menüs à la carte sind!

Einladung zu einem kostenlosen Probeessen.

Ja, wir möchten die HANSA-Menüs à la carte kennenlernen. Wir haben eine/n noch keine Personalverpflegung in unserem Betrieb. Bitte vereinbaren Sie einen Termin für ein kostenloses Probeessen mit

Herrn/Frau _____
Telefon: _____
Firma: _____
Straße/Postfach: _____
PLZ/Ort: _____
Anzahl der Mitarbeiter: _____

Coupon ausschneiden und einsenden oder einfach anrufen bei:

hansa
TIEFKÜHMENÜ

HANSA-TIEFKÜHMENÜ GmbH & Co. Abt. W
4517 Hiltorf 1 · Postfach 1151 · Tel.: 054 24/361-373

Aktien teilweise erholt

Banken und Elektrowerte profitierten von Meinungskäufen

[illegible]

ändern. Auf der am Freitag ermittelten Basis gab es vorsichtige Meinungsbildung, die sich zeitweise auf den Banken- und Elektrobereich konzentrierte. Bei Siemens regte der erstausgewählte positive Bericht für die ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres an.

Alexander erhöhten
DM 283 DM
und zogen um 4 DM
DM
NSU sanken
DM
sich um 5 DM
gaben um

Erstmalig gehan-
Bezugsrecht der
12) zu eins zu 250
auf Parität
DM
den Stollwerk 470
Linde 384,20 DM
und Deutsche Conti
abstakerten
DM.

W konnte sich bis
10 DM erhöhen und
DM plus 1
DM
mit
hoher bewertet.

Auf der kürzesten standen Han-
DM minus 4
und Beiersdorf bei 341 DM minus
DM.
München: AD NSU zogen um
DM auf 283 DM. Diageo
verbessert sich um 2 DM auf
DM und Wydwyd verbessert
sich um 5,50 DM auf 188 DM.
DM.
DM. Leonische Draht geben um
DM auf 318 DM nach und Wanc
verminderten sich um 10 DM
auf 180 DM.

Berlin: Rheinmetall lagen um
DM. Berthold und Orenstein um
DM fester. Schering verbesserte
sich um 1,50 DM auf 180 DM
um 1,80 DM. Scheidemann wu-
ten um 5 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 152,9 (152,1)
WELT-Umsatzindex: 1764 (1524)

AEG	106-17.2-1.5	99	75112	101-15-1.5	1
Alfa Romeo	116-17.2-1.5	100	75113	101-15-1.5	1
Avon	116-17.2-1.5	101	75114	101-15-1.5	1
Avon	116-17.2-1.5	102	75115	101-15-1.5	1
Avon	116-17.2-1.5	103	75116	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	104	75117	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	105	75118	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	106	75119	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	107	75120	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	108	75121	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	109	75122	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	110	75123	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	111	75124	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	112	75125	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	113	75126	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	114	75127	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	115	75128	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	116	75129	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	117	75130	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	118	75131	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	119	75132	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	120	75133	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	121	75134	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	122	75135	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	123	75136	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	124	75137	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	125	75138	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	126	75139	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	127	75140	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	128	75141	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	129	75142	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	130	75143	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	131	75144	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	132	75145	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	133	75146	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	134	75147	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	135	75148	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	136	75149	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	137	75150	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	138	75151	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	139	75152	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	140	75153	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	141	75154	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	142	75155	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	143	75156	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	144	75157	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	145	75158	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	146	75159	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	147	75160	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	148	75161	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	149	75162	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	150	75163	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	151	75164	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	152	75165	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	153	75166	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	154	75167	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	155	75168	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	156	75169	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	157	75170	101-15-1.5	1
BMW	116-17.2-1.5	158	75171	101-15-1.5	1

[illegible][illegible]

	23.58	22.70	22.74
	37.37	33.31	33.54
	80.70	80.67	80.67
Frst.	34.40	32.79	32.68
	104.02	104.02	104.02
	155.02	155.04	155.04
	114.00	114.00	114.00
Sec.	22.05	20.81	20.81
Sec. 2	22.05	20.81	20.81
Sec. 3	22.05	20.81	20.81
Sec. 4	22.05	20.81	20.81
Sec. 5	22.05	20.81	20.81
Sec. 6	22.05	20.81	20.81
Sec. 7	22.05	20.81	20.81
Sec. 8	22.05	20.81	20.81
Sec. 9	22.05	20.81	20.81
Sec. 10	22.05	20.81	20.81
Sec. 11	22.05	20.81	20.81
Sec. 12	22.05	20.81	20.81
Sec. 13	22.05	20.81	20.81
Sec. 14	22.05	20.81	20.81
Sec. 15	22.05	20.81	20.81
Sec. 16	22.05	20.81	20.81
Sec. 17	22.05	20.81	20.81
Sec. 18	22.05	20.81	20.81
Sec. 19	22.05	20.81	20.81
Sec. 20	22.05	20.81	20.81
Sec. 21	22.05	20.81	20.81
Sec. 22	22.05	20.81	20.81
Sec. 23	22.05	20.81	20.81
Sec. 24	22.05	20.81	20.81
Sec. 25	22.05	20.81	20.81
Sec. 26	22.05	20.81	20.81
Sec. 27	22.05	20.81	20.81
Sec. 28	22.05	20.81	20.81
Sec. 29	22.05	20.81	20.81
Sec. 30	22.05	20.81	20.81
Sec. 31	22.05	20.81	20.81
Sec. 32	22.05	20.81	20.81
Sec. 33	22.05	20.81	20.81
Sec. 34	22.05	20.81	20.81
Sec. 35	22.05	20.81	20.81
Sec. 36	22.05	20.81	20.81
Sec. 37	22.05	20.81	20.81
Sec. 38	22.05	20.81	20.81
Sec. 39	22.05	20.81	20.81
Sec. 40	22.05	20.81	20.81
Sec. 41	22.05	20.81	20.81
Sec. 42	22.05	20.81	20.81
Sec. 43	22.05	20.81	20.81
Sec. 44	22.05	20.81	20.81
Sec. 45	22.05	20.81	20.81
Sec. 46	22.05	20.81	20.81
Sec. 47	22.05	20.81	20.81
Sec. 48	22.05	20.81	20.81
Sec. 49	22.05	20.81	20.81
Sec. 50	22.05	20.81	20.81
Sec. 51	22.05	20.81	20.81
Sec. 52	22.05	20.81	20.81
Sec. 53	22.05	20.81	20.81
Sec. 54	22.05	20.81	20.81
Sec. 55	22.05	20.81	20.81
Sec. 56	22.05	20.81	20.81
Sec. 57	22.05	20.81	20.81
Sec. 58	22.05	20.81	20.81
Sec. 59	22.05	20.81	20.81
Sec. 60	22.05	20.81	20.81
Sec. 61	22.05	20.81	20.81
Sec. 62	22.05	20.81	20.81
Sec. 63	22.05	20.81	20.81
Sec. 64	22.05	20.81	20.81
Sec. 65	22.05	20.81	20.81
Sec. 66	22.05	20.81	20.81
Sec. 67	22.05	20.81	20.81
Sec. 68	22.05	20.81	20.81
Sec. 69	22.05	20.81	20.81
Sec. 70	22.05	20.81	20.81
Sec. 71	22.05	20.81	20.81
Sec. 72	22.05	20.81	20.81
Sec. 73	22.05	20.81	20.81
Sec. 74	22.05	20.81	20.81

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien teilweise erholt		Banken und Elektrowerte profitierten von Meinungskäufen	
<p>Der Obwohl der Aktienmarkt am Dienstag überwiegend mit negativem Fallwind, so wich er doch nicht allzuweit von dem gestrigen Stande ab. Der Markt bewegte sich weder der weiter gestiegene Dollar, noch die schlechteren Konjunkturzahlen oder die leicht anziehenden Zinsen etwas zu ändern. Auf der am Montag ermäßigten Basis stiegen die wertigsten Wertpapiere, die sich teilweise auf den Banken- und Elektrowerte konzentrierten. Bei Siemens regte der erstunlich positive Bericht für die erste Hälfte des laufenden Geschäftsjahres an.</p>		<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p> <p>Frankfurt: Letztmalig gehandelt das Bezugsrecht der Deutschen Bank (1 1/2 zu eins zu 250 DM) mit 10 DM leicht über Parität bei 560,000 DM. Die Aktienwerte blieben stiller. 470 DM minus 24 DM, Linde 384,30 DM minus 6,80 DM und Deutsche Conti Rückversicherungs- und Lebensversicherungs-Gesellschaft um 10 DM auf 100 DM.</p> <p>Hamburg: HSW konnten sich bis 98,50 DM plus 0,50 DM erholen und NWK 76,10 zu 180 DM plus 1 DM. Auch Phoenix-Gummi wurden mit 140 DM minus 2 DM hoher bewertet.</p>	
Aktien-Umsätze		Düsseldorf	
<p>Banken und Elektrowerte profitierten von Meinungskäufen</p>		<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>	<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>
Aktien-Umsätze		Frankfurt	
<p>Banken und Elektrowerte profitierten von Meinungskäufen</p>		<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>	<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>
Aktien-Umsätze		Hamburg	
<p>Banken und Elektrowerte profitierten von Meinungskäufen</p>		<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>	<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>
Aktien-Umsätze		München	
<p>Banken und Elektrowerte profitierten von Meinungskäufen</p>		<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>	<p>Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 4 DM, DAT verbesserten sich um 3 DM und die Aktie von Heinrich Lehmann zogen um 4 DM auf 195 DM an. Audi NSU sanken um 1 DM auf 265 DM. Klipphaug verbesserten sich um 3 DM auf 260 DM und Mauerer gaben um 4 DM nach.</p>

4 22:44 9010.1 9	199c	7954G
4 22:44 9010.1 9	199c	7954G

<p> A A. A. 1207 B B. A. 1208 C C. A. 1209 D D. A. 1210 E E. A. 1211 F F. A. 1212 G G. A. 1213 H H. A. 1214 I I. A. 1215 J J. A. 1216 K K. A. 1217 L L. A. 1218 M M. A. 1219 N N. A. 1220 O O. A. 1221 P P. A. 1222 Q Q. A. 1223 R R. A. 1224 S S. A. 1225 T T. A. 1226 U U. A. 1227 V V. A. 1228 W W. A. 1229 X X. A. 1230 Y Y. A. 1231 Z Z. A. 1232 </p>	<p> A A. A. 1233 B B. A. 1234 C C. A. 1235 D D. A. 1236 E E. A. 1237 F F. A. 1238 G G. A. 1239 H H. A. 1240 I I. A. 1241 J J. A. 1242 K K. A. 1243 L L. A. 1244 M M. A. 1245 N N. A. 1246 O O. A. 1247 P P. A. 1248 Q Q. A. 1249 R R. A. 1250 S S. A. 1251 T T. A. 1252 U U. A. 1253 V V. A. 1254 W W. A. 1255 X X. A. 1256 Y Y. A. 1257 Z Z. A. 1258 </p>	<p> A A. A. 1259 B B. A. 1260 C C. A. 1261 D D. A. 1262 E E. A. 1263 F F. A. 1264 G G. A. 1265 H H. A. 1266 I I. A. 1267 J J. A. 1268 K K. A. 1269 L L. A. 1270 M M. A. 1271 N N. A. 1272 O O. A. 1273 P P. A. 1274 Q Q. A. 1275 R R. A. 1276 S S. A. 1277 T T. A. 1278 U U. A. 1279 V V. A. 1280 W W. A. 1281 X X. A. 1282 Y Y. A. 1283 Z Z. A. 1284 </p>	<p> A A. A. 1285 B B. A. 1286 C C. A. 1287 D D. A. 1288 E E. A. 1289 F F. A. 1290 G G. A. 1291 H H. A. 1292 I I. A. 1293 J J. A. 1294 K K. A. 1295 L L. A. 1296 M M. A. 1297 N N. A. 1298 O O. A. 1299 P P. A. 1300 Q Q. A. 1301 R R. A. 1302 S S. A. 1303 T T. A. 1304 U U. A. 1305 V V. A. 1306 W W. A. 1307 X X. A. 1308 Y Y. A. 1309 Z Z. A. 1310 </p>	<p> A A. A. 1311 B B. A. 1312 C C. A. 1313 D D. A. 1314 E E. A. 1315 F F. A. 1316 G G. A. 1317 H H. A. 1318 I I. A. 1319 J J. A. 1320 K K. A. 1321 L L. A. 1322 M M. A. 1323 N N. A. 1324 O O. A. 1325 P P. A. 1326 Q Q. A. 1327 R R. A. 1328 S S. A. 1329 T T. A. 1330 U U. A. 1331 V V. A. 1332 W W. A. 1333 X X. A. 1334 Y Y. A. 1335 Z Z. A. 1336 </p>	<p> A A. A. 1337 B B. A. 1338 C C. A. 1339 D D. A. 1340 E E. A. 1341 F F. A. 1342 G G. A. 1343 H H. A. 1344 I I. A. 1345 J J. A. 1346 K K. A. 1347 L L. A. 1348 M M. A. 1349 N N. A. 1350 O O. A. 1351 P P. A. 1352 Q Q. A. 1353 R R. A. 1354 S S. A. 1355 T T. A. 1356 U U. A. 1357 V V. A. 1358 W W. A. 1359 X X. A. 1360 Y Y. A. 1361 Z Z. A. 1362 </p>	<p> A A. A. 1363 B B. A. 1364 C C. A. 1365 D D. A. 1366 E E. A. 1367 F F. A. 1368 G G. A. 1369 H H. A. 1370 I I. A. 1371 J J. A. 1372 K K. A. 1373 L L. A. 1374 M M. A. 1375 N N. A. 1376 O O. A. 1377 P P. A. 1378 Q Q. A. 1379 R R. A. 1380 S S. A. 1381 T T. A. 1382 U U. A. 1383 V V. A. 1384 W W. A. 1385 X X. A. 1386 Y Y. A. 1387 Z Z. A. 1388 </p>	<p> A A. A. 1389 B B. A. 1390 C C. A. 1391 D D. A. 1392 E E. A. 1393 F F. A. 1394 G G. A. 1395 H H. A. 1396 I I. A. 1397 J J. A. 1398 K K. A. 1399 L L. A. 1400 M M. A. 1401 N N. A. 1402 O O. A. 1403 P P. A. 1404 Q Q. A. 1405 R R. A. 1406 S S. A. 1407 T T. A. 1408 U U. A. 1409 V V. A. 1410 W W. A. 1411 X X. A. 1412 Y Y. A. 1413 Z Z. A. 1414 </p>	<p> A A. A. 1415 B B. A. 1416 C C. A. 1417 D D. A. 1418 E E. A. 1419 F F. A. 1420 G G. A. 1421 H H. A. 1422 I I. A. 1423 J J. A. 1424 K K. A. 1425 L L. A. 1426 M M. A. 1427 N N. A. 1428 O O. A. 1429 P P. A. 1430 Q Q. A. 1431 R R. A. 1432 S S. A. 1433 T T. A. 1434 U U. A. 1435 V V. A. 1436 W W. A. 1437 X X. A. 1438 Y</p>
---	---	---	---	---	---	---	---	--

DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

[illegible]

Frankfurt: 8. 5. 84: 480 Optionen
Aktien, davon 118 Verkaufsoptionen

[illegible]

Geldmünzen
In Frankfurt wurden am 8. März die Goldmünzenpreise genannt (In DM):

[illegible]

Devisen
Die bevorstehende Währungsreform führte am 1. April 1948 zu einer Währungsreform.

[illegible]

Markt

[illegible]

تولید | فصل | ۱۳۷۵



Ab Frankfurt

DELTA MEDALLION-BUSINESS-KLASSE NACH ATLANTA. LUXUS ZUM SPARPREIS.

- Die neuen, breiten Sitze sind groß im Komfort.
- Auswahl zwischen verschiedenen Feinschmeckergerichten und Desserts.
- Serviert auf feinem Porzellan.
- Cocktails, Weine, Champagner, Liköre.

- Separate Kabine.
- Jeweils mit 2er-Sitzgruppen.
- Priorität beim Verlassen des Flugzeuges und bei der Gepäckabfertigung.
- Höhere Freigepäckgrenze.

Deltas Wide-Ride™ TriStars fliegen nonstop von Frankfurt nach Atlanta und von dort weiter nach 90 Städten in den USA. Die Erste Klasse ist auch mit Schlafsesseln ausgestattet.

Für Informationen und Buchungen rufen Sie bitte Ihr Reisebüro oder Delta Air Lines in Frankfurt unter der Nummer (0611) 23 30 24. Telex 416233, an. Das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedenstr. 7, 6000 Frankfurt/Main.



DELTA. PROFIS AUF DER GANZEN LINIE.®

Anders als bei Tetzl

„auch – An den kleinen Dingen zeigt es sich: Das Zeitalter der Zynik ist angebrochen. Früher schämte man sich, echt oder verheuchelt, wenn man bei einem Unrecht ergriffen wurde. Das war, weil man wusste, daß man ohne Reue auf Dauer nicht miteinander leben kann. Betrug und Lüge hatten ihren Preis. An der Kasse saß Tetzl und kassierte nach dem himmlischen Büchekatalog. Nach Verlassen des Schallerraums waren wir alle einander wieder gut.“

Heute ist es anders. Und nicht nur um die Äußerlichkeiten. Die wichtige nach unserem Beutel trachtend, nicht nur bei den cleveren Jungmännern, die den Witwen ihr Erspartes abschwatzen, sondern auch ganz oben, wo die Minister sitzen.

Zum Beispiel dieser Bundesposthalter, der jüngst verfügt hat, die Briefkästen abends nicht mehr zu leeren. Was hört man aus seinem hohen Amte zu dieser einseitigen

Vertragskürzung? Er schickt seinen Sprechreferenten aus, um uns dieses zu verkünden: Die Einsparung hat keinerlei nachteilige Wirkung, denn bisher sind die Briefe der Nachlieferung sowieso unbearbeitet liegengeblieben. Es fehlt nur, daß der besagte Sprecher dazu auch noch lüsch sage.

Natürlich wird es weiter unten nicht anders praktiziert. Da hat ein Musikschuster einem anderen die Melodie geklaut und bei einem gut dotierten Wettbewerb einen Preis gewonnen. Sagte er: „Schuldigung, soll nicht wieder vorkommen.“? Nein, er ließ in sanfter Zynik verbreiten, so etwas komme vor, weil es auf der Welt grundsätzlich zu wenig Melodien gibt.

Kommt darauf ein dritter, nennt sich Medienmanager und druckt in seinem eigenen Pressedienst einen Zweizeiler von Erich Kästner ab. Setzt er den Namen des toten Pöbel darunter, zwar honorarfrei, aber immerhin ehrlich? Nein, er setzt seinen eigenen Namen darunter. Es ist eben das Zeitalter der Zynik ausgebrochen, und niemand ist sicher vor dem öffentlichen oder privaten Betrug, vor Beutelschneiderei und Besitznahme am helllichten Tage.

Emil Steinberger begann Deutschland-Tournee

Einer strickt Schläuche

Er habe die Nase voll von „Emil“, verkündete Emil Steinberger, es sei höchste Zeit für ihn, etwas Neues zu machen. Deshalb werde der „Feuerabend“ ganz bestimmt sein allerletztes Programm mit Emil sein.

Nun, man hat ein Künstler ist niemals erfolgreicher gewesen als mit seinen alljährlichen Abschiedsvorstellungen. Tatsache ist, daß Steinberger mit dem „Feuerabend“ seit nunmehr vier Jahren durch die Schweiz und jetzt auch durch die Bundesrepublik zieht. Premiere seiner Deutschland-Tournee war soeben in Karlsruhe, der zweite Abend führte ihn nach Recklinghausen, wo er im Rahmen der Ruhrfestspiele auftrat und wo wir ihn sahen.

Selbstverständlich ist die Bühne des Festspielhauses für einen „Klein-Künstler“ wie Steinberger viel zu groß. Die zerknautschte Mimik, das spitzbübische Grinsen, die begriffsstutzige Grimasse kann man ab Reihe 10 nur noch ahnen. Das ist schade,

denn gerade darauf kommt es an bei den schönen Katastrophen, die die armen Würstchen namens Emil durchstehen müssen.

Im Mittelpunkt des „Feuerabends“ steht der Brandmeister Löcher, der Theaterwache schieben muß. Ihm zur Seite ein grantelnder Kollege, der stundenlang die Sicherheitsbestimmungen überprüft, und der Assistent Sprinkler, der das Publikum mit den Sicherheitsvorschriften vertraut macht. Manche Stewardess könnte von diesem Katastrophenballer bei Ozeanflügen profitieren.

Im übrigen ist Sprinkler damit beschäftigt, seinem Chef zum Geburtstag einen selbstgestrickten Schlauch zu verfertigen. Innerhalb von Sekunden schafft Emil den Sprung vom dienstfertigen Löcher zum tumblenden Sprinkler und dann wieder zum peniblen Nörgler, hat für jeden eine differenzierte Gangart im Repertoire, ein neues Gesicht in Reserve. Das sucht seinesgleichen.

Aus der „Rahmenhandlung“ bricht Emil bald aus, schlüpft in weitere Figuren, wobei ihm eine Jacke, eine Brille, eine Mütze ausreichen, um den neuen Charakter voll darzustellen. Wenn er dann etwa die Mangelheute nach Emils Gesetz erklärt, dann fragt man sich verwundert, warum Eltern und Kinder so große Schwierigkeiten mit diesem pädagogischen Humbug haben. Es leuchtet doch jedem ein, daß bei einer Menge P (Polizist) und einer Menge H (Hunde) die Schrittmenge Polizeihunde ergibt. Und bei wem, außer bei Emil, kann es zur folgenden Szene kommen: Ein Mann versucht einem befreundeten Brautpaar einen gereimten Hochzeitsgruß zu schicken. Weil ihm aber absolut nichts einfällt, belitt er schließlich seine Frau an: „Warum müßtest du die Leute denn auch kennenlernen?“

Doch, da war doch einer, bei dem es so etwas schon einmal gegeben hat. Emil versichert zwar, von Karl Valentin nichts gelesen zu haben, um sich nicht beeinflussen zu lassen, aber möglicherweise ist er seinem Vorsatz untreu geworden. Seine Komik ist jetzt oft ausgesprochen „valentinisch“. Sie hat zweifellos mehr Volumen bekommen, verglichen mit früheren Skizzen. Vielleicht ist das der Weg, auf dem Emil weitergehen sollte. Aber er sollte dabei unbedingt Emil bleiben. RAINER NOLDEN



Feuerabend mit Schnittmenge: Der Kabarettist Emil Steinberger. FOTO: JÜRGEN & THOMAS

Braunschweig: „Meistersinger“ im neuen Theater

Als wär's die Residenz

Kaum Festlicheres läßt sich denken als das Vörspiel der „Meistersinger von Nürnberg“ zur Einweihung eines neuen Opernhauses. Aber Folke Ahnert, der Stockholmer Regisseur, hat der Versuchung widerstanden, zur Eröffnung des restaurierten Staatstheaters in Braunschweig eine volkstümlich pompöse Festinszenierung dieser Oper einzurichten. Handlung wie Musik bleiben transparent, die Gestalten zeichnen sich scharf voneinander ab, das Bühnenbild bleibt nüchtern, zurückhaltend, bis zur Einfachlosigkeit.

Das Theater, das einst die Uraufführungen von Goethes „Faust“ und Lessings „Emilia Galotti“ gesehen hatte, wurde im letzten Krieg zerstört, aber bald wieder aufgebaut. Jetzt erhielt es eine neue Innenausstattung, gingen die Restauratoren ans Werk. Der verkleinerte Zuschauerraum in Weiß, Rot und Gold hat etwas Heiteres, Intimes. Man glaubt sich fast in einem süddeutschen Residenztheater. Nur die Hofloge fehlt, in der Wagner an der Seite seines Königs dem großen Erfolg hätte beizuhören können.

Der neue vergrößerte Orchestergraben fällt nun die ganze Wagner-Besetzung auf die Bühne fast in eine große Menge des Volkes im Schlußbild sich nicht zu stark drängt, daß Bewegung inszeniert werden kann. Das schönste Bühnenbild (von Klaus Teepe) gilt dem ersten

Akt in der Kirche. Man glaubt, alte Kirchenmusik zu hören, und der Kontrast zur neuen Harmonik wird, wie Carl Dahlhaus im Programmheft schreibt, zu einem Moment der Handlung und entspricht dem Gegensatz zwischen Hans Sachs und Beckmesser.

Der mißtrauische, schrullige, meckende, bis zu eigenen Karikaturen sich bösartig gebende und doch Sympathie gewinnende Beckmesser (Erik Stumm) war hier vielleicht die Hauptgestalt. Sachs (Oskar Hillebrandt) dagegen ist der naive Gute und Gutmütige, dessen jugendliche Schönheit von der Häßlichkeit dessen, der von Anfang an als Unterlegener dasteht, so stark absteht. Und wenn Sachs dann doch am Ende dieser humorvoll inszenierten Opernkomödie Beckmesser die Hand reicht, ist das hier nicht nur eine Geste der Versöhnung, sondern auch Ausdruck einer Tragödie: denn beide sind Unterlegene in ihrer Liebe zu Eva (Norma Sharp). Beckmesser ist der Betrogene und Zurückgewiesene, Hans Sachs der Verzichtende zu Gunsten des Junkers Stolz (Herbert Steinbach).

Inszenierung und musikalische Konzeption des Dirigenten Herbert Esser stimmen überein: nicht das Tragische, Schwere wird hervorgehoben, sondern das Komödiantische, Leichte.

CHRISTOPH GRAF SCHWERNIN

Pygmalion, die Emanzipation und der Zweite Bildungsweg: L. Gilberts Film „Rita will es endlich wissen“

My Fair Lady, aber ohne Happy-End

Eine junge Frau begehrt auf. Sie will nicht länger jenes trostlose Leben führen, das ihre Herkunft aus dem Arbeitermilieu einer englischen Kleinstadt ihr gewissermaßen aufgedrängt hat, ein Alltagsdasein voll dumpfer, trauriger Lieder, die abends im Pub an der Ecke von Menschen mit verhärmten Gesichtern gesungen werden. Am Tage versucht sie, mehr schlecht als recht, in einem Friseursalon ihre Kundinnen zu jenen Traumfrauen zu stilisieren, die sie so gerne wären. Doch der Job wird ihr zur Last. Rita, Ende zwanzig, seit Jahren in einer nicht gerade unglücklichen, aber doch ganz spannungslosen Ehe verankert, bricht aus, um noch einmal neu zu beginnen.

Sie meldet sich an der Universität Cambridge zu einem Abendkurs für Literatur an. Ihr Lehrer und Tutor wird Frank Bryant (Michael Caine), ein skurriler, resignierter Professor Mitte vierzig, der dem Whisky längst mehr zugetan ist als den Dichtern und dem die junge Frau mit ihrem Wissensdurst zunächst eher auf die Nerven fällt. Doch Rita macht verbitterte Fortschritte mit William Blake, mit Tschewschow und Ibsen, mit Shakespeare und Shaw. Sie entdeckt das Theater und findet „Macbeth“ eine „irre tolle Geschichte“. „Danke Ihrer Hilfe“, sagt sie ihrem Lehrer eines Tages, „fange ich endlich an, tief durchzuatmen.“ Von ihrem Mann läßt sie sich scheiden.

„Rita will es endlich wissen“, heißt dieser englische Film von Lewis Gilbert, ein bißchen reiferlich in der deutschen Fassung, „Educating Rita“, – so die Originalversion – war in England und Amerika ein Überraschungshit. Die Hauptdarstellerin Julie Walters und Michael Caine gewannen beide den British Academy Award und den amerikanischen „Golden Globe“ der Auslandsprese, dazu je eine Oscar-Nominierung; eine weitere ging an den Dramatiker und Drehbuchautor Willy Russell, der das Stück 1980 im Auftrag der Royal Shakespeare Company geschrieben hat. Julie Walters brillierte als Rita schon zwei Jahre lang auf der Bühne des Londoner Warehouse Theatre. Im Film ist sie nicht weniger faszinierend: aufgedonnert und platinblond als Marilyn Monroe am Anfang, auf



Zum ersten Mal meldet sie sich in einer Diskussion: Julie Walters als Rita in Lewis Gilberts Film. FOTO: WARNER-COLUMBIA

hohen Hacken und im superkurzen Mini, dann immer schlichter und bescheidener werdend – mit natürlichen braunen Locken und ungeschnitten – je mehr sie zu sich selber findet.

Es gibt viele Bezüge zu George Bernard Shaw in diesem Film, der schließlich nichts anderes als eine Pygmalion-Geschichte der achtziger Jahre erzählt. Er lebt, wie Shaws Stücke, von den spontanen, gestrichelten Dialogen. Und natürlich von den schauspielerischen Leistungen der beiden Protagonisten. Alle Figuren bleiben vielleicht etwas zu sehr am Rande. Die Kamera verweilt fast ausschließlich auf den Gesichtern von Rita und Frank, wenn sie sich gegenseitig ihre Lektionen in Sachen Leben geben.

Wahrscheinlich wäre das Ganze auch als Film ein gutes Konversationsstück geblieben, hätte Lewis Gilbert, bekannt bisher vor allem als

Regisseur von Bond-Filmen wie „Moonraker“ oder „Der Spion, der mich liebte“, nicht zwischen die Soloparts seiner beiden Helden immer wieder Milieustudien geschoben, die ganz vorzüglich sind: deftige Szenen aus Pubs und Bistros, aus Studenten-Disco und vom Campus von Cambridge. Meisterhaft fängt er das kleinbürgerlich-triste Ambiente von Ritas Zuhause ein und – nicht weniger deprimierend – das vor Phrasen geradezu berstende „intellektuelle“ Milieu, in dem Frank verkehrt.

Julie Walters als Rita ist eine Eliza Doolittle, wie G. B. S. sie sah: eine neue Galatea, schnoddrig, direkt, ein bißchen vulgär, aber auch völlig unverwundbar und von unwiderstehlicher Charme. Michael Caine als desillusionierter Professor weicht dagegen erheblich von Shaw ab. Er ist viel gebrochener und schwieriger als der selbstverliebte Phonetiker Higgins, dessen Leidenschaftlichkeit bekanntermaßen allein der Reinheit und dem Adel

der englischen Sprache galt und der in Eliza hauptsächlich ein Versuchsanliegen für seine Sprachexperimente witterte.

Frank Bryant seinerseits, selber ein Schriftsteller, wenn auch keiner von Rang, möchte Rita nicht Bildung andressieren, sondern, ihre natürlichen Gaben kultivieren, getreu seiner Devise, die er oft genug in angetrunkenem Zustand seinen Studenten predigt: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Literatur gewinnt, aber doch Schaden nimmt an seiner Seele!“ Solchen Schaden scheint Rita, die, ihrem gewohnten Milieu entrissen, oft nicht mehr genau weiß, wo sie wirklich hingehört, eine Zeitlang tatsächlich zu nehmen. Aber sie fängt sich schließlich und besteht ihr Universitätsexamen mit Glanz. Schlußapothekose – aber kein Happy-End!

Es ist nicht zuletzt eine Reverenz an den Dramatiker Shaw, wenn der Film dem romantischen Märchen-schluß ausweicht, den der Zuschauer erwartet. Die erfolgreiche Emanzipation der Heldin wird nicht in den üblichen Hafen der Ehe zurückgekommen. „Unsere Einbildungskraft“, meinte Shaw seinerzeit, ist geschwächt durch die üble Abhängigkeit von der Massenware in Trödeläden, wo die Romantiker ihre Vorräte an glücklichen Ausgängen verschleift.

Im „Pygmalion“ heiratet Eliza eben nicht – im Unterschied zu der berühmten Musical-Fassung – den verehrten Lehrer Higgins, sondern den jungen Aristokraten Freddy. Und bei Gilbert folgt Rita Frank nicht nach Australien, wohin er – nachdem er seinen Dekan im Soff beleidigt hat – für zwei Jahre strafversetzt worden ist. Sie begleitet ihn nur zum Flughafen. Eine erste und vorläufig gewiß auch letzte Umarmung. Rita und Frank begreifen, jeder für sich, wieviel sie einander verdanken. Aber ob ihre Wege sich jemals wieder kreuzen, bleibt offen.

„Educating Rita“ ist ein Film, der den Charme der Intelligenz behutsam mit den Regungen des Herzens mischt, der Traurigkeit immer wieder mit Witz und Komik überspielt. Eine alte Geschichte? Wohl wahr. Aber glänzend neu erzählt.

DORIS BLUM

Kohouts „Das große Ahornbaumspiel“ in Basel

Stasi-Spitzel unter sich

Das Basler Theater hat einen großen Erfolg zu verzeichnen, der sich international auswirken dürfte. Die Uraufführung des Stückes „Das große Ahornbaumspiel“ ist auch eine mutige Tat. Geschrieben hat es Pavel Kohout, der in Wien lebende und am Burgtheater wirkende tschechische Emigrant. Es ist eine vehemente Satire auf die Zustände jenseits des Eisernen Vorhangs. Es könnte, so meint der Autor, in Prag, aber auch in Bukarest oder Sofia spielen, es ist höchst gesellschaftskritisch, freilich in einem anderen Sinn als dem, in dem das oft mißbrauchte Wort sonst auftaucht: nämlich gesellschaftskritisch gegen links.

Die Handlung spielt in den Büros eines östlichen Innenministeriums, genauer: in den Räumen des dort waltenden militärischen Geheimdienstes. Da mißtraut jeder jedem, da wird verdächtigt, bespitzelt und denunziert. Und alles nur, weil sich die Sicherheitsorgane so verdammt unsicher fühlen.

Eines Tages taucht ein alter Lehrer auf, Professor Farama, mit den Umgangsformen einer längst untergegangenen Zeit und einem unheimlichen Gedächtnis behaftet. Er glaubt, in einem der Offiziere einen ehemaligen Schüler entdeckt zu haben, der einst unter ihm das Abitur gemacht hat. Der aber leugnet verblissen, denn er hat sich immer als vaterloses Pensionärkind ausgegeben, um so schneller Karriere machen zu können. Sein Leugnen macht ihn verdächtig, für eine fremde Macht zu arbeiten. Er wird gefoltert und schließlich standrechtlich erschossen. Der Offizier, der das angeordnet hat, macht sich seinerseits verdächtig: er habe vor schnell gehandelt, um so vielleicht einen Zeugen eigener Mißsetats aus dem Weg zu schaffen. Er wird verhaftet und erschossen. Und so geht es weiter, bis schließlich sogar die Innenministerin, die sowieso durch ihre erotischen Bedürfnisse und ihren luxuriösen Lebenswandel aus dem Rahmen fällt, umgebracht wird.

nebst dem ihr ergebenden Staatssekretär.

Immer dazwischen der alte Professor, der in eine Art Schutzhaft genommen worden ist, zusammen mit seinem Lieblingspapagei, der ständig verhöhrt wird und Geschichten erzählt, die niemanden klüger werden lassen, das Publikum eingeschlossen. Am Schluß ist einer der intrigierenden Offiziere, der ehemalige Oberleutnant Tatarescu, neuer Innenminister und ein neuer, von ihm ernannter Untersuchungsrichter beginnt, den schon entlassenen Professor auf neue zu verhören. Man darf vermuten, daß auch diesmal nichts herauskommen wird.

Der Titel des Stückes stammt von einem im Tschechienland populären Abzählspiel für Kinder. Der Professor veranlaßt es einmal mit den befreundeten Soldaten, Offizieren und Beamten des Sicherheitsdienstes, das sei nach seiner Meinung die beste Methode, die Wahrheit – welche Wahrheit? – herauszubringen. Hier wird Kohouts Satire leider zur Possen, die einige Striche verliert. Überhaupt wäre gegen Schluß – das Stück dauert fast drei Stunden – zu rufen: Es wiederholt sich alles immer wieder; freilich, es muß sich ja auch wiederholen.

Ein weiteres Problem der theatralischen Umsetzung ergibt sich daraus, daß das Stück ursprünglich ein Film-drehbuch war. Was im Film ein simpler Schnitt ist, erfordert hier Vorhang, Blackout, jedenfalls Aufwand. Dennoch: Die vielen Szenen glaubhaft miteinander zu verbinden ist den Baslern gut gelungen, dank des Regisseurs Wolfgang Quetters, der glänzende Arbeit geleistet hat.

Gespielt wird ausgezeichnet – eine Ensembleleistung im besten Sinne des Wortes. Am stärksten wohl der Außenseiter, der alte, schuldig-unschuldige Professor von Friedrich Kutschera. Und der „Sieger“ der Metzelei, der Oberleutnant Tatarescu, der immer sanfte und gerade dadurch so gefährliche Jürgen Rohde. Tosender Beifall. CURT TRIESS

Recklinghausen: Bilder vom Wald aus 200 Jahren

Waldeslust statt Ökofrust

Die Deutschen haben nicht nur den Affen erfinden (wie ein russisches Sprichwort behauptet), sondern auch den Wald. Natürlich nicht den wirklichen, der heimische Flure und ferne Lande bedeckt, sondern den Wald als Synonym für verquere Gefühle, als Reizwort der Wirklichkeitsflucht. Der Teutoburger Wald ist so zu einem wahrhaft teutonischen Stilisiert worden, und jene, die Wald und Flur zertrampeln, um ihre „Solidarität“ mit einem gefährdeten Baum fernsehgerecht aufzubereiten, können auf eine ganze Ahnenreihe – meist naturfremder Städter – zurückblicken, die am warmen, holzbeheizten Kamin vom Waldweben raumen und das Hohelied der ungebändigten Natur anstimmen.

Wenn sich die Ruhrfestspiele, schon immer dem „Progressiven“ verpflichtet, Eichendorffs Zeile: „Wer hat Dich, Du schöner Wald...“ als Motto ihrer Kunstausstellung wählen, dann scheint ein weiteres Kapitel grün-grüner Waldesgegnisse zu drohen. Doch die Wirklichkeit – der Kunst und der in der Kunststille Recklinghausen – belebt schnell etwas Besseres. Zwar ist es nicht so, daß der politische Zeigefinger bei den Vorbereitungen zu keiner Zeit eine Chance gehabt hätte. Der Katalog prallt auf das Thema schließlich bedeutungsschwer mit Brecht und Marcuse, mit Wilhelm Liebknecht, Ernst Bloch und Georg Lukács. Auch Ernst Jünger, Martin Heidegger und Rilke werden zu theoretischen Fronten gestellt. Aber die Kunstpraxis weist sich als unwillig. Die Bildbeispiele – der billige Reim sei erlaubt – künden von Waldeslust statt Ökofrust.

„Die Ausstellung will versuchen, durch Bildbeispiele aus zwei Jahrhunderten den Wandel im Verhältnis des Menschen zur Natur, seines Verhaltens in der Natur und seines Un-

gangs mit Natur aufzuzeigen; sie will zeigen, wie das Naturgefühl in diesem Zeitraum schwankt zwischen Anbetung und Ausbeutung; sie will verdeutlichen, daß (das) stets gesellschaftlich bedingt ist“, verkündet programmatisch der Katalog. Doch die Gemälde, Zeichnungen und Graphiken geben das nicht her. Sie verweigern sich dieser „Ausbeutung“.

Statt dessen herrschen die schönen Bilder vor, die romantischen Landschaften, durch alterhand Personenstaffage domestiziert. Corot, Kersting, Cézanne, Diriks oder Macke liefern die Beispiele dafür. Es fehlen auch die Märchenwälder nicht (von Schwind, Oberländer, Pleuer), die mythisch überhöhten Winterlandschaften (bei Carus und C. D. Friedrich) oder die Porträts von „Baumpersönlichkeiten“ (bei Dahl, Wilhelm Busch, Otto Modersohn, Cimatti). Und da, wo ein Baum kahle Äste, scheinbar die Umweltzerstörung ankündigt, in den Himmel reckt, lehrt der Vergleich mit älteren Beispielen (besonders mit C. D. Friedrich), daß das, was so aktuell scheint, zum malerischen Topos Einsamkeit gehört und nichts mit gegenwärtigen Malereien zu tun hat.

Die aber verstehen die Künstler offenbar nicht zu artikulieren – es sei denn plakativ. Der verweirte Baum vor düstern dräuender Ruhrgebietskulisse von Jürgen Waller oder H.A. Schults Objektkästen illustrieren das Waldsterben nur marktgerecht aus zweiter Hand. Nikolaus Langs riesiger Abdruck einer Baumrinde mit den Gängen des Borkenkäfers sind dekoratives Kunstgewerbe. Und Bernhard Schultzes „Migol“ oder Timm Ulrichs Objekte mit kleinen Bäumen haben mit dem Wald alles oder auch nichts zu tun. Wie man sieht: Der Wald in der bildenden Kunst ist ein faszinierendes Thema. (Bis 24.6., Kat. 18 Mark) PETER DITTMAR

JOURNAL

Opernfund in London: Donizettis „Elisabetta“

Bh. London

Ein Sensationsfund auf dem Notenspeicher der Londoner Covent Garden Opera beschert der Welt eine „neue“ Donizetti-Oper. Es handelt sich um die Noten zum ersten und dritten Akt einer Oper mit dem Titel „Elisabetta“, einer Bearbeitung der 1827 für Neapel komponierten „Otto Mesi in Due Ore“. Opera romantica nach Sophie Cottins Roman „La fille d'Exil“. Donizetti hat diese Oper mehrfach bearbeitet, offenbar auch für die Pariser Opera, an der kürzlich aus demselben Werk einige Arien und Skizzen aus dem zweiten Akt auftauchten. Das jetzt vorhandene Material soll ausreichen, eine Aufführungspartitur zu erstellen. Bisher galt das Werk sowohl in seiner Ursassung als auch in seinen Bearbeitungen als verschollen. Die Londoner Pariser Version unter dem Titel „Elisabetta“ wird durch die Funde erstmals verifiziert.

Sowjetische Filmemacher zur Linientreue gemahnt

AFP, Moskau

Zur ideologischen Linientreue haben Partei und Regierung die sowjetischen Filmemacher gemahnt. In einer entsprechenden Resolution heißt es, die Regisseure vernachlässigten häufig gesellschaftlich relevante Themen zugunsten „imaginärer Konflikte“ und „kleiner Zwierte“. Die Filmemacher wurden aufgefordert, sich „der Lösung der komplexen Probleme der kommunistischen Erziehung“ zu widmen, den Kern des gegenwärtigen Imperialismus zu enthüllen und den ideologischen Feind zu demaskieren.

Kunstaussstellung in den Bahnhofshallen

AP, Paris

Eine Kunstaussstellung wird den rund 200 000 Reisenden, die täglich den Pariser Ostbahnhof benutzen, und den 200 000 Beschäftigten bis Ende Mai geboten. In den Bahnhofshallen werden 84 Gemälde der „Neuen Figuren“ präsentiert. Unter den 80 Malern sind die bekanntesten Vertreter dieser neuen französischen Kunstrichtung, wie Cuoco, Chabas, Aillaud, Taule und Rancillac. Die Ausstellung wurde von der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF in Zusammenarbeit mit dem Kulturministerium organisiert.

Shakespeare: Kurosawa verfilmt „König Lear“

AFP, Tokio

Der japanische Regisseur Akira Kurosawa, Autor einer eindrucksvollen „Macbeth“-Adaption, wird in Kürze mit der Verfilmung eines weiteren Shakespeare-Stückes beginnen, dem „König Lear“. Für die 10,6 Millionen-Dollar-Produktion, die die Fabel in das feudalistische Japan des 16. Jahrhunderts transportiert, sind 210 Drehtage und für die Schlachtenszenen am Fuße des Fudschis nicht weniger als 4000 Pferde vorgesehen. Sein neues Projekt hat den Namen „Ran“ (Chaos) definierte der 74-jährige Regisseur als sein „Lebenswerk“, in das er „alle Energie stecken wird, die ihm noch verbleibt“.

Aspen-Institut jetzt auch in Italien

dpa, Rom

Das in den USA beheimatete Aspen-Institut, dessen Ableger in Berlin kürzlich seinen zehnten Geburtstag feierte, ist jetzt auch in Rom und Venedig vertreten. Die italienische Niederlassung des mit Privatspenden finanzierten Instituts für Humanistische Studien, das vor 35 Jahren in Aspen, Colorado, gegründet wurde, ist der zweite europäische Sitz dieser internationalen Kultureinrichtung.

Restauriertes Geburtshaus des Deutschlandlieddichters

AP, Wolfsburg

Mit einem Kostenaufwand von fast acht Millionen Mark ist das Geburtshaus des Autors des Deutschlandliedes, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, im Wolfsburg Stadtteil Fallersleben wiederhergestellt worden. Das 380 Jahre alte Fachwerkhaus war 1980 durch einen Brand zum Teil zerstört worden. Auch das Geburtstagszimmer, in dem der Dichter 1798 zur Welt kam, ist in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt worden.

Graphische Arbeiten von Christoph Meckel

DW, Reutlingen

Seine Bildwelt ist freundlicher geworden. Statt dumpfer Farben und düsterer Ereignisse herrschen jetzt Helligkeit und eine selbstsam fröhliche Vegetation in den Zeichnungen des Dichters und Graphikers Christoph Meckel vor. Das macht die Ausstellung mit Zeichnungen und Radierungen von Meckel, die von der Hans-Thoma-Gesellschaft im Reutlinger Spendhaus gezeigt wird, deutlich. Sie ist bis zum 20. Mai geöffnet. Der Katalog kostet 20 Mark.



Der Baum als Persönlichkeit: „Wintertag an der Elbe“ (1884) von J. C. C. Dahl, aus der Recklinghäuser Ausstellung. FOTO: FERDINAND ULLRICH

KULTURNOTIZEN

Der Kölner Kulturausschuß hat die Übernahme des Archivs von Heinrich Böll beschlossen. Dafür erhält dieser oder seine Erben 20 Jahre lang ein monatliches Entgelt; die Summe für den gesamten Zeitraum beläuft sich auf etwa 2,4 Mio. Mark.

Die Bundeshauptstadt und das Bundespresamt haben die Drehkosten von 70 000 Mark für den Bonner Film von Michael von Linggen übernommen, der bei Ausstellungen und in den Goethe-Instituten gezeigt werden soll.

Die „Geschichte Preußens von Königsberg bis Weimar im Spiegel von Orden und Ehrenzeichen“ dokumentiert eine Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen auf Schloß Ellingen (bis 30. Mai).

Ludwigshafen hat zur Feier des 125-jährigen Jubiläums der Verleihung der Stadtrechte durch Maximilian II. ein neues Stadtmuseum eingerichtet.

Der französische Violinvirtuose Joseph Calvet ist in Paris im Alter von 86 Jahren gestorben.

in DM

ASS
PREI

AUF
NIE

